

**Interview:**

**Unser Ziel sind 1.300 Euro Mindestlohn**

AK Wien-Vizepräsidentin und  
stv. vida-Bgf. Renate Lehner

8

**Schwerpunkt:**

**50 Jahre Spitzentanz**

Zukunft der Arbeit: Eine Ballerina  
darf nicht in Pension gehen

24

**Gesellschaftspolitik:**

**Gerechtere Gesellschaften sind besser**

Sozialforscher Richard Wilkinson  
war in Wien bei der GPA-djp

40

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 11 | 2010 | 64. Jahrgang | € 2,-

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



**Der Wert der Arbeit**

ab Seite 8

**Schwerpunkt:****Was Arbeit mindestens wert ist** **12**

Derzeit werden 1.300 Euro Mindestlohn diskutiert – ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von Armut trotz Arbeit.

**Mehr Wert – weniger Bezahlung** **14**

Ohne unbezahlte Arbeit wäre unsere Gesellschaft kaum vorstellbar. Doch Freiwilligentätigkeiten sind nicht ohne Probleme.

**Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit** **16**

Die Regelungen für Arbeiten ohne Arbeitsvertrag, Mindestlohn und Perspektive in Deutschland sind kein Vorbild für Österreich.

**Um jeden Preis?** **18**

Prekäre Arbeitsverhältnisse und Lohndumping greifen immer mehr um sich. Längst heißt gebildet nicht mehr gut verdienend.

**Gute Arbeit** **20**

FCG-Generalsekretär Andreas Gjecaj, Mitinitiator der Kampagne »Gute Arbeit« im Gespräch.

**Antiquiert und unbequem** **22**

Mit dem Begriff Ausbeutung kann die moderne Volkswirtschaftslehre wenig anfangen, er erscheint zu unmodern, zu belastet.

**Spitzentanz am Pensionsparkett** **24**

Anlässlich ihres 50-jährigen Bühnenjubiläums 2060 bringen wir ein Interview mit Ballerina Marie-Sophie Zimmermann.

**Und was arbeiten Sie?** **26**

Ein Kunstwerk, dem vorrangig die Mühe seiner Entstehung anzusehen wäre hätte es sehr schwer am Markt.

**Der Gipfel der Heuchelei** **28**

Langsam setzt sie sich durch, die Erkenntnis, dass die Einkommensschere immer weiter auseinanderklafft.

**Global arbeiten, global handeln** **30**

Eine Studie im Rahmen des Projekts »Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben« fragt nach dem Wert von Arbeit.

**Wertewandel** **32**

Die rapide voranschreitenden Veränderungen in der Arbeitswelt gehen einher mit einer Wertediskussion.

**Die Großen fressen die Kleinen** **34**

Immer mehr kleine Bauern geben auf und die Großen werden immer größer, schuld ist auch das ungerechte Agrar-Fördersystem.

8

22

26

34



**Ist Arbeit ein aussterbender Wert? 36**

Immer mehr Berufe verschwinden. Andererseits findet etwas statt, was sich neudeutsch »Jobenrichment« nennt.

**Interview:****Höchste Zeit für Umverteilung 8**

AK Wien-Vizepräsidentin und stv. Bgf. der Gewerkschaft vida Renate Lehner über Armutsfalle, Mindestlohn und Umverteilung.

**Standards:****Standpunkt: Weil ich es mir wert bin 4****Veranstaltung: Betriebsratskommunikation X.0 5****Aus AK & Gewerkschaften 6/7****Historie: Arbeitslose Mitglieder 11****Zahlen, Daten, Fakten 38****Verbraucherpreise 39****Man kann nicht alles wissen 46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

**Gesellschaftspolitik:****Gleichheit statt Wachstum 40****72 Stunden ohne Kompromiss 42****Untere Entlohnung wird zur Straftat 44**

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetagg.com/downloadreader/](http://www.beetagg.com/downloadreader/)

**Arbeiten, um zu leben – Leben, um zu arbeiten?**

Redaktion intern

»Unser nächstes Ziel ist 1.300 Euro Mindestlohn – das sind 7,50 Euro in der Stunde. Das muss auch den ArbeitgeberInnen die Arbeitsstunde wert sein«, erklärte Renate Lehner, AK Wien-Vizepräsidentin und stv. Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft vida im Interview mit der »A&W« 11/2010 zum Schwerpunktthema »Der Wert der Arbeit«.

Argumente für 1.300 Euro Mindestlohn liefert auch AK-Experte Josef Zuckerstätter ab Seite 12. Im Anschluss geht es um unbezahlte Arbeit, schließlich ist 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit.

Prekäre Arbeitsverhältnisse und Lohndumping führen immer öfter dazu, dass Arbeit weit unter ihrem Wert bezahlt wird (S. 18). Auf Seite 24 und 25 könnte Ihnen einiges seltsam vorkommen, spielt doch die Geschichte der 73-jährigen Primaballerina in genau 50 Jahren – wundern Sie sich nicht, der Artikel von Denise Ackerl ist im Rahmen des Projekts »Zukunft der Arbeit« von AK Wien und der Universität für angewandte Kunst entstanden. Uns hat die Idee sehr gut gefallen, und wir haben der jungen Kollegin daher gerne den Platz dafür zur Verfügung gestellt.

Weitere Artikel in dieser »A&W« befassen sich mit Richard Wilkinson, »Gleichheit ist Glück« (S. 40), »72 Stunden ohne Kompromiss« (S. 42) und den Bad Ischler Sozialpartnergesprächen (S. 44).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee



## Standpunkt

# Weil ich es mir wert bin

**N**ur wer seine Werte lebt, führt ein wertvolles Leben, hat mich eine sehr kluge Frau gelehrt. Wird das eigene Wertesystem aber konstant verletzt, schmerzt das auch unsere Seele und führt zu Frustration, am Arbeitsplatz kann das sogar mit zum Burn-out führen.

Klingt gut, aber was sind Werte überhaupt? Da gibt es einerseits – messbar und für uns alle entscheidend – die materiellen äußeren Werte, also Geld und Besitz, was wir zum Leben brauchen, andererseits die immateriellen, inneren Werte. Also all das, was uns wichtig ist im Leben, was wir aufgrund verschiedenster Erlebnisse in unserer Gefühlswelt verankert haben, aber auch sittliche und religiöse Werte.

### Übernommene Werte

Diese Werte formen unsere Gesellschaft, und viele davon übernehmen wir von unseren Eltern, Großeltern und Ahnen. Aber wir passen sie auch unserer individuellen Lebens- und Erfahrungswelt an und so kommt es zu einem steten Wertewandel.

Lange Zeit war die Religion prägend für unser Wertesystem – nicht nur – in Österreich, aber mittlerweile verliert sie an Bedeutung. Das ist ein Ergebnis der Europäischen Wertestudie, die 1981 erst-

mals erhoben und 1990, 1999 und 2008 wiederholt wurde. Nur noch 45 Prozent der unter 30-Jährigen bezeichnen sich als religiös. Stark mit der Religion verbundene Werte wie Glaubensstreue oder Enthaltsamkeit treten mehr und mehr in den Hintergrund.

Und auch die Politik empfinden wir hierzulande als nicht wirklich wertvoll – ganz im Gegenteil: 80 Prozent der Befragten haben kein Vertrauen zur Regierung, ein Fünftel der BürgerInnen wünscht sich einen starken Führer. Also jemanden, der für sie Werte wie Ordnung und Disziplin durchsetzt.

Aber auch der Lebensbereich Arbeit ist den ÖsterreicherInnen nicht mehr so wichtig wie vor 30 Jahren – während ihn damals noch 61 Prozent als sehr wichtig betrachtet haben, waren es 2008 nur noch 54 Prozent. Zugenommen hat die Wertigkeit von FreundInnen und Bekannten sowie von Freizeit.

Trotzdem gilt auch hierzulande immer noch der Beruf als Merkmal eines anerkennungswerten Lebens. Wir definieren uns oft über unsere Leistung. Unser Beruf zeichnet uns als mehr oder weniger gesellschaftlich wertvoll aus. Als Journalistin mache ich mir da wenig Illusionen, für viele MitbürgerInnen rangiert unsere Branche in den unteren Rängen einer Berufswerteskala. Nicht

zuletzt, weil von vielen Medien Werte wie Schamhaftigkeit, Ehrlichkeit, Diskretion etc. stetig verletzt werden.

Zu meinen persönlichen wichtigsten Werten gehören neben Liebe und Freundschaft auch Achtung, Engagement, Gerechtigkeit, Neugier, Verantwortung und nicht zuletzt Wissen. Meine Arbeit gibt mir die Möglichkeit, all diese Werte fast täglich um- und einzusetzen. Ich empfinde sie daher als wertvoll und freue mich über Anerkennung auch in Form materieller Werte, also Geld.

### Frieden, Solidarität und Toleranz

Und doch ist mir bewusst, dass es so viele weit wertvollere Tätigkeiten gibt – wie z. B. in der Pflege, in der Bildung, aber auch ganz simpel in der Reinigung – die sozial und materiell oft weit weniger wert geschätzt werden. In unserer »Geiz ist geil«-Gesellschaft scheinen Werte wie Reichtum und Status mehr zu zählen als Fürsorglichkeit und Hilfsbereitschaft. Dabei sollte uns gerade das mehr wert sein, denn je seltener etwas ist, desto wertvoller gilt es.

Es ist an uns, die großen Werte wie Frieden, Solidarität und Toleranz umzusetzen – tagtäglich. Sie werden sehen, so wird ihr Leben Tag für Tag ein wenig wertvoller – und das sollte es Ihnen wert sein.

# Betriebsratskommunikation X.0

Am 22. November 2010 wurden von ÖGB und AK Wien bereits zum zweiten Mal Auszeichnungen für beste betriebsrätliche Kommunikation verliehen.

ÖGB und AK Wien beschlossen 2009 ein Zeichen zu setzen und BetriebsrätInnen, die tagtäglich Positionen, Forderungen und Informationen aus der ArbeitnehmerInnenvertretung auf vielfältige Art und Weise kommunizieren, endlich eine öffentliche Plattform und Anerkennung zu bieten. Daher riefen sie in Zusammenarbeit mit dem ÖGB-Verlag einen Preis für beste betriebsrätliche Kommunikation (bbk) ins Leben.

Nachdem bbk 09 ein voller Erfolg war ging es 2010 um Betriebsratskommunikation in den neuen Medien. 50 Körperschaften reichten für die beiden

Kategorien bis 150 und ab 150 MitarbeiterInnen ein, 31 wurden nominiert, und weil es auch Initiativeinreichungen aus den Bundesländern gegeben hat, wurde für die gar ein Zusatzpreis ins Leben gerufen.

Der Preisverleihung im neuen ÖGB-Haus Catamaran gingen spannende Impulsreferate und eine Podiumsdiskussion voraus. Die Preise – je ein iPad für das Siegerteam, eine Digitalkamera für die zweitplatzierten und Büchergutscheine für Platz drei – wurden von Monika Kemperle, Leitende Sekretärin des ÖGB und Renate Lehner, Vizepräsidentin der

## WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.bestkom.at/](http://www.bestkom.at/)

AK Wien überreicht. Das Publikum durfte sich über das Buch »Soziale Netzwerke und Kommunikationsprozesse in Unternehmen«, hrsg. von Ulrich Schönbauer und Michael Vlastos, spendiert von der AK Wien freuen.

Mit Small Talk und Netzwerken im Real Life klang der Abend aus.



Betriebsrätin Gaby Sax, Gesundheit Österreich GmbH, referierte über das klassische Element der Betriebsversammlung in neuer Form.



Die Mannschaft der SCA Graphic Laakirchen freute sich sehr über den Bundesländerpreis der Kategorie 2, 151 MitarbeiterInnen und mehr.



Der zweite Platz in der Kategorie 1 ging an die Website des Angestelltenbetriebsrats der Assist gemeinn. GmbH.



Sieger in der Kategorie 2 wurde der Betriebsrat der Metro Cash&Carry Österreich für Website, Blog, Twitter, Forum, Facebook, Youtube etc.

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.  
Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.  
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: [sonja.adler@oegb.at](mailto:sonja.adler@oegb.at)

Internet: [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
E-Mail: [karin.stieber@oegbverlag.at](mailto:karin.stieber@oegbverlag.at)

**Redaktionskomitee**

Arthur Ficzek (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),  
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,  
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,  
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,  
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,  
Alexander Schneider, Erik Türk

**Redaktionsmitglieder**

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Sonja Adler (Sekretariat),  
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Katharina Klee (Chefredaktion), Denise Ackerl, Sonja Adler,  
Sebastian Baryli, Lucia Bauer, Kai Biehl, Astrid Fadler,  
Sophia-T. Fielhauer-Resei, Andreas Gjecaj, Dagmar Gordon,  
Florian Kräftner, Wilfried Leisch, Pia Lichtblau,  
Gabriele Müller, Brigitte Pellar, Karin Petter, Christian Resei,  
Reinhold Russinger, Lisa Seidl, Thomas Varkonyi, Alexia Weiss,  
Josef Zuckerstätter

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,  
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
E-Mail: [Renate.Wimmer@oegbverlag.at](mailto:Renate.Wimmer@oegbverlag.at),  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,  
E-Mail: [karin.stieber@oegbverlag.at](mailto:karin.stieber@oegbverlag.at)

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

**ÖGB-Verlag:**

# Die Fachbuchhandlung des ÖGB

## Wiedereröffnung mit neuem Verkaufs- und Veranstaltungsraum.

Die neu adaptierte ÖGB-Fachbuchhandlung bietet jetzt mehr Auswahl zu »Arbeit – Recht – Soziales« und Lieferung in ganz Österreich sowie noch mehr Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit NGOs, Universitäten, AutorInnen, ...:

**Programm Dezember 2010:****Mittwoch, 1. 12. 2010, 18.30 Uhr**

Buchpräsentation und Podiumsdiskussion »Bildung in der Krise«  
mit Josef Broukal, Erwin Niederwieser,  
Dwora Stein

**Donnerstag, 2. 12. 2010, 18.00 Uhr**

Ringvorlesung des Instituts für Politik-  
wissenschaft in Kooperation

mit GPA-djp: MigrantInnen – Jenseits  
der Gewerkschaften?

**Donnerstag, 9. 12. 2010, 18.30 Uhr**

Buchpräsentation »Das Universum der  
Dinge«, Konrad Paul Liessmann

**Dienstag, 14. 12. 2010, 18.30 Uhr**

Diskussion »Wege aus der Krise«  
Bücher gegen Sozialabbau, falsche Ge-  
wissheiten, Armut und Ohnmacht  
mit Michaela Moser, Martin Schenk,  
Katharina Muhr, Stephan Schulmeister  
und Fred Luks

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

## Trauer um Univ.-Prof. Dr. Kurt W. Rothschild (21. Oktober 1914 bis 15. November 2010)



© FCB-Verlag/Paul Sturm

»Es ist besser, eine wichtige Frage zu stellen, als eine unwichtige zu beantworten«, hat Kurt W. Rothschild einmal gesagt. Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen ist der Doyen der Österreichischen Wirtschaftswissenschaften für viele stets ein großes Vorbild gewesen und geblieben.

Kurt W. Rothschild studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und musste 1938 emigrieren. An der Universität Glasgow studierte er Nationalökonomie und Politische Philosophie und arbeitete dort von 1940 bis 1947 als Assistant Lecturer und Lecturer. 1947 bis 1966 war er wissenschaftlicher Referent am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien und von 1966 bis 1985 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Linz.

Der profunde Kritiker des Neoliberalismus war immer wieder auch als Autor für »Arbeit&Wirtschaft« tätig. Zuletzt interviewten wir ihn im November 2008 zur Krise.

Rothschild verstarb im 97. Lebensjahr am 15. November 2010 in Wien.

Seine Weisheit und seine Fragen werden uns fehlen.

Katharina Klee

### AK & ÖGB:

## Let's organize – Vorwärts zu den Wurzeln

Von 6. bis 7. Dezember 2010 findet in Linz eine internationale Erfahrungswerkstätte zu Organizing statt.

**Organizing wurde zunächst** hauptsächlich als neue und stark konfliktorientierte gewerkschaftliche Strategie im angloamerikanischen Raum wahrgenommen. Breiter bekannt wurde es durch den Film »Bread and Roses« von Ken Loach, der Organizing am Beispiel latein- und afroamerikanischem Reinigungspersonal in

den USA thematisierte. Im Rahmen der Erfahrungswerkstätte diskutieren GewerkschafterInnen und gewerkschaftlichen AkteurInnen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich jene Strategien, die zurzeit im Zusammenhang mit dem Organizing-Konzept erprobt werden. Außerdem geht es darum, wie Organizing

innerhalb von Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder strukturell verankert ist, und mit welchen Widerständen die handelnden AkteurInnen bei der Durch- und Umsetzung dieser Strategien konfrontiert sind.

Nähere Informationen:  
[tinyurl.com/2wmrwb5](http://tinyurl.com/2wmrwb5)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Sie zu unserem neuen Wiener Stadtgespräch einzuladen:

**Oskar Negt im Gespräch mit Peter Huemer**

Der renommierte deutsche Soziologe im AK-Bildungszentrum zum Thema »Demokratie muss gelernt werden«

Er studierte bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, arbeitete lange mit dem Schriftsteller und Filmemacher Alexander Kluge zusammen und ist einer der bedeutendsten Sozialwissenschaftler Deutschlands: Oskar Negt ist am 30. November zu Gast in der Arbeiterkammer Wien (AK) bei der Veranstaltungsreihe »Wiener Stadtgespräch«. In seinem jüngsten Buch »Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform« zieht er die Summe seiner Beschäftigung mit politischer Bewusstseinsbildung. Seine zentralen Forschungsthemen sind Arbeit und menschliche Würde sowie Globalisierung.

Donnerstag, 30. November 2010, 19 Uhr, AK Wien, Bildungszentrum, Großer Saal, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Wir würden uns freuen, einen/eine VertreterIn Ihrer Redaktion begrüßen zu dürfen!

Eine Veranstaltung der AK Wien und der Stadtzeitung Falter.

**Eintritt frei**

**Um Anmeldung bis 28. November wird gebeten**

**Telefon (01) 501 65 DW 2882**

w i e n e r -  
s t a  
d  
t g e s p r ä  
c h

[stadtgesprach@akwien.at](mailto:stadtgesprach@akwien.at)

**Mehr Infos:** [www.wienerstadtgesprach.at](http://www.wienerstadtgesprach.at)

# Höchste Zeit für Umverteilung

*AK Wien-Vizepräsidentin und stv. Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft vida  
Renate Lehner über Armutsfälle, Mindestlohn und Umverteilung.*

## ZUR PERSON



### Renate Lehner

Geboren: 15.11.1958, Erlerner Beruf: Industriekauffrau

1985–1987: Mitarbeiterin in der Buchhaltung der Gewerkschaft LUGA

1988–1989: Sozialakademie

1989–2000: LUGA-Frauensekretärin, Fachsekretärin Konserven-, Tiefkühl- und Süßwarenindustrie

1999: BRV in der Gewerkschaft ANG

2000–2006: Zentralsekretärin der Gewerkschaft HGPD, seit 2004 AK-Wien-Vizepräsidentin

Seit 7. Dezember 2006 stellvertretende vida-Bundesgeschäftsführerin und Bundessektionssekretärin der vida-Sektion private Dienstleistungen

**Arbeit&Wirtschaft:** *Renate Lehner, du bist AK Wien-Vizepräsidentin und Bundesgeschäftsführerin der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida, die gerade ihren zweiten Gewerkschaftstag hatte. Schwerpunktthema der aktuellen Arbeit&Wirtschaft ist der »Wert der Arbeit«.*

**Renate Lehner:** Mir fallen zu diesem Thema gleich einige grundlegende Fragen ein:

Wie kann es etwa sein, dass Frauen und Männer in Österreich noch immer einen Stundenlohn von sieben bis acht Euro für oft schwierige und harte Arbeit bekommen und selbst erfolgreiche ManagerInnen hohe Gagen und Abfertigungen erhalten? Wie kann es sein, dass es eben jenen ManagerInnen möglich ist, zum genau richtigen Zeitpunkt – wenn »zufällig« der Kurs nach oben schnell – Aktien zu verkaufen und so hohe Gewinne zu lukrieren?

Wie kann es sein, dass die Mehrheit der Menschen am Sparbuch derzeit vielleicht ein Prozent Zinsen bekommt und die Inflation im Endeffekt höher ist? Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in Österreich immer breiter und nicht nur in Österreich, sondern weltweit. Das Geldvermögen ist ungleich verteilt. Wieso lassen wir zu – und wir lassen es zu –, dass Millionen Menschen verhungern, damit wir in Europa im Überfluss leben können? Wir beuten die Menschen in den Ländern des Südens aus, ihre Arbeit ist uns nicht viel wert. Es gibt Monokulturen, z. B. die Baumwoll- oder Kautschuk-Plantagen, wo enormer Profit gemacht wird und oft Jahre nach der extremen Bewirtschaftung nichts mehr wächst. Die Menschen dort, auch Kinder, arbeiten oft unter widrigsten Arbeitsbedingungen zwölf Stunden am Tag.

Aber wir müssen gar nicht so weit schauen. Die EU unternimmt z. B. der-

zeit nichts dagegen, dass 16.000 Vietnamesen für die bulgarische Landwirtschaft angeheuert werden. Der offizielle Mindestlohn in Bulgarien beträgt 85 Cent, diese ArbeitnehmerInnen erhalten 20 Cent. Und das alles bei einer Arbeitslosigkeit von zehn Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit von 20,7 Prozent in Bulgarien.

### **Moderne Sklaverei?**

Könnte man so formulieren. Es gibt einen Kuchen an Geldvermögen, der weltweit aufgeteilt wird: Immer mehr bekommen aber immer kleinere Stücke, während sich einige wenige die großen Stücke und den Zuckerguss nehmen. Es wäre höchste Zeit für Umverteilung, denn es ist genug für alle da.

In den vergangenen Jahren haben vor allem politische Entscheidungen zur Liberalisierung der Finanzmärkte und des Welthandels beigetragen. Das Sen-



**Es gibt einen Kuchen an Geldvermögen, der weltweit aufgeteilt wird: Immer mehr bekommen aber immer kleinere Stücke, während sich einige wenige die großen Stücke und den Zuckerguss nehmen. Es wäre höchste Zeit für Umverteilung, denn es ist genug für alle da.**



ken der Steuern auf Kapital hat z. B. bewirkt, dass die Verhandlungsmacht des Kapitals gegenüber dem Rest der Gesellschaft erhöht wurde.

Die Folgen sind, dass die Ungleichheit gestiegen ist und die Lohneinkommen weniger stark gestiegen sind als die Gewinne.

***Und menschliche Arbeit ist weniger wert als die des Geldes, das man für sich arbeiten lässt?***

Dieses Problem haben wir auch in Österreich. Es kann nicht sein, dass eine Million Menschen in Österreich armutsgefährdet sind und die Hälfte davon von Armut betroffen ist – das sind immerhin zwölf Prozent der Bevölkerung. Und das in einem der reichsten Länder der Welt.

Dazu kommt – Stichwort »Wert der Arbeit« –, dass rund zehn Prozent der Beschäftigten, rund 250.000 Personen, armutsgefährdet oder arm sind, obwohl sie arbeiten. Der Grund dafür ist die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse wie freie DienstnehmerInnen, neue Selbstständige oder auch Leiharbeit.

In der Krise waren ja die LeiharbeiterInnen die ersten, die gehen mussten – jetzt wissen wir, dass die Leiharbeit wieder boomt. Denn immer öfter wird Stammpersonal durch LeiharbeiterInnen ersetzt, die flexibel bis zum »geht-nicht-mehr« sein müssen. LeiharbeiterInnen können jederzeit an den Überlasser zurückgegeben werden und werden dort gekündigt, wenn sie nicht mehr gebraucht werden.

***Also Ihren Wert verloren haben?***

Man fühlt sich nicht sehr wertgeschätzt, wenn man je nach Bedarf den Arbeitsplatz wechseln muss und ihn jederzeit verlieren kann. Daher halte ich es für eine sehr wichtige Forderung der Gewerkschaften, dass LeiharbeiterInnen nach einiger Zeit auf ihren Wunsch hin von dem Unternehmen, in dem sie beschäftigt sind, übernommen werden müssen.

Nicht unproblematisch ist auch die Lage der Teilzeitbeschäftigten. Die Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida betreut einige Branchen, wie die sozialen Dienste oder die Reinigungsbranche, in denen viele Beschäftigte Teilzeit arbeiten. Ja, oft werden gar keine Vollzeit Arbeitsplätze mehr vergeben, sondern nur noch Teilzeit. Wenn wenig Arbeit anfällt, gibt es eben weniger Stunden zu leisten, wenn viel Arbeit anfällt müssen mehr Stunden geleistet werden. Das ist Arbeit auf Abruf! Freiwillige Teilzeitarbeit zur Vereinbarung von Beruf und Familie ist dagegen kaum möglich.

Wir haben zwar den Mehrarbeitszuschlag durchgesetzt, in vielen Branchen wird er aber nicht ausbezahlt. ArbeitgeberInnen umgehen ihn durch das Ausstellen neuer Dienstverträge. Eine unserer Forderungen, die wir auch am vida-Gewerkschaftstag im Grundsatzprogramm beschlossen haben, ist, dass diese Lücke im Gesetz geschlossen werden muss, damit die ArbeitgeberInnen den Mehrarbeitszuschlag auch tatsächlich bezahlen müssen. Weiters fordern wir die Anhebung des Mehrarbeitszuschlags auf 50 Prozent.

## WEBLINK

Gewerkschaft vida:  
[www.vida.at](http://www.vida.at)

***Davon sind viele Frauen betroffen?***

Ja, fast ausschließlich. Frauen leisten gesellschaftlich extrem wertvolle Arbeit, z. B. in der Altenbetreuung, aber auch in der Reinigung und werden in diesen Branchen weit unter ihrem Wert bezahlt.

Mehr als ein Viertel der BerufseinsteigerInnen sind übrigens atypisch beschäftigt, davon acht Prozent in Teilzeit. Das muss man sich vorstellen, was das bedeutet, wenn man so ins Berufsleben startet.

***Dass die Menschen mit Teilzeitarbeit weniger verdienen ist klar. Im Vollzeitjob erwartet man sich aber ein Einkommen zum Auskommen. Wie hoch muss das mindestens sein?***

Wir haben im Jahr 2007 auf Sozialpartnerebene 1.000 Euro Mindestlohn ausverhandelt, und wir haben das auch mit vielen Anstrengungen durchgesetzt, bei den TaxilenkerInnen mit Jänner 2009, bei den FriseurInnen gibt es ebenfalls erste Erfolge. Unser nächstes Ziel ist 1.300 Euro Mindestlohn – das sind 7,50 Euro in der Stunde. Das muss auch den ArbeitgeberInnen die Arbeitsstunde wert sein.

Bei der aktuellen Lohnrunde im Reinigungsgewerbe konnten wir bereits ei-

nen großen Erfolg erzielen, dort beträgt mit 1. Jänner 2011 der Mindestlohn 1.302 Euro – und das betrifft immerhin 40.000 Beschäftigte.

### ***Wäre ein gesetzlicher Mindestlohn sinnvoll?***

Wenn wir lediglich 50 Prozent der Branchen mit Kollektivverträgen abgedeckt hätten, wie in vielen anderen Ländern, wäre der gesetzliche Mindestlohn sinnvoll. In Österreich werden 95 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse von Kollektivverträgen erfasst. Beim gesetzlichen Mindestlohn besteht aber die Gefahr, dass die Politik das Sagen hat. In den USA ist z. B. der Mindestlohn über Jahre nicht mehr angehoben worden. Wir als GewerkschafterInnen werden uns deshalb weiterhin bei den KV-Verhandlungen dafür einsetzen, dass der Mindestlohn nicht bei 1.300 Euro stehen bleibt.

### ***Wie stehst du zur bedarfsorientierten Mindestsicherung?***

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung in der Höhe von 744 Euro gilt in einigen Bundesländern seit Anfang September und wird bereits jetzt stark von AlleinerzieherInnen in Anspruch genommen. Wir wissen, dass viele von ihnen – in der Regel Frauen – an der Armutsgrenze leben.

Ein wichtiger Schritt, um die Einkommensschere zu schließen, ist die Novelle im Gleichbehandlungsgesetz. Es wird ja in Zukunft einen verpflichtenden Einkommensbericht geben, und auch bei den Stellenausschreibungen muss das Mindesteinkommen, das BewerberInnen erwartet, öffentlich gemacht werden. Diese Transparenz halte ich für überaus notwendig. Das wird bei vielen Menschen einen ziemlichen Aha-Effekt auslösen.

### ***Je weniger Menschen in Arbeit sind, desto mehr sind auf diese Leistung angewiesen.***

Daher müssen wir endlich offen über die Verteilung der vorhandenen Arbeitszeit diskutieren. Die Menschen müssen mit ihrem Einkommen auch auskom-

men. Das ist aber – siehe atypische Beschäftigte – im reichen Österreich immer seltener der Fall.

In Österreich leisten die Menschen europaweit am meisten Überstunden, hier bräuchte es ein solidarisches Miteinander. Ein Weg dazu ist, die Überstunden für den Arbeitgeber zu verteuern, damit dieser Boom des flexiblen Arbeitens eingedämmt wird.

Es kann nicht sein, dass jemand jede Woche 60 Stunden arbeitet – ob gewollt oder angeordnet –, und auf der anderen Seite ArbeitnehmerInnen mit 20 Stunden und dem entsprechenden Einkommen auskommen müssen. Das ist auch der Grund, warum viele Menschen einen zweiten oder dritten Job brauchen, um überleben zu können.

### ***Und arbeiten bis zum Burn-out – muss das sein?***

In unserer Leistungsgesellschaft hat Arbeit einen hohen sozialen Wert. Viel zu viele definieren sich ausschließlich über ihre Arbeit.

Dabei gibt es auch ein Leben neben der Arbeit. Und ein wichtiger Schritt, um dieses Leben zu verbessern, wäre eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden pro Woche mit vollem Lohnausgleich. Auf Kollektivvertrags-ebene sollte auf 35 Stunden gesenkt werden – das wäre ein gangbarer Weg, um die Lebenssituation der Beschäftigten zu verbessern, und um mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

### ***Im Mai nächsten Jahres wird sich ja der heimische Arbeitsmarkt für BürgerInnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten öffnen – in der Gewerkschaft vida hat man viel Erfahrung mit diesem Thema, weil schon jetzt viele KollegInnen aus diesen Ländern z. B. im Tourismus tätig sind.***

Aus diesem Grund begrüßen wir auch das neue Antilohn- und Antisozialdumpinggesetz. Wir wissen aus der Beratungsarbeit im Burgenland, dass ungarische KollegInnen in Österreich um bis zu 40 Prozent niedrigere Löhne bekommen. Bisher musste jede/jeder Einzelne von ihnen den vorenthaltenen Lohn vor Gericht einklagen, aber wer macht das

schon. In Zukunft sollen diese ArbeitnehmerInnen leichter zu dem ihnen vorenthaltenen Lohn kommen.

### ***Die Gewerkschaft vida vertritt auch viele Menschen in pflegenden Berufen. Der Wert ihrer Arbeit wird oft – auch finanziell – zu gering geachtet ...***

Daher fordern wir als Gewerkschaft vida die Sozialmilliarde. In den sozialen Berufen sind sehr viele Frauen beschäftigt, die für ihre wichtige und oft physisch und psychisch belastende Tätigkeit meist gering bezahlt werden. Das Geld wird dringend gebraucht, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und neue Arbeitsplätze zu schaffen – vor allem in der Pflege.

### ***Woher soll das ganze Geld dazu aber kommen?***

In Österreich haben wir einnahmenseitig beim Budget einige unserer Forderungen umsetzen können, wie z. B. die Einführung der Vermögenszuwachssteuer und die Bankenabgabe, aber es braucht dringend mehr Umverteilung. Wir in der Gewerkschaft vida fordern deshalb die Einführung einer Vermögenssteuer auf große Vermögen, also ab 500.000 Euro.

Wir sind auch immer noch der Ansicht, dass eine globale Finanztransaktionssteuer dringend notwendig ist. Hier braucht es auch in der EU endlich einen Schulterschluss. Als die Krise ausgebrochen ist, wurde versprochen, dass diese undurchsichtigen Finanztransaktionen eingedämmt werden, und dass es Kontrollen am Finanzmarkt geben wird. Das ist alles nicht mehr der Fall. Das alte Spiel wird weiter gespielt, da muss sich etwas ändern.

### ***Wir danken für das Gespräch.***

***Katharina Kleefür Arbeit&Wirtschaft***

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Arbeitslose Mitglieder

*Die Gewerkschaften bildeten sich zur Vertretung aller Menschen, die ihre Arbeit verkaufen müssen, um eine Lebensgrundlage zu haben.*

*Gerade ein Jahr war ich in der Bandfabrik beschäftigt gewesen, als ich wegen einer geringfügigen Ursache – ich war um einige Minuten zu spät ins Geschäft gekommen – entlassen wurde. In den nächsten vier Jahren bis zum Tode meiner Mutter war ich der Reihe nach Laufbursche in einem Weißwarengeschäft, Tagelöhner bei der Wientalregulierung, Hilfsarbeiter in einer Metallwarenfabrik, dann wieder Laufbursche in einem Herrenmodenhause, Wäscherbursche, Mitfahrer, Hausknecht in einer Färberei, Schneeschaufler, Tagelöhner bei einem Ziegeldeckermeister und Diener bei einem Photographen. ... Zwischen den einzelnen Konditionen war ich oft monatelang ohne Stellung.*

So sah das Arbeitsleben des jugendlichen Hilfsarbeiters und späteren Dichters **Alfons Petzold** am Ende des 19. Jahrhunderts aus – und es war ein alltägliches Schicksal.

Damals hatte die junge Gewerkschaftsbewegung dort, wo sie Mitglieder gewinnen konnte, schon erste Erfolge. Alfons Petzold erfuhr, dass Arbeitsbedingungen und Bezahlung in Handels- und Dienstleistungsjobs, wo es nur ganz wenige Gewerkschaftsmitglieder gab, deutlich schlechter waren als ein Tagelöhnerjob auf einer Großbaustelle oder in einer Fabrik – und das trotz oft ähnlich schwerer Tätigkeiten. Jeden Tag gekündigt werden konnten aber auch TagelöhnerInnen. Unter diesen Bedingungen mussten Gewerk-

schaftsmitglieder wie alle anderen mit der ständigen Bedrohung durch Arbeitslosigkeit fertig werden. Denn die Gewerkschaftsbewegung entstand nicht als eine Organisation für Beschäftigte, sondern als eine Organisation der Menschen, die auf abhängige Arbeit angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Einen großen Vorteil hatten die Gewerkschaftsmitglieder aber schon bald: Sie bekamen Arbeitslosenunterstützung, während alle anderen auf private Wohlfahrtseinrichtungen angewiesen waren.

In den Jahren der Wirtschaftskrise vor dem Ersten Weltkrieg wurde die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung für viele Menschen die Überlebensbasis. Der Bericht der Freien Gewerkschaften an den Internationalen Sozialistenkongress, der 1914 in Wien stattfand, dokumentierte dies eindrücklich: *Die ganz große Steigerung der Ausgaben in den letzten Jahren ist auf das Anschwellen der Unterstützungsausgaben zurückzuführen. Besonders die Arbeitslosenunterstützung erforderte von Jahr zu Jahr größere Summen. Im Jahr 1911 wurden für die Arbeitslosenunterstützung Kr(onen) 1,332.867,78, ... im Jahr 1913 Kr 2,204.801,09 ausgegeben.*

Erst die große Sozialoffensive am Beginn der demokratischen Republik nach 1918 unter dem Gewerkschafter Ferdinand Hanusch als Leiter des Sozialressorts brachte die Einführung der gesetzlich verankerten öffentlichen Arbeitslosenversicherung. Das gewerkschaftliche Unterstützungs-



Sofort nach dem Beschluss der provisorischen staatlichen Arbeitslosenunterstützung 1918 – eingerichtet nach dem Muster der gewerkschaftlichen Unterstützung – setzten die Angriffe auf das neue soziale Netz ein. Die angekündigte gesetzliche Arbeitslosenversicherung wurde als »Arbeitslosenpension« heruntergemacht, eine gezielte Kampagne gegen Arbeitslose als Sozialschmarotzer setzte ein.

angebot blieb aber bestehen und rettete am Höhepunkt der großen Wirtschaftskrise nach 1930, als die gesetzliche Versicherung praktisch zusammenbrach, wieder viele Menschen vor dem Verhungern. Auch in den skandinavischen Staaten entwickelte sich das gewerkschaftliche zu einem öffentlichen Arbeitslosengeld weiter, aber in anderer Form: Dort kommt es ausschließlich aus Steuermitteln und wird von den Gewerkschaften ausgezahlt.

Zusammengestellt und kommentiert von  
Dr. Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Was Arbeit mindestens wert ist

*Derzeit werden 1.300 Euro Mindestlohn diskutiert – ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von Armut trotz Arbeit und Bekämpfung von Lohndiskriminierung.*

Autor: Mag. Josef Zuckerstätter

AK Wien, Lohn- und Einkommensentwicklung,  
Lohnstruktur, Arbeitsmarkt

**B**ei Diskussionen um den Wert der Arbeit wird als Antwort meist ein Euro-Betrag erwartet, eine Tatsache, die jeden klassischen Ökonomen verwundert hätte und bei genauer Betrachtung auch unsinnig ist. Wenn, dann sollte man fragen, was denn ein Euro wert ist, wenn man ihn dazu verwendet, jemand anderen für sich arbeiten zu lassen. Denn Geld stellt nur insoweit einen Wert dar, als man dafür die Leistungen anderer – sei es in Form von Produkten oder von Dienstleistungen – bekommt, während Arbeit die Grundlage oder besser Quelle jeder Form von Wohlstand ist. Doch verlassen wir die tiefen Wasser der Frage nach den Werten in der Gesellschaft, und begeben wir uns in die pragmatische, aber keineswegs irrelevante Welt der Mindestlohnfestsetzung. In öffentlichen Debatten wird unter dem Mindestlohn eine für alle gültige Lohnuntergrenze verstanden. Nicht zuletzt unter dem Einfluss von Debatten in Deutschland, den USA oder Großbritannien wird dann gefragt, wie hoch denn »der Mindestlohn« in Österreich sei.

Beantworten kann man diese Frage nur mit einer Gegenfrage, nämlich: welcher Mindestlohn? In Österreich gibt es nicht einen, sondern viele Mindestlöhne, die je nach Branche, Qualifikation und Berufserfahrung nicht unterschritten werden dürfen.

So beträgt beispielsweise der niedrigste Mindestlohn für Angestellte im Handel ohne kaufmännische<sup>1</sup> oder gleichwertige Ausbildung (seit 1.1.2010) 1.184 Euro pro Monat 14-mal im Jahr. Nach drei Jahren Berufserfahrung sind Angestellte im Handel entsprechend ihrer tatsächlichen Tätigkeit einzustufen. Für Beschäftigte mit kaufmännischer oder gleichwertiger Ausbildung oder eben drei Jahren Berufserfahrung im Betrieb, die einfache Tätigkeiten ausführen, beträgt der Mindestlohn im ersten Jahr dann 1.263 Euro. In der Folge steigt dieser Mindestlohn mit der Berufserfahrung und den Anforderungen des Berufes.

## Wichtige Lohnregelungen

Diese kompliziert klingenden Lohnregelungen sind absolut wichtig. Erstens sichert diese Regelung, dass auch Personen die über eine Ausbildung oder längere Berufserfahrung verfügen, gegen einen Unterbietungswettbewerb beim Einkommen geschützt sind. Zweitens sichert dieses System, dass alle Beschäftigten, auch jene in den unteren Verwendungsgruppen, gemäß ihrer Berufserfahrung und ihrer Tätigkeit entlohnt werden. Und drittens bindet dieses System die niedrigsten Mindestlöhne in das System der jährlich verhandelten Lohnerhöhungen ein. Sie sind somit Teil der solidarischen Bemühungen um höhere Löhne und nicht nur die unterste Randgruppe.

Wie wichtig dies ist, kann am Beispiel des Einzelhandels gezeigt werden, dort

erreichte im Jänner 2004 der niedrigste Mindestlohn 1.000 Euro, inzwischen durch die jährlichen KV-Verhandlungen auf 1.104 Euro gestiegen. Ziel jeder Mindestlohnkampagne ist es, die gering entlohnten Gruppen in jährliche Lohnerhöhungen, die gemeinsam für alle Beschäftigten verhandelt werden, auf Dauer einzubeziehen. So gilt für Beschäftigte, die 2004 mit 1.000 Euro pro Monat begonnen haben, aufgrund der kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen und der Regelungen zur Einstufung im Jahr 2010 ein kollektivvertraglicher Mindestlohn von 1.266 Euro. Selbst wenn der Mindestlohn jährlich an die Inflation angepasst worden wäre, hätten sie jetzt um mehr als eineinhalb Monatsgehälter weniger im Jahr.

Über 95 Prozent (eher 98 Prozent) der Beschäftigten in Österreich werden in Kollektivverträgen erfasst. Die Sicherstellung einer unteren Lohnuntergrenze funktioniert in diesem System also sehr gut.

Viele Beschäftigte, JournalistInnen aber auch PolitikerInnen glauben daher fälschlicherweise, es gebe eine gesetzliche Lohnregulierung. Das ist einerseits Zeichen einer erfolgreichen Kollektivvertragspolitik, andererseits aber auch ein ständiges Problem, wenn es darum geht ArbeitnehmerInnen zu motivieren, sich in der Gewerkschaft für ihre Interessen zu organisieren.

## Gesetzlicher Mindestlohn

In Ländern, die tatsächlich auf den gesetzlichen Mindestlohn setzten (USA, GB) zeigt sich dagegen immer wieder die Problematik gesetzlicher Regelungen im Vergleich zu direkten Verhandlungen

<sup>1</sup> Für FerialpraktikantInnen, die nicht länger als drei Monate im Betrieb beschäftigt sind, gilt ein Mindestlohn von 1.104 Euro.

Bei Diskussionen um den Wert der Arbeit wird als Antwort meist ein Euro-Betrag erwartet, eine Tatsache, die jeden klassischen Ökonomen verwundert hätte und bei genauer Betrachtung auch unsinnig ist. Wenn, dann sollte man fragen, was denn ein Euro wert ist, wenn man ihn dazu verwendet, jemand anderen für sich arbeiten zu lassen.

zwischen Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen-Organisationen. So wurde der amerikanische Mindestlohn zwischen 1997 und 2007 nie erhöht.

Dennoch könnten durch eine Vereinfachung von Satzungen, die den Geltungsbereich von Kollektivverträgen ausdehnen, Niedriglöhne eher verhindert werden. Die Möglichkeiten, Mindestlöhne auch für arbeitnehmerähnliche Verträge, etwa jene für sogenannte »freie« DienstnehmerInnen festzulegen, ist ebenfalls notwendig, nicht nur zum Schutz der Beschäftigten, sondern auch zum Schutz all jener Unternehmen die sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten.

### Mindestlohnziel nicht unterschreiten

Der »Mindestlohn« wie er in Österreich diskutiert wird, ist eine Zielvorgabe, auf die sich der ÖGB und seine Gewerkschaften verständigen. Er stellt jene Grenze dar, die von keinem kollektivvertraglichen Mindestlohn unterschritten werden soll, die aber gleichzeitig in allen KV überschritten wird. Trotz oder gerade wegen dieses breiten und anpassungsfähigen Systems der Lohnregelung erfüllt die gemeinsame Zielvorgabe, die sich der ÖGB für die unterste Lohngrenze in Form der Mindestlohnbeschlüsse gesetzt hat, eine wichtige Funktion.

Das Mindestlohnziel ermöglicht es, in gewerkschaftlich schwer zu organisierenden Bereichen eine akzeptable Mindestsicherung zu erreichen, wie dies der GPA-djp im Zuge der »Zitronen«-Kampagne bei den Ärzten und Rechtsanwälten gelungen ist. Diese Kampagnen geben

den Beschäftigten in diesen Bereichen die Chance, in ein dauerhaftes System von Kollektivvertragserhöhungen einzusteigen. Außerdem wird durch die Auseinandersetzung um die Mindestlohnziele die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die zentrale Frage, was die Arbeit eines Menschen mindestens wert ist gelenkt.

Diese Form der expliziten Zielsetzung für einen Mindestlohn in allen Kollektivverträgen begann mit dem 12. Bundeskongress im Jahr 1987, der eine Mindestlohngrenze von 10.000 ATS (726,72 €) beschloss. Derzeit wird ein Mindestlohnziel von 1.300 Euro diskutiert bzw. wurde auch bereits von einigen Gewerkschaften beschlossen.

Die Statistik Austria hat heuer eine Auswertung zu Niedriglohnbeschäftigung veröffentlicht, in der auf Basis von Daten aus dem Jahr 2006 von einer Niedriglohngrenze von 1.325 Euro pro Monat (14-mal) bei Vollzeitbeschäftigung, ausgegangen wird. Rechnet man diese Grenze auf heutige Verhältnisse hoch, so entspräche dies etwa 1.460 Euro und liegt deutlich über den derzeit diskutierten 1.300 Euro. 2006 verdienten etwa neun Prozent der Beschäftigten im Bereich der Sachgütererzeugung und der privaten Dienstleistungen weniger als 1.325 Euro auf Basis einer Vollzeitbeschäftigung. Da Beschäftigte in Unternehmen mit weniger als zehn ArbeitnehmerInnen in dieser Statistik nicht enthalten waren, dürfte der Wert für alle ArbeitnehmerInnen etwas höher sein. Da Löhne und Gehälter inzwischen um zirka zehn Prozent gestiegen sind, kann andererseits von einem geringeren Anteil der Beschäftigten mit unter 1.300 Euro auf Vollzeitbasis ausge-

## WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[tinyurl.com/2umuh35](http://tinyurl.com/2umuh35)

gangen werden. Ein Ziel von 1.300 Euro ist realistisch erreichbar. Zum Zeitpunkt der Festlegung des 1.000-Euro-Mindestlohnziels ging man ebenfalls von ca. acht bis neun Prozent Betroffenheit bei den Unselbstständigen aus.

### Mindestlohn im KV einbinden

Die Forderung nach 1.300 Euro Mindestlohn ist ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von Armut trotz Arbeit und zur Bekämpfung von Lohndiskriminierung. Angesichts von zunehmenden atypischen Arbeitsverhältnissen ist es aber umso wichtiger, dass der Mindestlohn in umfassende Regeln zur Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in Form von Kollektivverträgen eingebunden ist. Denn ein Mindestlohn kann nur wirksam werden, wenn er gemeinsam mit Regeln zu Arbeitszeiten, Sonderzahlungen, Abrechnungsformen und vielem andern solidarisch von den ArbeitnehmerInnen durchgesetzt wird.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[josef.zuckerstaetter@akwien.at](mailto:josef.zuckerstaetter@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Mehr Wert – weniger Bezahlung

*Ohne unbezahlte Arbeit wäre unsere Gesellschaft kaum vorstellbar.  
Doch die verschiedenen Freiwilligentätigkeiten sind nicht ohne Probleme.*

Autorin: Lisa Seidl

Freie Journalistin

**H**ausarbeit und Kinderbetreuung sind nach dem Frauenbericht 2010 noch immer weiblich. Die Tendenz zur Steigerung der Beteiligung der Männer ist zwar zu sehen, man kann aber kaum von gerechter Verteilung in Partnerschaften reden, insbesondere weil sich die grundsätzlich geschlechtsspezifische Aufteilung der Arbeiten nicht verändert hat. Frauen sind eher für Routinearbeiten, die zeitlich fixiert sind, zuständig, Männer hingegen für flexiblere Tätigkeiten.

## Mehr als 43 Prozent engagieren sich

Durch den größeren Einkommensverlust der Männer bei Beziehung des Kinderbetreuungsgeldes im Vergleich zu den Frauen wird dieser Effekt verstärkt. Die Erwerbstätigkeit erweist sich hier als wichtigster Faktor. Obwohl erwerbstätige Frauen durchschnittlich eine höhere Belastung durch Hausarbeit haben als Männer, zeichnet sich ab, dass mit dem steigenden Einkommen der Frauen der Anteil der Beteiligung der Männer signifikant steigt. Auch im privaten Pflege- und Betreuungsbereich arbeiten vorwiegend Frauen. Hier stellt der steigende Pflegebedarf durch das Altern der Gesellschaft einen immer größeren Erwerbshinderungsgrund dar.

Über 43 Prozent der ÖsterreicherInnen engagieren sich formell (z. B. in

einer Organisation/Verein) und/oder informell (z. B. Nachbarschaftshilfe) freiwillig. Freiwilligenarbeit versteht man u. a., dass sie unbezahlt ist, einen Mehrwert für die Gesellschaft darstellt und keine professionellen, bezahlten Arbeitsplätze ersetzt.

Dennoch arbeiten besonders im sozialen Bereich unbezahlte und bezahlte MitarbeiterInnen in gleichen Positionen. Studien zeigen, dass in Organisationen, die Freiwillige einsetzen, der Lohn niedriger ist als mit ausschließlich bezahlten MitarbeiterInnen. Es kann aber auch beobachtet werden, dass bei ausgeglichenerem Verhältnis zwischen bezahlten und unbezahlten Arbeitskräften die innerbetriebliche Lohnstreuung geringer ist. Oft setzen Organisationen, die anfangs nur mit Freiwilligen operiert haben, nach erfolgreicher Etablierung bezahlte Arbeitskräfte ein. Unbezahlte werden durch bezahlte Arbeitskräfte ersetzt, umgekehrt ist das keinesfalls zu akzeptieren.

## Das Jahr der Freiwilligen

Am 5. Dezember ist Internationaler Tag der Freiwilligentätigkeit und mit dem kommenden Jahr, dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, soll EU-weit eine aktive Bürgerschaft gefördert und Solidarität und Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden. Eine Freiwilligentour in allen europäischen Hauptstädten, in Wien von 25.–27. Jänner, eröffnet das Jahr, das unter dem Stern der Aufklärung steht. Die Mitgliedsstaaten erhalten Unterstützung bei der Umsetzung von besseren Rahmenbedingungen, bei der Stärkung von Freiwilli-

## INFO & NEWS

**2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit.** Die Europäische Kommission (EK) vergibt insgesamt zwei Mio. Euro an Projektförderung, für Österreich stehen für zwei Flaggschiffprojekte rund 50.000 Euro zur Verfügung.

Alle weiteren Infos sind auf der Website der EK: [www.ec.europa.eu/volunteering](http://www.ec.europa.eu/volunteering) abrufbar. Im Rahmen des EJF-2011 initiiert das BMUKK einen Kreativwettbewerb unter dem Titel »projekteuropa«. Dabei sollen SchülerInnen ihre kreativen Talente zum Thema Freiwilligentätigkeit entfalten.

Nähere Informationen finden Sie unter [www.projekt-europa.at](http://www.projekt-europa.at).

genorganisationen sowie bei der Qualitätsverbesserung und der besseren Anerkennung von Freiwilligentätigkeit. Ziel ist die Förderung von formeller Freiwilligentätigkeit und Aufklärung über Rechte und Pflichten der Freiwilligen, Weiterbildung und die Schaffung von Präsenz und Akzeptanz im öffentlichen Diskurs. Geklärt werden soll unter anderem die genaue Definition von »Freiwilligentätigkeit«, damit sichergestellt werden kann, dass mit der Förderung des Freiwilligenbereichs in keiner Branche bezahlte Arbeitsplätze durch unbezahlte ersetzt werden.

## Engagement statt Pensionsschock

Studien zufolge engagieren sich (formell und informell) Erwerbstätige, SchülerInnen und StudentInnen am häufigsten



Die Tendenz zur Steigerung der Beteiligung der Männer ist zwar zu sehen, man kann aber kaum von gerechter Verteilung in Partnerschaften reden, insbesondere weil sich die grundsätzlich geschlechtsspezifische Aufteilung der Arbeiten nicht verändert hat. Frauen sind eher für Routinearbeiten, die zeitlich fixiert sind, zuständig, Männer hingegen für flexiblere Tätigkeiten.

zugunsten der Gesellschaft. Deshalb wird im kommenden Jahr besonderes Augenmerk auf ältere Menschen gelegt. Denn einer der wichtigsten Faktoren ist die Freiwilligentätigkeit vor dem Berufsausstieg. Der Pensionsschock muss erst verdaut werden.

Engagieren sich Personen noch in berufstätigen Zeiten, so werden diese das auch im Ruhestand tun. Dem Generationenkonflikt soll das einen positiven Impuls geben, denn mit sozialem Engagement vereinsamen ältere Menschen weniger schnell und bleiben länger fit.

Das Jahr 2011 wird auch Anlass bieten, das »Freiwilligengesetz« ins Gespräch zu bringen. Konkrete Vorschläge des Nationalrates, wie Versicherungsschutz für Freiwillige, Boni für Aufnahmebetriebe und Bevorzugung bei Aufnahme in den öffentlichen Dienst, von 2009 sollen bald wieder diskutiert werden. Diskussionsgrundlagen dafür wird es zur Genüge geben. Eine einheitliche Definition der »Freiwilligentätigkeit« stellt eine der Hürden dar. Die Schaffung eines modernen ArbeitnehmerInnenbegriffs, die Sicherstellung der »Freiwilligkeit« und die dafür notwendigen Begleitmaßnahmen sind die Forderungen, die die AK u. a. mit dem Freiwilligenjahr verbindet. Die Spaltung des Arbeitsmarktes darf jedoch durch die rechtliche Absicherung des freiwilligen Engagements nicht vorangetrieben werden.

### Europäisches Soziales Jahr

Die Herausforderung wird sein, eine gesetzliche Definition zu finden. Bisher leitete man die davon ab, dass ein unbe-

zahlter Arbeitsplatz einen bezahlten nicht ersetzen darf, doch das erweist sich in der Praxis als ungenügend. Stellte man auf die arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Absicherung der freiwillig Engagierten ab und erlaubte nur solchen Personen freiwilliges Engagement, entstünden ungewollte Eintrittsbarrieren für junge Menschen oder BerufseinsteigerInnen am Anfang des Arbeitslebens.

Grund für Gespräche wird auch das »Freiwillige Europäische Soziale Jahr« bieten. Es gibt Bemühungen, es in Österreich gesetzlich zu verankern. Bislang ist die Möglichkeit sich diese Berufserfahrung der Ausbildung anrechnen zu können gering, was sich nicht unbedingt ändern soll. Denn das soziale Jahr – in Deutschland gibt es auch die Möglichkeit eines ökologischen Jahres – soll als Berufsorientierung für diesen Bereich dienen. So kann die Drop-out-Quote z. B. bei der Ausbildung von Pflegeberufen gesamt gesenkt werden.

### Unbezahlter Berufseinstieg

Freiwillig oder Pflicht, durch den großen Druck in vielen Branchen ist ein Berufseinstieg ausschließlich über unbezahlte Praktika möglich. Dadurch sind auch viele Volontariate de facto Pflichtpraktika, auch wenn die Ausbildung diese nicht ausdrücklich vorschreibt. Oft müssen sich BerufseinsteigerInnen jahrelang durch unbezahlte Kurzpraktika einen geeigneten Lebenslauf erarbeiten, um später ein bezahltes Praktikum zu erhalten.

Schon lange fordern StudentenvertreterInnen und die Arbeiterkammer ein

**WEBLINK**  
Alle Infos unter:  
[www.freiwilligenweb.at](http://www.freiwilligenweb.at)

Aus für diese unfreiwillige Freiwilligenarbeit. Nach einem Beschluss des Europaparlaments im Sommer, soll damit auch bald Schluss sein. Praktika sollen demnach befristet und mit genauen Qualifikationsprofilen ausgestattet sein. Eine Mindestzuwendung, Versicherung und Sozialleistungen sollen auch festgelegt werden. Diese Qualitätscharta könnte die ausbeuterischen Praktiken vieler Unternehmen verbieten. Angefangen bei den EU-Institutionen: Künftig sollen auch deren Praktikanten bezahlt werden.

### Schwachstellen im Arbeitsrecht

Die Aussichten, dass jede Lücke entdeckt wird, die zu Ausbeutung verleitet, sind dennoch schlecht. Besonders in berufsbildenden höheren Schulen kann der Lehrgehalt gewisser unbezahlter Arbeiten nicht mehr nachvollzogen werden. Ob und wie diese Schwachstellen der Sonderlinge innerhalb des Arbeitsrechts beseitigt werden, wird sich zeigen.

**KONTAKT**  
Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[h0701971@wu.ac.at](mailto:h0701971@wu.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit

*Arbeiten ohne Arbeitsvertrag, Mindestlohn und Perspektive in Deutschland.  
Die Regelungen beim Nachbarn sind kein Vorbild für Österreich.*

Autorin: Mag. Lucia Bauer

Büro des Vorsitzenden GPA-djp

**A**b 1. Jänner 2011 sollen in Deutschland etwa 34.000 Langzeitarbeitslose für etwa 900 Euro netto im »gemeinnützigen Sektor« arbeiten. Darunter versteht die deutsche Arbeitsministerin **Von der Leyen** Arbeit in Kirchengemeinden und Vereinen, als Hausmeister-Hilfskraft an Schulen oder als EintüterIn an der Kasse von Supermärkten. Das Ziel der CDU ist klar: »Wir wollen, dass es in jeder Familie mindestens einen Erwachsenen gibt, der morgens zur Arbeit geht«, konkretisiert Bernd Krömer, CDU-Generalsekretär. Ein frommer Wunsch, den die meisten angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland wohl teilen. Ob dieses Ziel jedoch mit einer weiteren Zwangsmaßnahme für Langzeitarbeitslose zu erreichen ist, bleibt angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Arbeitsvermittlung à la **Hartz IV** anzuzweifeln.

## 2003–2005: Hartz I–IV tritt in Kraft

In den Jahren 2003 bis 2005 traten in Deutschland die sogenannten Hartz-Gesetze (Hartz I bis IV) in Kraft, die das bisherige System von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe in Deutschland völlig umkrempelten. Mit dem Argument, Arbeitslose rascher wieder in den Arbeitsprozess eingliedern zu wollen, wurden Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zusammengeführt und die Zumutbarkeitsbedingungen radikal verschärft. Besonders streng sind die Zu-

mutbarkeitsbestimmungen bei Jugendlichen. Schon nach einmaliger Verweigerung eines Arbeitsangebots können ihnen die Leistungen für den Lebensunterhalt gekürzt werden. Die Zumutbarkeit gilt allgemein auch für Löhne bis zu 30 Prozent unter dem Tarifniveau. Daher ist diese Regelung aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) völlig unzumutbar.

## Ein-Euro-Jobs

Neben der Reform von Arbeitslosengeld und Zumutbarkeit wurden im Zuge der Hartz-Reformen auch neue Instrumente der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt entwickelt, wie etwa die sog. »Ein-Euro-Jobs« oder korrekt »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung«. Ein-Euro-JobberInnen erhalten Arbeitslosengeld II (meist einfach Hartz IV genannt) weiter ausbezahlt und verrichten dafür eine Tätigkeit, die zusätzlich sein – also keinen bestehenden Arbeitsplatz ersetzen darf – und zudem im öffentlichen Interesse liegen sollte. Dafür erhalten sie eine »angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen« von ein bis zwei Euro pro Stunde. Daher auch der vielsagende Name. Weigert sich jemand ein Ein-Euro-Job-Angebot anzunehmen, muss er/sie mit Kürzung oder Streichung der Leistung rechnen.

Ziel ist es, Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen wieder an ein »normales Arbeitsleben« heranzuführen und so ihre Jobchancen zu erhöhen. Genau genommen sollten Arbeitssuchende nur dann in einen Ein-Euro-Job vermittelt werden, wenn andere Möglichkeiten, also die Eingliederung in reguläre Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung, nicht bestehen.

## INFO & NEWS

### Arbeitslosengeld und Hartz IV

Für die Betroffenen bedeuteten die Hartz-Reformen, dass die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds aus der Arbeitslosenversicherung auf maximal 18 Monate reduziert wurde. Danach kann das Arbeitslosengeld II beantragt werden (oft auch einfach Hartz IV genannt), das für erwerbsfähige Personen die Sozialhilfe ersetzt. Für Kinder kann zusätzlich Sozialgeld beantragt werden. Der Regelsatz für Hartz-IV-EmpfängerInnen beträgt derzeit 359 Euro. Mit 1. Jänner soll er um 5 Euro auf 364 Euro steigen. Zusätzliche Leistungen erhalten Eltern mit Kindern. Außerdem werden neben der Regelleistung die tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung gezahlt, soweit sie angemessen sind. Da diese Kosten in kommunaler Hoheit stehen und sich nach den örtlichen Gegebenheiten richten, werden sie von Landkreis zu Landkreis und in kreisfreien Städten grundsätzlich verschieden gehandhabt und berechnet.

Die Realität geht jedoch weit darüber hinaus. Im Jahresdurchschnitt gibt es in Deutschland rund 300.000 TeilnehmerInnen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. Da die Arbeitsgelegenheiten maximal zwölf Monate dauern dürfen, ist die Zahl der Teilnahmen pro Jahr noch wesentlich höher: 764.000 gab es im Jahr 2008. Vor allem in Ostdeutschland werden Ein-Euro-Jobs im großen Stil eingesetzt. Sie kommen in etwa eineinhalbmal so oft zur Anwendung wie eine berufliche Weiterbildung.





**68 Prozent der Befragten verfügten über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. Fast jede/r Zweite gab an, im Ein-Euro-Job dieselbe Tätigkeit gemacht zu haben wie die regulär beschäftigten KollegInnen.**

Kein Wunder übrigens, dass Ein-Euro-Jobs so attraktiv sind, kosten sie doch die ArbeitgeberInnen nur die Mehraufwandsentschädigung und eine sog. Trägerpauschale, insgesamt rund 500 Euro. Die restlichen Kosten werden aus der Weiterzahlung des Arbeitslosengelds II bzw. sonstiger Leistungen gedeckt. Mit Ein-Euro-Jobs lassen sich zudem kurzfristig hohe Aktivierungsraten erzielen. »Quantität von der Stange statt Qualität im Einzelfall«, kritisiert der DGB.

### Zwei Drittel entsprachen nicht

Auch der deutsche Bundesrechnungshof kritisierte in seinem Prüfbericht 2008 das System der Ein-Euro-Jobs: Zwei Drittel der geprüften Maßnahmen hätten nicht den gesetzlichen Fördervoraussetzungen entsprochen. In acht von zehn beanstandeten Fällen sei die Tätigkeit keine zusätzliche gewesen. In der Hälfte der beanstandeten Fälle stand die Tätigkeit nicht im öffentlichen Interesse. Die Arbeitsgelegenheiten blieben für drei von vier Hilfsbedürftigen wirkungslos. Messbare Integrationsfortschritte waren nicht erkennbar.

Eine Befragung des DGB unter Ein-Euro-JobberInnen bestätigt diese Kritik. 64 Prozent der Befragten glauben nicht daran, durch den Ein-Euro-Job wieder in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu kommen. 40 Prozent geben an, an seelischen Problemen zu leiden. Jede/r Vierte empfindet die Verpflichtung, an solchen Jobgelegenheiten teilzunehmen als Entwürdigung und nimmt nur wegen der drohenden Kürzungen teil. Dabei zeigt sich ein deutliches Ost-West-Gefälle. Arbeitssuchende in den neuen Bundesländern sehen die

Ein-Euro-Jobs deutlich positiver als Arbeitssuchende in den alten Bundesländern, auch wenn damit keine längerfristigen Jobchancen verbunden sind. Offenbar steigt mit zunehmender Aussichtslosigkeit der eigenen Situation die Bereitschaft, sich an jeden Strohhalm zu klammern. 41 Prozent der Ostdeutschen haben sich sogar aktiv für einen Ein-Euro-Job beworben. Das stellt die Sinnhaftigkeit des Zwangs zur Arbeit in Frage. Die Arbeitslosigkeit der Hartz-IV-Bedürftigen resultiert nicht aus einem Mangel an Arbeitswillen, sondern auch aus einem Mangel an Angeboten. 68 Prozent der Befragten verfügten über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. Fast jede/r Zweite gab an, im Ein-Euro-Job dieselbe Tätigkeit gemacht zu haben wie regulär beschäftigte KollegInnen. Jede/r Vierte sagte, dass für seine/ihre Ein-Euro-Tätigkeit eine abgeschlossene Berufsausbildung nötig gewesen sei.

Die Vermittlung in Ein-Euro-Jobs beschränkt sich also bei weitem nicht auf Personen mit Vermittlungshemmnissen und auf zusätzliche Stellen. Tatsächlich verdrängen sie oft reguläre Arbeitsverhältnisse und bringen zudem Tarifsysteme unter enormen Druck. Vor allem in Ostdeutschland werden Ein-Euro-Jobs nicht mehr gezielt eingesetzt, um Einzelne zu unterstützen, sondern großflächig als Marktersatzmaßnahme. Dafür sind sie aber nicht geschaffen. Denn die Menschen in Ein-Euro-Jobs haben weder einen Arbeitsvertrag noch sonstige ArbeitnehmerInnenrechte. Sie sind lediglich staatlich geförderte Billigarbeitskräfte. Der DGB fordert daher dringend vor allem für die neuen Bundesländer, andere Modelle der öffentlich geförderten

Beschäftigung anzuwenden, bei denen sozial gesicherte Beschäftigungsmöglichkeiten mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde entstehen.

### Völkerrechtlich bedenklich

Auch völkerrechtlich ist die Arbeitspflicht nicht unbedenklich. Eine arbeitsrechtliche Studie im Auftrag der **Hans-Böckler-Stiftung** zeigt, dass einige Instrumente der Hartz-Gesetzgebung gegen geltendes internationales Recht verstoßen, insbesondere gegen das Verbot der Pflichtarbeit (Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation).

Die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der geförderten Billigarbeit zeigen sich am deutschen Arbeitsmarkt. Die Hartz-Reformen haben nicht zu einer nachhaltigen Reduktion der Arbeitslosigkeit geführt, sondern stattdessen die Ausweitung des Niedriglohnsektors unterstützt. Die offensichtlichen Folgen einer Politik, die auf Arbeit um jeden Preis setzt, sind neben einem Rückgang der unteren Löhne ein rasantes Wachstum bei prekären Beschäftigungsverhältnissen und sozialer Ungleichheit. Das sollte uns eher als Abschreckung denn als Vorbild dienen.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[lucia.bauer@gpa-djp.at](mailto:lucia.bauer@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Um jeden Preis?

*Prekäre Arbeitsverhältnisse und Lohndumping greifen immer mehr um sich.  
Längst heißt gebildet nicht mehr gut verdienend.*

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

**D**er Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen und Lohndumping betrifft nicht nur die klassischen Niedriglohnbranchen, sondern auch Wissenschaft und Forschung, Bildungseinrichtungen sowie Medien- und Kreativunternehmen. Die Rechnung gebildet = gut verdienend stimmt längst nicht mehr.

## Stundenlohn zehn Euro

Gesucht: Online-PR-Redakteur m/w mit sehr guten Französisch-Kenntnissen, fundiertem Web-2.0-Wissen sowie Interesse an und Kenntnissen über Sportwetten und Online-Poker für selbstständige Online-Themenrecherche und das selbstständige Erstellen und Platzieren von Texten in französischer Sprache auf Online-Plattformen; Werkvertragsbasis, Arbeit von zu Hause aus (Internetanschluss erforderlich), Stundenlohn: € 10,-.

Oder: Gerlinde W.\*), heute 42, Historikerin, hat nach der Familienpause lange nach einem passenden Job gesucht und schließlich fast zwei Jahre lang als Büroleiterin bei einem Nachhilfeeinstitute gearbeitet, als freie Dienstnehmerin, 25 Wochenstunden, Stundenlohn: acht Euro.

Zehn Euro pro Stunde, rund 1.700 brutto pro Monat, das klingt vielleicht für manche gar nicht so wenig. Nur: Es gibt

kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, in der Regel auch kein Recht auf Krankenstand u. Ä., Urlaub bedeutet meist Verdienstaustausch, von automatischen jährlichen Einkommenszuwächsen ganz zu schweigen. Die Mittelschicht beginnt ab einem Bruttoeinkommen von 2.000 Euro, davon kann der Online-PR-Redakteur oben nur träumen.

## Wertvolle Flexibilität

Nun träumen sicher nicht alle Menschen nach abgeschlossener Ausbildung von einem 40-Stunden-Vollzeitjob. Für persönliche Freiräume und Flexibilität sind viele durchaus bereit, auf Annehmlichkeiten wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu verzichten. Unter Flexibilität scheinen allerdings die Unternehmen etwas ganz anderes zu verstehen: die Bereitschaft, immer mehr Leistung bei – im besten Fall unveränderter Bezahlung – zu erbringen. Und den Willen, die Risiken eines Unternehmers zu bewältigen, aber gleichzeitig die Zuverlässigkeit, Loyalität und rasche Verfügbarkeit eines Angestellten zu bieten. Manfred K.\*), Kameramann: »Meist läuft die Auftragsvergabe so ab, dass ich etwa am Mittwoch einen Anruf von einer Produktionsfirma bekomme, dass ich vielleicht am Samstag für einen Dreh gebraucht werde. Das bleibt dann so lange ungewiss, bis die Ab- oder Zusage kommt. Das heißt, ich muss mir den Samstag freihalten, selbst wenn dann vielleicht am Freitag eine Absage kommt.« Feiertags- oder Wochenendzuschläge sind nicht üblich.

Schon 2004 waren in Wien laut der WIFO-Studie »Untersuchung des ökonomischen

Potenzials der Creative Industries in Wien« knapp die Hälfte der Unternehmen in den Kreativbranchen Ein-Personen-Unternehmen. Ein Viertel der in diesem Bereich Tätigen hatte einen Hochschulabschluss, weitere 44 Prozent Matura.

Die Wirtschaftskrise hat nicht nur weniger Aufträge, sondern in manchen Branchen auch niedrigere Einkommen für viele Prekäre bedeutet. Zusätzlich drücken PraktikantInnen, die auch mal gratis oder für ein paar Hundert Euro arbeiten (müssen), die Honorare und Gehälter in all jenen Branchen nach unten, in die massenhaft StudienabgängerInnen drängen. Outsourcing und ähnliche Sparmaßnahmen tun ein Übriges. Manfred K.: »Wenn ich meine Honorare in Schilling umrechne, dann komme ich heute für einen Auftrag auf dieselbe Summe wie vor mehr als 20 Jahren – zu schlechteren Bedingungen.« Wie so manche/r seiner KollegInnen versucht auch der Kameramann, sich ein zweites Standbein in einer anderen Branche aufzubauen. Was nicht ganz einfach ist, denn wie soll man mit derart geringem Budget etwa Geld für Weiterbildung lukrieren? »Ich wollte eigentlich nur so lange freiberuflich und zu Hause arbeiten, bis meine Kinder aus dem Größten raus sind. Mittlerweile dauert dieser Zustand schon 17 Jahre. Das würde mich auch nicht wirklich stören, wenn mein Einkommen adäquat wäre«, erzählte mir kürzlich eine Kollegin. »Ich hab das Gefühl, ich muss jeden Tag mindestens zehn Stunden arbeiten, um auch nur halbwegs über die Runden zu kommen. Und da verbuche ich Notwendigkeiten wie Veranstaltungen besuchen und Netzwerken ohnehin schon als Freizeit.«

\*) Namen von der Redaktion geändert

Bei Mediaanalysen werden AkademikerInnen automatisch zur A-Schicht gerechnet. Doch bald wird sich ein Teil der Bildungsoberschicht die Qualitätszeitungen und -zeitschriften nicht mehr leisten können (außer per Internet), von Weiterbildung ganz zu schweigen.

StudentInnen und JungakademikerInnen sind oft froh, überhaupt einen Job gefunden haben, Erfahrungen sammeln zu können, den Lebenslauf aufzuwerten und nehmen dafür geringe Bezahlung in Kauf. Coole Sprüche und das Versprechen auf Weiterentwicklung/Fixanstellung sollen den Einstieg versüßen:

Du bist ein Heavy Internet User? Du schreibst sehr gutes Englisch und sehr gutes Französisch? Du bist auch privat viel in Foren und Communities unterwegs? Passt! Du wirst uns beim Aufbau von Identitäten in verschiedenen von uns benannten Diskussionsforen unterstützen und zu Themen deiner Wahl hochwertige Beiträge schreiben.

### Anforderungen

- Vielseitige Interessen wie z. B. Gesundheit, Beziehungen, Immobilien- und Finanzwirtschaft
- Top-Englisch, Top-Deutsch, Top Französisch
- Du bist schnell auf der Tastatur
- Sprachliche Kreativität und Effizienz – schreiben von englischen und französischen Texten fällt dir leicht
- PC- und Internetskills
- Eigene hohe Ansprüche an Arbeitsergebnisse und Termintreue
- Selbstmotivation, Teamfähigkeit und Bereitschaft zur aktiven Kommunikation
- Verlässlichkeit, gutes Zeitmanagement und Einsatzfreudigkeit setzen wir voraus
- Jede weitere Sprache ist ein Vorteil  
Sei ganz vorn dabei! Selbst in den USA haben unsere Skills noch absoluten Neuwert.

Werkvertrag, 15 h/Woche. Bei Bewährung nach ca. 1 Jahr Teilzeitanstellung möglich. Bezahlung: 8 (acht!) Euro pro Stunde.

In der Öffentlichkeit werden MitarbeiterInnen in der Medien- und Kreativbranche und besonders AkademikerInnen immer noch mit entsprechend gutem Einkommen assoziiert. Bei Mediaanalysen werden AkademikerInnen automatisch zur A-Schicht gerechnet. Doch bald wird sich ein Teil der Bildungsoberschicht die Qualitätszeitungen und -zeitschriften nicht mehr leisten können (außer per Internet), von Weiterbildung ganz zu schweigen. Geldmangel, unsichere Verhältnisse und Selbstausbeutung haben soziale Folgen: Das Geld und/oder die Zeit für Unternehmungen mit Freunden fehlen zum Teil. Die klassischen ArbeitskollegInnen gibt es kaum, denn diese sind im Grunde KonkurrentInnen. Und: Wer kann schon Familiengründung planen, wenn man sich immer nur von Projekt zu Projekt handelt?

### Erste Erfolge

Die GPA-djp weiß, dass etwa freie Dienstverträge häufig Umgehungsverträge sind, mit denen Kosten für eine Arbeitskraft minimiert werden sollen. Andrea Schober von der Interessengemeinschaft work@flex: »In den vergangenen drei Jahren ist die Zahl der freien Dienstverträge um 22 Prozent zurückgegangen. Natürlich wissen auch wir, dass einige davon dann in Werkverträge umgewandelt wurden. Aber etwa in Callcenters und bei Schulungseinrichtungen wurden – nicht zuletzt durch die gute Kooperation mit den Krankenkassen – die meisten Betroffenen tatsäch-

### WEBLINK

Work@Flex:  
[www.gpa-djp.at/flex](http://www.gpa-djp.at/flex)

lich angestellt.« Work@Flex fordert außerdem, den ArbeitnehmerInnen-Begriff dahingehend auszudehnen, dass auch als ArbeitnehmerIn gilt, wer im Auftrag und auf Rechnung anderer Arbeit leistet und in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis steht. Nur: Wäre es dann für ein Unternehmen nicht naheliegend, in Zukunft die Zusammenarbeit mit neuen Selbstständigen weniger regelmäßig und »einseitig« zu gestalten, also mehr Prekäre zu beschäftigen, aber diese dann weniger regelmäßig als bisher?

Der Mailänder Soziologe **Sergio Bologna** sieht angesichts der aktuellen Situation den Bedarf für umfassende politische Reformen. Er fordert das Anrecht auf soziale Absicherung für alle – gleichgültig in welchem Arbeitsverhältnis sie tätig sind. Grundrechte wie etwa das Streikrecht, das für neue Selbstständige, freie DienstnehmerInnen etc. nicht greift, müssten überdacht und die Prekären in stabile Netzwerke integriert werden.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Gute Arbeit

*Andreas Gjecaj, Generalsekretär der Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen im ÖGB, war Mitinitiator der Kampagne »Gute Arbeit«.*

*Interview mit Andreas Gjecaj*

*FCG-Generalsekretär im ÖGB*

**Andreas, noch bevor du 2006 im ÖGB zu arbeiten begonnen hast, hast du dich mit dem Thema »Arbeit« sehr intensiv auseinandergesetzt.**

**Andreas Gjecaj:** Vor meiner Anstellung im ÖGB war ich Bundessekretär der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung (KAB), und wir haben gemeinsam mit der **Betriebsseelsorge** in Österreich eine Kampagne gestartet. Die Idee dazu kam von Marja Kantanenen, einer Sozial- und IndustriepfarrerIn aus Helsinki. Die finnischen IndustrieseelsorgerInnen hatten sich gefragt, wie sich die menschliche Arbeit im dritten Jahrtausend angesichts der weit fortgeschrittenen Deregulierung und Globalisierung entwickeln würde und haben ein »Good Work Project« begonnen.

**Gerade in Österreich erscheinen aber Kathedralen und Fabriks hallen als ziemlich unvereinbare Gegensätze – oder zumindest eigene Welten, die kaum Berührungspunkte haben.**

Abseits der belasteten Geschichte der Dreißigerjahre gibt es bei uns die Redensart, dass man gelegentlich »den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht«. Den meisten Menschen fallen rasch zwei Bibel-Zitate ein – und diese verstellen den Blick darauf, dass Arbeit gerade im Christentum ganz zentral vorkommt. Bei der Vertreibung aus dem Paradies heißt es im Buch Gene-

sis: »Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen ...« – und das wurde immer nur als Fluch verstanden. Das zweite Zitat stammt aus einem Brief des Apostels Paulus: »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.« Zugegeben, zwei ziemlich große Bäume. Jetzt aber zum Wald: Zumindest das Judentum und das Christentum berufen sich auf einen biblischen Gott, der genau die damaligen Lebens- und Arbeitsbedingungen des Volkes Israel hernimmt, um zu zeigen, wer er ist. Er führt sie nämlich aus der Knechtschaft in Ägypten heraus – er befreit aus der Unterdrückung und Sklaverei.

**Was war dann Arbeit in der Antike: Segen oder Fluch?**

Arbeit war in der Antike – und ist bis heute – nicht eindimensional, d. h. es war immer sowohl Mühe, Last, Anstrengung als auch Selbstverwirklichung, soziales Wirken und Selbstbestimmung. Eine bekannte Geschichte erzählt von drei Steinmetzen am Kölner Dom. »Was macht ihr denn da?«, fragt sie ein Fremder. Und der eine antwortet mürrisch: »Du siehst doch, ich behaue Steine.« Der zweite: »Ich arbeite, um meine Familie zu ernähren.« Der dritte wischt sich den Schweiß von der Stirn: »Ich baue mit am großen Dom.« Eine kleine Geschichte, die doch Wesentliches zur Bedeutung von Arbeit enthält, auch wenn sich diese gewandelt hat.

In der Antike wurde Arbeit von Unfreien und Sklaven geleistet, während sich der Adel eher im Betrachten übte – in der Gegenwart scheint man die ganze Welt als »Baustelle« zu begreifen – und fast je-

de Tätigkeit wird als »Arbeit« bezeichnet. So spricht man heute von Beziehungsarbeit, Trauerarbeit – oder wie zuletzt beim Aids-Kongress in Wien von Sexarbeit.

**Dich scheinen diese Bezeichnungen nicht zu freuen?**

Auch wenn der Volksmund sagt, dass »Einbrecher in der Nacht an die Arbeit gehen«, meine ich, dass nicht jedwede Tätigkeit Arbeit ist. Auch dann nicht – und es ist mir wichtig darauf hinzuweisen –, wenn man damit Geld verdient. Vielmehr sollten wir gerade bei unbezahlter Arbeit genauer hinschauen und uns fragen, was für unser Leben eigentlich wichtig und wertvoll ist. Die deutsche Theologin **Dorothee Sölle** hat es einmal auf den Punkt gebracht: »Jede Arbeit, die auf Vernichtung der Lebenden, der Nachkommen, der Mitgeschöpfe und der ganzen Erde abzielt, ist mit dem christlichen Glauben unvereinbar. Ein Soldat ist kein Arbeiter.«

**Aber schon Ende des vorigen Jahrhunderts hat der amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin mit seinem Buch »Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft« für einen Nachruf auf die Arbeitsgesellschaft gesorgt.**

Und sich damit ebenso getäuscht wie viele Soziologen, die unsere Gesellschaft nur noch über die Freizeitgestaltung oder Lebensstilfragen definieren wollten. Arbeit wird auch in Zukunft ein Dreh- und Angelpunkt der sozialen Frage bleiben, und heute finden wir Texte wie: »Auf der Suche nach der verlorenen Arbeit« von **Peter**



Bei der Vertreibung aus dem Paradies heißt es im Buch Genesis:  
 »Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen ...« –  
 und das wurde immer nur als Fluch verstanden.  
 Das zweite Zitat stammt aus einem Brief des Apostels Paulus:  
 »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.«

**Zellmann**, oder **Henrik Müller**, der in seinem Buch »Die sieben Knappheiten« Arbeit als die erste Tugend beschreibt. Welchen Beruf ich habe, wird offensichtlich auch in Zukunft ein prägender Teil meiner Identität und ein wichtiger und entscheidender Schlüssel zu gesellschaftlicher Anerkennung sein.

Gerade Erwerbslose spüren, dass sie mit ihrer Arbeit mehr verloren haben, als nur ihr Einkommen. Das allein ist ja schon schlimm genug. Aber sie leiden darunter, nicht mehr gebraucht zu werden – oder um beim Beispiel der Steinmetze zu bleiben, nicht mehr »mitzubauen«. Das ist eine Sinnfrage, die sie Kopf und Kragen kosten kann.

*In seinen Manuskripten beschreibt Karl Marx den Menschen als »animal laborans«, als arbeitendes Wesen, der sich allerdings wegen der »Entfremdung der Arbeit« dabei verliert.*

Das 19. Jahrhundert – in dem Karl Marx lebte und wirkte – war von heute fast unvorstellbaren Veränderungen und Umbrüchen geprägt. Die industrielle Lohnarbeit war zunächst Zwangsarbeit. ArbeiterInnen wurden mit Gewalt zu ihren Arbeitsstätten gebracht, die Fabriken mussten von Militärs bewacht werden. Bei einem Vortrag hat der Linzer ÖGB-Bildungssekretär Sepp Wall-Strasser die erste Phase der Gewerkschaftsbewegung so beschrieben, dass es galt »Arbeitsbedingungen zu erreichen, die nicht mehr lebensverkürzend und gesundheitsschädigend für die ArbeiterInnen waren«. Im 20. Jahrhundert haben wir – in Europa im Rahmen einer sozialen Marktwirt-

schaft – um die »Humanisierung der Arbeitswelt« gekämpft und konnten in Kollektivverträgen wichtige Regelungen festschreiben. Und am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen wir vor der großen Herausforderung, ob wir wieder in Zustände des 19. Jahrhunderts zurückfallen oder an einer menschengerechten Gestaltung der Arbeit mitbauen. Denn mittlerweile sollten wir doch gelernt haben, dass die von Marx beschriebene Entfremdung kein Naturgesetz ist.

*Bist du mit deiner positiven Sicht von Arbeit nicht etwas zu »sozialromantisch«? Im heute real existierenden Kapitalismus wird Arbeit doch nach den Gesetzmäßigkeiten des Weltmarkts als Ware gehandelt, und als Kostenfaktor bekämpft. Wo man sie überhaupt noch braucht, wird sie ausgepresst wie eine Zitrone und danach achtlos weggeworfen.*

Der deutsche Betriebsseelsorger Paul Schobel hat einmal gesagt: »Die Amerikanisierung der Wirtschaft hat die Brasilianisierung der Arbeit zur Folge!« Gemeint ist damit, dass Wirtschaften im US-Stil bedeutet, so zu tun, als wäre Gewinnmaximierung das einzige Ziel der Wirtschaft. Das war es nie – und wer so etwas behauptet nimmt in Kauf, dass alle anderen Ziele unter die Räder kommen. Die »Brasilianisierung« meint Arbeit ohne gerechten Lohn, Arbeit ohne Anspruch auf soziale Sicherung, Arbeit in Zeitkonstrukten, die Menschen verbiegt (flexibel kommt von flectare: biegen, beugen, krümmen) – ein Zerrbild von Arbeit und Wirtschaft!

## WEBLINK

Weitere Materialien zur Kampagne  
 GUTE ARBEIT unter:  
[www.gutearbeit.at](http://www.gutearbeit.at)

*Und euer Gegenentwurf heißt »Gute Arbeit«?*

Weil Arbeit keine Nebensache ist – und niemals war –, müssen wir um GUTE ARBEIT kämpfen. Mindestens ein Drittel unserer wachen Zeit verbringen wir in der Arbeit. An unseren Arbeitsplätzen wird die Welt gestaltet, werden Ressourcen verbraucht, Produkte erzeugt, Dienste geleistet. Dort entscheiden sich Glück und Unglück, Gerechtigkeit und Ausbeutung, Sinnhaftigkeit und Frustration. Auch die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) hat eine Kampagne mit dem Titel »decent work« gestartet. GUTE ARBEIT ist mehr. Mehr als bloße Wirtschaftlichkeit, mehr als reiner Kostenfaktor. Sie muss die Würde des Menschen garantieren, für ein gerechtes Einkommen sorgen und Verantwortung für die Umwelt tragen.

*Danke für das Gespräch.*

*Katharina Klee für Arbeit & Wirtschaft*

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Antiquiert und unbequem

*Mit dem Begriff Ausbeutung kann die moderne Volkswirtschaftslehre wenig anfangen. Dennoch muss sie mit anderen Konzepten die bestehende Lücke füllen.*

Autor: Mag. Sebastian Baryli

Freier Journalist

**W**er heute vom Wert der Arbeit spricht, der wagt kaum mehr von Ausbeutung zu sprechen. Zu antiquiert, zu unmodern, zu belastet erscheint der Begriff, kaum jemand bringt ihn mehr – vor allem in der akademischen Diskussion – über die Lippen. Möglicherweise sei er noch in der Alltagssprache angebracht für die Beschreibung der Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter in China oder jener der LandarbeiterInnen in Kolumbien. Doch für europäische Verhältnisse scheint dieses Konzept längst überholt. Dabei kann sich die Scheu in der Alltagssprache auf eine Tendenz in der Volkswirtschaftslehre stützen. Denn dort hat man mit dem Niedergang des Marxismus und dessen anti-kapitalistischer Tradition auch den Begriff Ausbeutung ad acta gelegt. Zu sehr war der Begriff mit den Bedingungen der marxistischen Wirtschaftstheorie verknüpft. Dennoch wurden neue Begrifflichkeiten entwickelt, die nun in die Breche springen sollen. Ob man dabei wirklich viel gewonnen hat, bleibt offen.

## Ausbeutung als Kampfbegriff

Dabei erlebte der Begriff in seinen Anfängen geradezu einen Höhenflug: Sogar **Adam Smith** hatte in der Ausarbeitung seiner klassischen Wirtschaftstheorie Ausbeutung als Art Marktversagen thematisiert. Die neoklassische Schule nahm

diesen Faden wieder auf und erklärt das Zustandekommen von Ausbeutung durch einen unvollständigen Wettbewerb, wie etwa durch Monopole. Aufgrund eines solchen Marktversagens würde das gesamtgesellschaftliche Wohl nicht zum Tragen kommen, so ihr Argument. Aber auch in der Wert- und Mehrwerttheorie von **David Ricardo** hat sich der Begriff fortgesetzt.

Doch vor allem in der antikapitalistischen Literatur erlebte der Begriff Ausbeutung seine eigentliche Ausgestaltung. Insbesondere in der französischen Kritik am Privateigentum – angefangen von **Henri de Saint-Simon** bis hin zu **Pierre-Joseph Proudhon** – wirkte der Begriff bis weit in die Arbeiterbewegung. Dort erlebte er seine eigentliche Blüte und wurde zu einem Kampfbegriff gegen die kapitalistischen Arbeitsverhältnisse.

Seine erste fundierte Ausarbeitung erhielt das Konzept vor allem durch die ökonomischen Studien von Karl Marx. In der Rezeption der Wert- und Mehrwerttheorie Ricardos schuf er ein eigenständiges Konzept, das ein wesentliches Grundproblem der Analyse des Kapitalismus lösen sollte: »Kapital kann also nicht aus der Zirkulation entspringen, und es kann ebenso wenig aus der Zirkulation nicht entspringen. Es muss zugleich in ihr und nicht in ihr entspringen«, bringt Marx die Bedingungen der Analyse im ersten Band des Kapitals auf den Punkt.

Diese Bedingung in der Analyse kapitalistischer Arbeitsbedingungen konnte er durch eine besondere Unterscheidung erfüllen: »Zum Nachweis der Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen – das Geschlecht spielt keine Rolle – be-

nötigt Marx daher neben dem Wertbegriff ein zweites fundamentales Konzept: die Unterscheidung zwischen Arbeitskraft des Arbeiters und der Arbeit, die er (pro Tag) leistet«, erklärt Johannes Berger im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus. Mit dieser Unterscheidung wurde im Wesentlichen die Mehrwertproduktion erklärt, die dem Kapitalisten Profit verschafft: »Die Arbeiter sind dann ausgebeutet, wenn sie länger arbeiten, als nötig wäre, um die **Subsistenzmittel** zu produzieren, die sie mit ihrem Geldlohn kaufen.«

## Einwände der Volkswirtschaft

Doch die moderne Wirtschaftstheorie – gleich ob neoklassisch oder keynesianisch – hat den Begriff aus ihrem theoretischen Repertoire gestrichen. »Mit dem Niedergang der marxistischen Wirtschaftstheorie hat auch der Begriff der Ausbeutung einen Niedergang erlebt«, erklärt Markus Marterbauer vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). »Zu eng war das Konzept mit den Voraussetzungen wie Arbeitswertlehre und Mehrwerttheorie verknüpft«, erklärt der Wirtschaftsexperte.

Heute hat man dafür neue Konzepte gefunden, um Probleme in Bezug auf die Arbeitswelt zu erfassen: »Der Verteilungstitel hat dabei den Begriff der Ausbeutung weitgehend ersetzt«, erklärt Marterbauer weiter. »Es geht heute nicht mehr um die Analyse von Ausbeutungsverhältnissen, sondern um die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen.«

Doch auch in der Frage der Verteilung ist es schwierig, wissenschaftlich fundierte



»Zum Nachweis der Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen – das Geschlecht spielt keine Rolle – benötigt Marx daher neben dem Wertbegriff ein zweites fundamentales Konzept: die Unterscheidung zwischen Arbeitskraft des Arbeiters und der Arbeit, die er (pro Tag) leistet«, erklärt Johannes Berger im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus.

Parameter zu entwickeln, die objektiv feststellbar wären. »Es kann keinen richtigen Verteilungsschlüssel geben«, argumentiert der Wirtschaftswissenschaftler. »Wer von Verteilung spricht muss sich darüber im Klaren sein, dass es sich dabei um einen normativen Begriff handelt.« Somit bleibt auch der Begriff der Verteilung wesentlich an bestimmte Vorstellungen und Prinzipien gebunden, die man ihm voraussetzt.

### Suche nach Ersatz

Dennoch hat man – vor allem im Bereich der Gewerkschaften – neue Begriffe entwickelt, um die entstandene Lücke zu füllen: Schlagwörter wie fehlende Lohngerechtigkeit, Sozialdumping und Working poor sollen in der aktuellen Diskussion helfen, die Arbeits- und Lohnsituation kritisch anzusprechen, ohne den Begriff Ausbeutung verwenden zu müssen.

Dabei versucht man aus gewerkschaftlicher Perspektive, durchaus objektive Parameter der Gerechtigkeit zu finden trotz des normativen Charakters des Begriffs. Denn sobald die Lohnsteigerung die gesamtgesellschaftliche Produktivitätsrate plus Inflation unterschreitet, findet eine Verteilung, ja Umverteilung in Richtung Kapital statt. »Hier könnte man von Ausbeutung sprechen, da den ArbeitnehmerInnen der ihnen zustehende Anteil am gesellschaftlichen Wachstum verweigert wird«, meint Michael Mesch von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der Arbeiterkammer Wien.

Die Formel Produktivität plus Inflation ist für die Gewerkschaften immer

noch maßgebend, doch die Durchsetzung hängt entscheidend von sozialpolitischen Dynamiken ab, weniger von volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten an sich. Es handelt sich dabei also ebenfalls nicht um einen strengen Mechanismus, sondern um einen Orientierungspunkt für gesellschaftliches Handeln. »Die Durchsetzung jener Forderungen, die sich an solchen Parametern orientieren, hängt stark von der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ab«, erklärt Mesch.

Aber nicht nur in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, auch bei den Arbeitsbedingungen hat man neue Begriffe entwickelt, um dem Konzept der Ausbeutung ausweichen zu können. »Vor allem durch die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen haben sich neue Phänomene herausgebildet wie Working poor und Sozialdumping«, meint der AK-Experte. Die Umgehung arbeits- und sozialrechtlicher Standards steht dabei im Kreuzfeuer der Kritik, doch spricht man dabei nicht von Ausbeutung im strengen Sinne.

### Frage der Gerechtigkeit

Letztendlich hat man also den normativen Begriff der Ausbeutung durch den normativen Begriff der gerechten Verteilung in der Volkswirtschaftslehre ersetzt. Ein höheres Maß an Wissenschaftlichkeit hat man also dadurch nicht unbedingt gewonnen, obwohl man damit die Unwegsamkeiten der Arbeitswertlehre umschiffen kann. Der Begriff Ausbeutung ist damit vielleicht aus einer rein volkswirtschaftlichen Perspektive, die sich an mathematischen Modellen der Ressour-

### WEBLINK

Wirtschaftsforschungsinstitut:  
[www.wifo.ac.at](http://www.wifo.ac.at)

cenallokation orientiert, vom Tisch. Aus einer umfassenderen sozialwissenschaftlichen Sicht vielleicht aber nicht unbedingt: »Bei dem Begriff Ausbeutung geht es immer um die Frage der Gerechtigkeit. Somit handelt es sich eigentlich um ein philosophisches Thema, weniger um ein streng wirtschaftswissenschaftliches«, meint dazu Michael Mesch.

### Kein Beweis

Die Frage nach der Existenz von Ausbeutungsverhältnissen kann vielleicht tatsächlich nicht in einer streng positivistischen, wirtschaftswissenschaftlichen Tradition bewiesen werden. Das ist aber nicht unbedingt notwendig. Hingegen ist der Begriff für eine Kritik bestehender Arbeits- und Gesellschaftsverhältnisse auf einer praktisch-philosophischen und sozialwissenschaftlichen Ebene durchaus unentbehrlich.

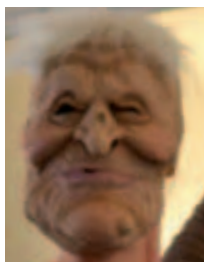
### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[sebastian.baryli@gmx.at](mailto:sebastian.baryli@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Spitzentanz am Pensionsparkett

Anlässlich ihres 50-jährigen Bühnenjubiläums 2060, bringen wir ein Interview mit Ballerina Marie-Sophie Zimmermann zu ihrer Karriere und Ruhestandsplänen.

## ZUR PERSON



### Marie-Sophie Zimmermann

Geb. 1987 in Wien, Volksschule, Wiener Staatsoper Ballettschule

2005–2008 Fortsetzung der klassischen Ballettausbildung in Paris, Académie d'art choreographique

2009 erstes Engagement im Staatsballett Berlin/Corps de Ballett

Ab 2010 Ensemblemitglied am Wiener Staatsopernballett

2011 Aufstieg zur Solotänzerin

2012–2015 Engagements in Paris und Moskau

2016 Ernennung zur 1. Solistin an der Wiener Staatsoper, seit 2025 Charaktersolistin

2062 voraussichtliche Beendigung der Bühnenkarriere

weitere Auftritte als Ballerina waren undenkbar. Nur waren meine zwei neuen Ersatzteile nicht Anspruch genug ...

**Sie sprechen hier die »3 künstliche Gelenke«-Reform von 2029 an ...**

Genau. Ich hatte leider nur zwei künstliche Gelenke und keinen Bedarf einer Gehhilfe, deshalb wurde mir der Anspruch verwehrt. Schließlich ging ich noch einmal in Reha, war aber unsicher ob es für ein weiteres Comeback reicht.

**Dachten Sie nie an private Vorsorge?**

Natürlich. Vor 50 Jahren konnte man sich ja kaum der Panikmache um private Vorsorge entziehen. Jedoch war das für mich finanziell nicht möglich, auch wenn ich gute Engagements hatte, war es für private Vorsorge nicht genug. Kinder hätten sich zwar positiv auf meine Pensionsansprüche ausgewirkt – aber eine Prima ballerina mit Schwangerschaftsstreifen?

**Mit 54 starteten Sie ein Comeback ...**

Ja, viel anderes blieb mir nicht übrig. Wenigstens war die Medizin in den 2040ern schon so weit, dass man auch mit einem falschen Knie und Hüfte einen einwandfreien **grand jeté** machen konnte.

**Bekamen Sie noch Engagements?**

Nach meinem ersten Comeback hatte ich kaum Probleme damit, ich war ja eine angesehene Charaktersolistin. Das zweite Comeback erwies sich als schwieriger, so viele Charakterrollen für eine

**Arbeit&Wirtschaft: Marie-Sophie Zimmermann, Sie starteten ihre Laufbahn als Ballerina vor über 50 Jahren, damals ging gerade die 1. Generation der Babyboomer in Ruhestand und die Bedingungen für diesen verschlechterten sich stetig. Denken nicht auch Sie nach einer zwar erfolgreichen, aber doch langen Karriere manchmal daran, die Ballettschuhe an den Nagel zu hängen?**

**Marie-Sophie Zimmermann:** Ja, natürlich. 50 Jahre auf der Bühne sind eine sehr lange Zeit. Glauben sie mir, ich habe schon mehrmals versucht, meine Karriere zu beenden und aus dem **en l'air** ein **passé** zu machen, aber die Umstände haben es bis jetzt nicht zugelassen. Es ist keine Leichtigkeit, mit einer künstlichen Hüfte ein gekonntes fouetté hinzubekommen.

**Wann wollten Sie denn zum ersten Mal in Pension gehen? Welche Umstände haben Sie daran gehindert?**

Nach meinem 25-jährigen Bühnenjubiläum 2035 an der Staatsoper wollte ich zum ersten Mal meine Karriere beenden. Ich hatte alle großen Rollen als erste Solotänzerin getanzt, z. B. die Odette in Schwanensee, und ich spürte, dass meine Gelenke sehr strapaziert waren von der langen Zeit auf der Bühne. Nach einer umfangreichen Operation entschloss ich mich dann doch weiterzutanzten. Leider hatte ich auch noch nicht genug Geld für einen entspannten Ruhestand verdient. So startete ich 2036 ein Comeback.

**Wollten Sie nach 2036 ihre Bühnenkarriere noch einmal beenden?**

Aber natürlich, drei Mal sogar. Nach meinem 30-jährigen Bühnenjubiläum 2040, wurden mir eine künstliche Knie-scheibe und ein Hüftgelenk eingesetzt. Trotz Rehabilitation hatte ich sehr starke Schmerzen. Da ich erst 54 war, versuchte ich Invaliditätspension zu beantragen,



## INFO & NEWS

### Pensionsreformen seit 2010

2011 – Aufruf der Regierung, Kinder zu bekommen, um Pensionen zu sichern.

2012 – »Go Baby«-Reform: Die Regierung gibt ihren Aufruf zur Fortpflanzung einen gesetzlichen Rahmen. Danach werden die Pensionsbeiträge ab 2040 abhängig von der Anzahl der Kinder der AntragstellerInnen gemacht werden.

2014 – »Go Baby2«-Reform: Verschärfung der 2012er-Reform: Pensionsbezieherinnen mit Töchtern werden sieben Prozent ihrer zukünftigen Ansprüche abgezogen, da Frauen aufgrund ihrer steigenden Lebenserwartung im Gegensatz zu Männern eine größere Belastung für die Pensions- und Sozialversicherungskassen darstellen.

2015 – Erhöhung des Pensionsalter von 65 auf 67 bei Männern, von 60 auf 62 bei Frauen.

2020 – Die anstehende gleichzeitige Pensionierung der 2. Hälfte der Babyboomergeneration führt zur gänzlichen Aufhebung der Frühpensionierung. Die AntragstellerInnen werden dazu angehalten, sich ehrenamtlich zu engagieren, z. B. bei Pflegediensten, Kindergärten.

2025 – Verschärfung der Kriterien für die Inanspruchnahme von Invaliditätspension. Ab nun muss weitgehende Unbeweglichkeit und mind. ein künstliches Gelenk beim Antragsteller nachgewiesen werden, um diese zu beziehen.

2026 – »Hackler-Händ& Fiaß«-Reform: Erhöhung der Versicherungsjahre der Hacklerregelung von 45 auf 50 bei Männern und 45 bei Frauen inklusive Verpflichtung des Nachweises schwerer Arbeit (Kriterien sind z. B. Abnützung der Wirbelsäule, Knie, Schulter oder Hüftgelenk, aber auch Folgen psychosomatischer Belastungen am Arbeitsplatz).

2029 – »3 künstliche Gelenke+«-Reform: Der Anspruch auf Invaliditätspension wird verschärft von ein auf drei künstliche Gelenke und das Pensionsalter angehoben auf 68 bzw. 63 Jahre.

2030 – »30/55+1/2«-Reform: Nachdem die Abschaffung der Frühpensionierung der Babyboomergeneration die Pensionierungen meist nicht verhinderte, wurde das Pensionsantrittsalter ab 2030 kontinuierlich drastisch erhöht.

Seit 2030 hatte keine Regierung mehr Mut zu erwähnenswerten Pensionsreformen.

über 50-jährige Ballerina gibt es nicht. Wirklich schwer war das 3. Comeback ...

#### *Sie haben ein 3. Comeback gestartet?*

Ja, musste ich. Es blieben mir nicht viele Alternativen. 2050 glaubte ich, mit über 63 Jahren endgültig meine Karriere beenden zu können, da ich das gesetzliche Pensionsalter erreicht hatte ...

#### *Aber die Reform »30/55+1/2« von 2030 hatte das Antrittsalter bereits auf 73 Jahre ansteigen lassen ...*

Das fand ich bei der Antragstellung leider auch heraus. Da ich kein weiteres künstliches Gelenk hatte, folgte nach 40 Bühnenjahren mein 3. Comeback.

#### *Hätten Sie in den Jahren etwas anders machen sollen?*

Ja, Kinder bekommen oder mir gleich ein zweites künstliches Knie einsetzen lassen. Dann wäre ich heute Gärtnerin.

#### *Ihre Zukunftswünsche?*

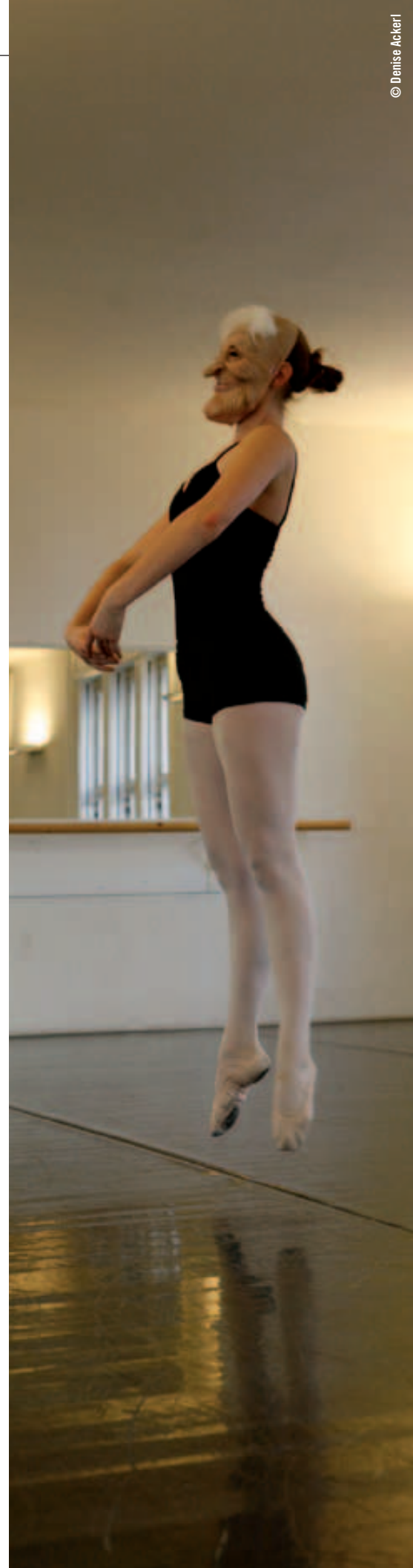
Hals- & Beinbruch!

#### *Danke für das Gespräch.*

## KUNST

Projekt im Rahmen von „Zukunft der Arbeit“ – einer Kooperation der AK Wien und der Universität für angewandte Kunst von Denise Ackerl

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Und was arbeiten Sie?

*Ein Kunstwerk, dem vorrangig die Mühe seiner Entstehung anzusehen wäre, hätte es schwer am Markt. Viele Kunstschaaffende auch.*

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

Es wäre keine Kunst, sagte **Henry Moore** auf die Frage, wie es ihm gelungen war, aus einem klobigen Stein eine derart eindrucksvolle Skulptur zu hauen. Er habe, so der Bildhauer, einfach alles weggenommen, was nicht dazu gehörte. So leicht kann Kunst also sein. Über die Frage, was Kunst, wer ein Künstler/eine Künstlerin ist, scheiden sich allerdings die Geister.

Laut dem österreichischen Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz ist »Künstler/Künstlerin, wer in den Bereichen der bildenden Kunst, der darstellenden Kunst, der Musik, der Literatur, der Filmkunst oder in einer der zeitgenössischen Ausformungen der Bereiche der Kunst aufgrund ihrer/seiner künstlerischen Befähigung im Rahmen einer künstlerischen Tätigkeit Werke der Kunst schafft«.

Nach steuerlicher Rechtssprechung liegt eine künstlerische Tätigkeit dann vor, wenn »eine persönlich eigenschöpferische Tätigkeit in einem umfassenden Kunstfach aufgrund künstlerischer Begabung entfaltet wird«.

## Diffuse Definition

»Wer als KünstlerIn gelten soll, ist in mehrfacher Hinsicht schwierig und uneindeutig«, heißt es in dem Bericht zur »Lage der Lebens- und Arbeitssituation von Kunstschaffenden in Österreich«, der im Oktober 2008 vom Institut L&R Sozialfor-

schung publiziert wurde. Die Berufsgruppe der Kunstschaffenden zeichne sich stark durch Kriterien wie Freiheit, Selbstständigkeit und Individualität aus, sodass sich die Erfassung als eine homogene Gruppe schwierig gestalte. Verlässliche Zahlen liegen aufgrund abweichender Berufsdefinition nicht vor. So erfasst etwa die Statistik Austria die JournalistInnen mit den AutorInnen. Laut Mikrozensus Jahresergebnis von 2006 werden in der »ISCO-Berufsgruppe 245 (die erwerbstätige SchriftstellerInnen, Bildende und Darstellende KünstlerInnen erfasst) 31.817 Personen ausgewiesen. Im Jahr zuvor waren es 33.386 gewesen. Als Kunstschaffende definieren die Studienverfasser »all jene, die mit professionellem Anspruch Kunst schaffen, sie also nicht als Hobby, sondern als berufliche Aufgabe sehen«.

Unter dem Schlagwort »Creative Industries« waren die Beschäftigungspotenziale von Kunstschaffenden und sogenannten Kreativen im Umfeld neuer Formen der Kunstproduktion bereits seit den 1990er-Jahren thematisiert worden.

Gemeinsam waren den Befunden die Feststellung von Prekarisierungstendenzen und vergleichsweise schlechter Einkommenssituation. »Wie unter einem Vergrößerungsglas«, so die Studie von L&R Sozialforschung, »zeigten die im Segment der Kunstschaffenden beobachteten Formen der Arbeitsorganisation und Beschäftigung die voranschreitende Deregulierung der Arbeitswelt.« Wie andere Werkstätige auch, können Kunstschaffende immer weniger allein vom künstlerischen Schaffen leben. Mehrfachbeschäftigungen und fragmentierte, wenig planbare Erwerbsläufe werden für die Ausübung der Kunst in Kauf ge-

nommen. Als Gemeinsamkeit, so ging es aus zahlreichen Studien hervor, verfügen Kunstschaffende über ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau. Eine gute Ausbildung, die aber nicht automatisch eine finanziell gesicherte Berufslaufbahn garantiert.

## Dichtes Angebot

»Der Zugang zu künstlerischer Arbeit über professionelle formale Ausbildungswege zeigt unterschiedliche Facetten«, folgert die genannte Studie. Zum einen bestünde der Wunsch vieler Kunstschaffender nach einer (Lehr-)Tätigkeit in einem kunstnahen Arbeitsfeld. Gleichzeitig stellen sie die Frage, in welche Richtung junge Menschen ausgebildet werden sollen. Als selbst Kunstschaffender kenne man die schlechten Rahmenbedingungen und müsse sich fragen, ob man guten Gewissens den Jungen einen solchen Berufsweg wünschen kann. »Als ließe man AbsolventInnen eines Skigymnasiums danach nicht Ski fahren«, kommentierte etwa ein Studienteilnehmer. Parallel zum Zuwachs der professionellen Ausbildung wird ein Rückgang der Integration von Kunst als Teil der täglichen Kultur beobachtet. In einem Kunstmarkt, in dem die Dichte an Anbietenden ungleich höher als die Nachfrage ist, tun sich Kunstschaffende schwer.

Von zunehmender Bedeutung ist die »Interdisziplinarität und Multifunktionalität in der Arbeit von Kunstschaffenden«, heißt es in der Studie. Viele Kunstschaffende lassen sich nicht mehr allein einer Sparte zuordnen, sondern sind in vielen künstlerischen Bereichen aktiv. Als etabliert gilt, wer »von einer relativ großen Öffent-



**Als etabliert gilt, wer »von einer relativ großen Öffentlichkeit kritisch wahrgenommen wird«. Doch selbst Etablierung ist noch kein Garant für die Möglichkeit, kontinuierlich künstlerisch tätig zu sein.**

lichkeit kritisch wahrgenommen wird«.

Doch selbst Etablierung ist noch kein Garant für die Möglichkeit, kontinuierlich künstlerisch tätig zu sein. »Einen guten Film gemacht zu haben, heißt nicht automatisch weitermachen zu können«, berichtet ein Filmemacher. Es funktioniere eher umgekehrt: »Wer einen schlechten Film macht, ist auf lange Zeit abgemeldet.« Es mache in Österreich keinen Spaß, Erfolg zu haben, weil es in jeder Weise konsequenzlos bliebe.

### Was arbeiten KünstlerInnen?

Unterschieden werden die drei Bereiche »künstlerische«, »kunstnahe« und »kunstferne« Tätigkeiten, in denen Österreichs Kunstschaffende ihr Einkommen erwerben. Die Ergebnisse zeigen, dass die relativ größte Gruppe, nämlich 34 Prozent, »künstlerische und kunstnahe« Tätigkeiten vereinbaren kann. Als kunstnahe Tätigkeiten werden in erster Linie Lehrtätigkeiten und organisatorische Arbeiten, etwa Ausstellungsorganisation, Konzeption und Durchführung von Veranstaltung oder Workshops angeführt. 58 Prozent der Befragten sind in allen drei Bereichen tätig. Die Kombination von künstlerischer und kunstferner Arbeit betrifft mit 18 Prozent die relativ kleinste Gruppe im Sample der Studie. Inhaltlich treten kunstferne Tätigkeiten »in großer Vielfalt« auf – von wissenschaftlichen Arbeiten über handwerkliche Berufe bis hin zu Tätigkeiten in der Gastronomie. Im Spartenvergleich trifft dies besonders bei Literaturschaffenden zu. Ausschließlich künstlerisch tätig ist knapp jede/r Vierte (24 Prozent). In den Sparten Film, Darstel-

lende Kunst und Bildende Kunst am vergleichsweise häufigsten.

Im Durchschnitt, so ergab die Studie, arbeiten KünstlerInnen pro Woche 52,1 Stunden, deutlich intensiver als die gesamte Erwerbsbevölkerung. (Laut Arbeitskräfteerhebung 2006: 34,8 Stunden). Beim Einkommen bestehen große Unterschiede in den verschiedenen Kunstsparten: Mit einem Medianeinkommen von über 8.000 Euro ist es in den Bereichen Darstellende Kunst und Film vergleichsweise am höchsten.

Beides sind Bereiche, in denen sich auch die relativ größte Kerngruppe von Kunstschaffenden findet, also Personen, die auch ihren finanziellen Schwerpunkt in der künstlerischen Arbeit sehen, und bei denen auch Anstellungsverhältnisse »in nennenswertem Ausmaß« auftreten. Für Bildende KünstlerInnen und LiteratInnen ergeben sich die geringsten Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit – das mittlere Jahreseinkommen lag im Referenzjahr bei rund 3.000 Euro.

### Brotlose Kunst

Über ein Drittel aller Kunstschaffenden verfügte im Referenzjahr über ein Äquivalenzeinkommen unter der Armutgefährdungsgrenze (Gesamtbevölkerung: 12,6 Prozent). Die Armutgefährdung der Kunstschaffenden ist somit dreimal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Nicht nur die Definition was Kunst, was ein Kunstschaffender ist, erweist sich als schwierig. Es geht auch, so die Befragten der Studie, um die Definitionsmacht der Rahmenbedingungen. Die Definition bzw. die Anerkennung des KünstlerInnen-Status

## INFO & NEWS

Ab 1. Jänner 2011 treten wesentliche Neuerungen im KünstlerInnensozialversicherungsgesetz in Kraft:

Basisinformationen »Unselbstständige – Selbstständig – Erwerbslos«  
[kulturrat.at/agenda/ams/infoAMS](http://kulturrat.at/agenda/ams/infoAMS)

Maßnahmenkatalog Kulturrat Österreich zur Verbesserung der Arbeitslosenversicherung  
[tinyurl.com/2v88a5d](http://tinyurl.com/2v88a5d)

Überblick interministerieller Arbeitsprozess zur Verbesserung der sozialen Lage der KünstlerInnen in Österreich  
[kulturrat.at/agenda/imag](http://kulturrat.at/agenda/imag)

etwa durch den Künstler-Sozialversicherungsfonds, die Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft, durch das AMS oder FördergeberInnen werden als problematisch und mitunter persönlich entwürdigend erlebt.

Die Kriterien hätten häufig wenig mit der Arbeitsrealität der KünstlerInnen zu tun. Immerhin, so eine Kunstschaffende, könne man als KünstlerIn höchstens einkommenslos, nie aber arbeitslos sein.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Der Gipfel der Heuchelei

*Langsam setzt sie sich durch, die Erkenntnis, dass die Einkommensschere immer weiter auseinanderklafft.*

Autor: Thomas Varkonyi

Freier Journalist

**W**enn amerikanische Banken«, so schreibt der Technikphilosoph **Klaus Kornwachs**, »die in der Finanzkrise durch Steuergelder vor der Insolvenz gerettet wurden, danach in Summe mehr Boni an ihre ManagerInnen auszahlen, als sie Gewinn nachweisen können, dann kann man sich des Verdachts nicht erwehren, dass sich hier ein Belohnungssystem verselbstständigt hat, das ein ganz bestimmtes wirtschaftliches Verhalten bevorzugt.«<sup>1</sup>

Die **ordoliberalen** Einwände nach Hayek, Friedman und Konsorten, dass nämlich einem Filmstar oder einem Fußballer die teilweise astronomischen Gehälter nicht geneidet werden, treffen immer weniger zu. Die Einkommensschere zwischen ArbeitnehmerInnenentgelt und dem Einkommen aus Privatvermögen und Unternehmen ist in den letzten zehn Jahren eklatant und unerträglich auseinandergelockert. Der Versuch, eine ethische Debatte über die Dimension der horrenden Gehaltsunterschiede zu führen, wird von deren BefürworterInnen gerne mit dem Hinweis auf die »Leistung« ausgeklammert.

## Leisten Manager 300 mal soviele?

Dass manche Menschen mehr leisten, als andere, soll hier nicht angezweifelt werden, doch ob es möglich ist, dass ein Manager das mehr als 300-fache mehr leistet

als eine einfache Arbeiterin, kann berechtigter Anlass zu heftiger Diskussion sein.

Mit **Kant** zum Beispiel kann man gut argumentieren, dass es bei der Bewertung menschlicher Handlungen auf ihre normative Richtigkeit nicht ausreichend ist, auf der Ebene der Gesetze und Verträge zu bleiben, sondern darüber hinausgehende Blickwinkel, die im kategorischen Imperativ verdeutlicht werden und seitdem vielfach weiterentwickelt wurden, anzuwenden sind. Im Gegensatz dazu ist schwer zu erklären, warum verantwortungsvoll und kompetent ausgeführte Tätigkeiten in anderen Berufsfeldern so viel weniger wert sein sollen.

## Auch der kleine Dieb wird verurteilt

Dass es immer noch höhere Summen gibt, die genommen werden, ist klarerweise kein normatives Argument. Es wird ja auch ein kleiner Dieb verurteilt, obwohl andere mehr gestohlen haben.

Die Menschen sind auf vielfältige Weise voneinander abhängig, der Markt ist nur eine Form unter vielen, in denen sich die verschiedenen Individuen aufeinander beziehen. In diese Kerbe schlug der bekannte Publizist **Robert Misik** neulich bei seiner Impulsrede beim Kongress der Gewerkschaft *vida*: »Man ist ja schon so viel gewohnt, man hat ja eine dicke Haut und eine gewisse Abgeklärtheit. Aber dass man uns jetzt wieder sagt, man muss den Armen die Krümel wegnehmen, damit man sie zur Aufnahme von Arbeit motiviert, da kann ich mich stundenlang richtig aufregen. Weil, wie argumentiert man denn die Phantasiegehälter und die Bonuszahlungen, die

## BUCHTIPP

Klaus Kornwachs:  
**Zuviel des Guten.  
Von Boni und falschen  
Belohnungssystemen.**  
Suhrkamp Verlag,  
Frankfurt/Main 2009,  
218 Seiten, € 10,30  
ISBN 978-3-518-26027-2



**Bestellung:**  
ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

man Managern, Brokern, Bankdirektoren zahlt? Man sagt, man müsse denen das zahlen, um sie zur Arbeit zu motivieren, die brauchen das als Anreiz. Da scheint es also zwei Menschenschläge zu geben, ja, man hat den Eindruck, da gibts Bevölkerungsgruppen, die gehören gänzlich unterschiedlichen Spezies an: den einen muss man die Einkommen dauernd kürzen, um sie zu motivieren, den anderen muss man sie dauernd erhöhen, um sie zu motivieren!« Und er führte, in Anlehnung an die Erkenntnisse von Richard Wilkinson und Kate Pickett in ihrem Buch »Gleichheit ist Glück« auch aus, dass nicht nur die Ärmsten von Ungleichheit negativ betroffen sind, sondern die gesamten Gesellschaften, genauso wie umgekehrt alle von einer größeren Gleichheit profitieren, da dann alle Schichten der Gesellschaft eher die Möglichkeit haben, ihr ganzes Potenzial zu entfalten. »Eine gerechtere Gesellschaft, die mehr Gleich-



Misik beim Kongress der Gewerkschaft vida: „Man ist ja schon so viel gewohnt, man hat ja eine dicke Haut und eine gewisse Abgeklärtheit. Aber dass man uns jetzt wieder sagt, man muss den Armen die Krümel wegnehmen, damit man sie zur Aufnahme von Arbeit motiviert, da kann ich mich stundenlang richtig aufregen.“

heit realisiert und all ihre Bürger am Wohlstand beteiligt, ist also auch eine ökonomisch funktionstüchtigere Gesellschaft«, schließt Misik daraus.

### Individualethik schützen

Der Ökonom John Maynard Keynes, lange Zeit verpönt, hat das scheinbar schon vor etlichen Jahren gewusst, als er nämlich die Ökonomie als eine Wissenschaft im Wesentlichen der Moral und nicht als der Natur sah.<sup>2</sup> Der Wirtschaftsethiker **Ulrich Thielemann** denkt ebenfalls, dass ein alles bestimmender Markt zu Unfreiheit führt, darum sollte dieser in eine gesellschaftliche Werte- und Rechtsordnung eingebettet werden. »Die Einsicht des Einzelnen ist in der Regel zu schwach und führt zu Überforderungen. Darum muss die Individualethik durch ordnungsethisches bestimmte Rahmenbedingungen gestützt werden«, sagt Thielemann.<sup>3</sup> »Dabei geht es auch darum, den Einfluss des Kapitals auf die Unternehmensführung zu begrenzen. Das hat auch eine volkswirtschaftliche Dimension. Die Realwirtschaft ist nämlich gar nicht in der Lage, die Renditen zu erwirtschaften, die von einem gigantisch angewachsenen Kapital gefordert werden. Und das sollte sie auch gar nicht sein.« Und Thielemann ergänzt: »Ethisch ist es höchst fragwürdig,

Personen durch materielle Versprechen steuern zu wollen.

Dahinter steckt ein verdinglichendes Denken: Es degradiert andere Menschen zu Objekten. Das ist der Generalvorbehalt gegenüber Anreizsteuerungen – obgleich manche sich sehr gerne zu Objekten degradieren lassen, weil das sehr lukrativ ist. Mitarbeiter, die Boni erhalten, lassen sich dadurch häufig ihre Professionalität und Integrität abkaufen.« Thielemann, der als Koryphäe seines Fachs gilt, ist der Meinung, dass die Anbetung des Kapitals wegen der angeblichen Schaffung neuer Arbeitsplätze gründlich überdacht gehört. »Bislang wurde das Kapital ja regelrecht hofiert. Viele Ökonomen meinten, das müsse so sein, um Arbeitsplätze zu schaffen. Aber das ist eine vollkommen naive Vorstellung und vernachlässigt die zerstörerische Kraft, die vom Kapital ausgeht. Statt das Kapital steuerpolitisch zu privilegieren, ginge es heute global darum, es wieder gleichmäßig zu besteuern, auch um Renditedruck aus dem System zu nehmen.«

### Der Lohn »guter Arbeit«

Was die Managergehälter und Boni betrifft, sollte erst nach »guter« Arbeit bezahlt werden, und wesentlich geringere Summen. O-Ton Thielemann: »Gut« ist die Arbeit natürlich nicht nur dann, wenn sie dem Shareholder Value dient, sondern wenn sie professionellen Standards genügt und von Integrität getragen ist. Damit lassen sich durchaus Markterfolge und Renditen erzielen, allerdings keine maximalen.« Allerdings ist das einfacher gesagt als getan, denn was Nor-

<sup>1</sup> Klaus Kornwachs: Zuviel des Guten. Von Boni und falschen Belohnungssystemen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2009, S. 22.

<sup>2</sup> J. M. Keynes: The General Theory and After, Part II, Collected Writings Vol. XIV, London-Basingstoke 1973, S. 297.

<sup>3</sup> »Boni machen Mitarbeiter zu Marionetten«, Der Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann von der Universität St. Gallen hält Leistungsanreize grundsätzlich für schädlich, Süddeutsche Zeitung, 23.10.2009.

<sup>4</sup> Klaus Kornwachs: Zuviel des Guten. Von Boni und falschen Belohnungssystemen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2009, S. 24.

### WEBLINK

Robert Misik:  
[tinyurl.com/35q762c](http://tinyurl.com/35q762c)

malsterblichen einfach als dekadente Unsumme erscheint, hat laut dem Technikphilosophen Klaus Kornwachs eine weitere Dimension: »Der Verdacht liegt nahe, dass es sich nicht um eine Entlohnung für Leistung oder Erfolg, sondern eine **Apanage** handelt, die die Zugehörigkeit zu einer Eliteschicht (...) honoriert. (...) Es ist dies die Herrschaft von Experten des Flexiblen.

Im Laufe seiner Karriere wechselt der Manager die Branchen und Produkte, und diese ökonomische **Promiskuität** ist nur möglich, weil es letztendlich nicht um Produkte (...), sondern um Marktanteile und die möglichst asymmetrische Gestaltung von weltweiten Tauschbeziehungen geht. In dieser Form der Ökonomie lässt sich die Klasse, die diesen Kampf organisiert und führt, mit der finanziellen Garantie bezahlen, nie zu den Verlierern zu gehören. Das ist der Lohn.«<sup>4</sup>

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[dinomail@gmx.at](mailto:dinomail@gmx.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Global arbeiten, global handeln

*Eine Studie im Rahmen des Projekts »Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben« geht der Frage nach dem Wert von Arbeit nach.*

Autorin: Mag. Pia Lichtblau

weltumspannend arbeiten ÖGB

**A**rbeit ist für die meisten Menschen ein zentraler Bestandteil ihres Lebens – weltweit. Was Arbeit allerdings wert ist – subjektiv, gesellschaftlich und nicht zuletzt finanziell – ist allerdings von Land zu Land sehr unterschiedlich. Eine Studie im Rahmen des Projekts »Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben« geht der Frage nach dem Wert von Arbeit nach: ArbeitnehmerInnen aus 16 Ländern erzählen über ihre Lebensbedingungen und die Rolle, die Arbeit für sie spielt.

## Nicht vom Brot allein

Arbeit ist weit mehr als nur Broterwerb – sie dient der Identifikation, bietet Möglichkeiten zu Selbstverwirklichung, bringt soziale Anerkennung und eröffnet Raum für soziale Kontakte und Kooperation. Wie befriedigend Arbeit erlebt wird und welcher Wert ihr auch durch eine Gesellschaft beigemessen wird, drückt sich nicht zuletzt durch das Ausmaß aus, in dem sie die Erfüllung dieser Funktionen ermöglicht. Und das ist im internationalen Vergleich durchaus unterschiedlich.

Die wichtigste Funktion, die Arbeit unbedingt erfüllen muss, ist die Sicherung der eigenen Existenz. Arbeit dient (so sie nicht unbezahlt, beispielsweise von Frauen im Rahmen des Haushalts, geleistet wird) dazu, Einkommen zu **generieren** und stellt damit die wichtigste Grundlage zur

Existenzsicherung dar. In diesem Sinn ist Arbeit lebenswichtig – weshalb das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung auch bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert ist. Trotzdem nimmt die Zahl derer, die von ihrer Arbeit nicht oder nicht mehr leben können, weltweit stetig zu. Beinahe die Hälfte aller 2,8 Mrd. ArbeitnehmerInnen weltweit verdienen weniger als zwei US-Dollar täglich. Eine von ihnen ist die 24-jährige Juliana Martey aus Ghana.

In ihrem Job im Supermarkt einer Shell-Tankstelle in der Hauptstadt Accra verdient sie gerade einmal 37 Euro im Monat. Und das, obwohl die Arbeit an der Tankstelle nicht ungefährlich ist und Juliana sich vor bewaffneten Überfällen und Gasexplosionen fürchtet. Im Vergleich dazu ist die Situation von Barbara Herczeg, die eine kleine Billa-Filiale in Wien leitet, geradezu rosig: »Ich bin im Prinzip mit der Lebens- und Arbeitssituation in meiner Filiale zufrieden, da das Verhältnis von Freizeit und Arbeit ausgewogen ist. Ich arbeite nur 30 Stunden, das ist aber nicht die Regel. Normalerweise verbringen Marktmanager sehr viel Zeit in der Filiale, sodass die Freizeit eher zu kurz kommt – typisch ist eher zwischen 50 und 60 Stunden. Unser Betriebsrat kämpft darum, dass diese Situation besser wird.« Vor Gewalt am Arbeitsplatz ist aber auch Frau Herczeg nicht gefeit: Neben verbalen Übergriffen durch Kunden/-innen wurde auch sie schon zweimal in ihrer Filiale überfallen.

Sicherheit und Schutz vor Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz ist ein Thema, das auf der ganzen Welt eine wichtige Rolle spielt. Die Internationale

## INFO & NEWS

Die Wanderausstellung »**Global arbeiten, global handeln**« präsentiert die Ergebnisse der Studie und stellt Möglichkeiten zur internationalen gewerkschaftlichen Kooperation dar. Nähere Infos und Anforderung der Ausstellung unter [pia.lichtblau@oegb.at](mailto:pia.lichtblau@oegb.at) und [www.fairearbeit.at](http://www.fairearbeit.at)

Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass jährlich rund zwei Millionen Menschen an den Folgen von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten sterben. Die Umstände, denen Menschen an ihren Arbeitsplätzen ausgesetzt sind, unterscheiden sich je nach Land, Branche und sozialer Gruppe beträchtlich.

## China: 20 bis 30 Meter unter Tag

Besonders schlimm sind die Zustände für Menschen, die in gefährlichen Branchen in Entwicklungsländern arbeiten – einer von ihnen ist Chen Wei Yang\* (28), der in der chinesischen Stadt Dongguan lebt. Er ist Bauarbeiter bei Speedy Blasting Engineering\*, einem Unternehmen, das unterirdisch Sprengarbeiten für Hochhausfundamente durchführt: »Meine Arbeit ist hart und gefährlich und der Lohn ist nicht hoch. Wir arbeiten 20 bis 30 Meter unter der Erde. Ich mache mir Sorgen, weil es bei den Sprengarbeiten keine Sicherheitsvorkehrungen gibt. Am schlimmsten ist der Staub – bei einigen Kollegen ist schon **Silikose**, also Staublunge, diagnostiziert worden. Sie haben aber keine Entschädigungen bekommen,



Wirklichkeit werden kann menschenwürdige Arbeit für alle ArbeitnehmerInnen weltweit aber nur, wenn Gewerkschaften sich auf internationaler Ebene gegenseitig unterstützen und zusammenarbeiten.

weil keiner einen schriftlichen Arbeitsvertrag hat. Ich habe Angst, dass ich diese Krankheit auch bekommen könnte.«

Arbeitsbedingungen wie jene, unter denen Chen zu leiden hat, sollten in unseren Breiten der Vergangenheit angehören. Dennoch sind auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich immer wieder schweren Belastungen ausgesetzt. Kurt Meyer\* ist 62 und arbeitet in einem Call-Center in Linz: »Wir stehen ständig unter Leistungsdruck. Unsere Bedürfnisse werden überhaupt nicht berücksichtigt, es gibt keinen positiven Ansporn und kaum Pausen. Bei den Geschäften, die wir telefonisch abschließen, müssen wir die Leute richtiggehend über den Tisch ziehen. Das ist schwer zu verarbeiten, weil es schon an Betrug grenzt.«

In dieser Hinsicht geht es seiner brasilianischen Kollegin Carol Gomes da Silva (18), die als Telefonistin bei einer Firma arbeitet, die Kühlsysteme für Unternehmen – unter anderen Coca Cola, Unilever, Nestlé – herstellt, besser. Sie beschreibt ihre Arbeit als sehr ruhig und das Verhältnis mit ihren KollegInnen als freundschaftlich.

### **Burkina Faso: Gutes Betriebsklima**

Ein kollegiales Betriebsklima stellt eine wichtige Voraussetzung für Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz dar. So betont Catherine Sawadogo (33), die als Volksschullehrerin in Ouagadougou, der Hauptstadt von **Burkina Faso** arbeitet: »Die Atmosphäre ist gut, wir plaudern und machen Witze unter den Kolleginnen und Kollegen.« Ähnliches berichtet auch Edi Pfisterer (36), Lehrer an der

Handelsakademie in Neusiedl am See, über die Situation an seiner Schule: »Das Arbeitsklima bei uns ist wesentlich besser als in vielen anderen Schulen. Die Hälfte der KollegInnen übt einen Nebenberuf im Weinbau aus, viele haben Kinder. Dadurch ist das Arbeitsumfeld Schule für die wenigsten der Lebensmittelpunkt, wodurch alles sehr entspannt ist. Zwischen den LehrerInnen herrscht große Kollegialität und Loyalität, der Direktor lässt uns viele Freiheiten und setzt auf Eigenverantwortung, was ich sehr schätze!«

### **Rumänien: Solidarität hilft**

Nicht nur auf individueller, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene stellt Arbeit einen wichtigen Faktor dar. Nur wer über ein ausreichendes Einkommen verfügt, kann auch konsumieren und so zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Die Strategie, Arbeitsplätze um jeden Preis zu schaffen und dafür auch Umweltstandards, soziale Rechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu opfern ist allerdings nicht zielführend: Nur, wenn alle Mitglieder einer Gesellschaft ein Leben in Würde und Sicherheit führen können, ist sozialer Frieden dauerhaft gewährleistet.

Auf dieser Erkenntnis beruht auch das Konzept »Menschenwürdige Arbeit«, das die Internationale Arbeitsorganisation ILO 1999 entwickelt hat. Es sieht Arbeit dann als einen Schlüssel zu Armutsbekämpfung und sozialem Wohlstand, wenn sie nicht nur gerechtes Einkommen sichert, sondern darüber hinaus Sicherheit am Arbeitsplatz und soziale Absicherung sowie die Möglichkeit zu persön-

## W E B L I N K S

Mehr Infos unter:  
[tinyurl.com/34f7vwy](https://tinyurl.com/34f7vwy)  
[tinyurl.com/26xo3tt](https://tinyurl.com/26xo3tt)  
[www.fairearbeit.at](http://www.fairearbeit.at)

licher Weiterentwicklung und Integration in die Gesellschaft bietet. Die Garantie von Chancengleichheit und Gleichberechtigung sowie das Recht auf gewerkschaftliche Partizipation sind weitere unabdingbare Grundpfeiler menschenwürdiger Arbeit.

Wirklichkeit werden kann menschenwürdige Arbeit für alle ArbeitnehmerInnen weltweit aber nur, wenn Gewerkschaften sich auf internationaler Ebene gegenseitig unterstützen und zusammenarbeiten. Eine Tatsache, die vielen Betroffenen durchaus bewusst ist – wie zum Beispiel der rumänischen Textilarbeiterin Adelina Ionescu (63): »Internationale Solidarität hat geholfen und hilft. Nur durch Solidarität auf nationaler und internationaler Ebene und gut gemachte Gesetze können wir menschenwürdige Arbeit für ein menschenwürdiges Leben erwarten.«

\* Name und/oder Firmenname zum Schutz der Interviewpartnerinnen geändert.

## K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[pia.lichtblau@oegb.at](mailto:pia.lichtblau@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Wertewandel

*Die rapide voranschreitenden Veränderungen in der Arbeitswelt gehen einher mit einer Wertediskussion.*

*Dr. Karin Petter, MSc*

*Bildungs- und Schulungsreferentin im ÖGB*

**R**eden wir über den Wert der Arbeit, dann beziehen wir uns immer auf eine Veränderung. Ohne solche Änderungen würde der Wert einer Sache nicht in Frage gestellt. Doch verändert sich etwas, kommt automatisch die Frage nach der Wertigkeit auf. Es gilt, für die neue Situation bzw. Sachlage eine zufriedenstellende Antwort zu finden.

Nach dem Wert der Arbeit zu fragen, heißt demnach eine neue Bemessungsgrundlage für unser Arbeitsverständnis zu finden. Ein Verständnis, das sich durch gesellschaftliche, wirtschaftliche, technologische oder soziale Veränderungen, ändern muss, will es seriöse Antworten auf Fragen der Zeit geben.

## Work-Life-Balance

War vor einigen Jahren noch eine klare Trennung zwischen Arbeitszeit und Freizeit auszumachen, so zeigt sich nun – unter dem Begriff von Work-Life-Balance –, dass Arbeit nicht mehr abgetrennt vom eigenen privaten Leben gesehen wird. Sondern Arbeit wird als maßgeblicher Einflussfaktor fürs eigene Leben betrachtet. Die zunehmende Sensibilität gegenüber Burn-out-Erkrankungen ist dafür beispielsweise ein eindeutiger Hinweis.

Arbeit – so der Grundgedanke – beeinflusst entscheidend unsere psychische Gesundheit. Wird eine solche Erkennt-

nis, dass es zunehmend psychische Erkrankungen gibt, nicht hinterfragt, und wird damit die Frage nach unserem Arbeitsverständnis nicht neu gestellt, bleibt eine Beurteilung dieser Situation in den Kinderschuhen stecken. Entweder wird die erkrankte Person als verweichlichter »Sündenbock« hingestellt, oder der Betrieb wird als »schwarzes Schaf« verunglimpft. Beide Antworten sind Verurteilungen und greifen zu kurz. Sie suchen Schuldige und keine neuen Handlungsmöglichkeiten.

Wird jedoch nach dem Arbeitsverständnis gefragt und damit der Blick auf die Arbeitsbedingungen und Veränderungen in der Arbeitswelt gelenkt, dann zeigt sich, dass es sowohl gesundheitsfördernde als auch gesundheitsmindernde Rahmenbedingungen beim Arbeiten gibt. Diese Rahmenbedingungen – und nicht die handelnden Personen – gilt es in erster Linie im Zusammenhang mit Burn-out zu fokussieren und zum Wohl der Arbeitenden umzugestalten.

## Wertmaßstäbe sichten

Reden wir vom Wert der Arbeit, geht es vor allem um die Ermittlung der Qualität oder Güte von Arbeit. Hier können die Antworten unterschiedlich ausfallen. Denn die Wertfrage hängt mit unseren grundsätzlichen Überzeugungen und Weltanschauungen zusammen. Ob Mitarbeitende als KollegInnen wichtig sind, oder ob sie lediglich als Kapitalposten – im Sinne von Humankapital – oder FunktionsinhaberIn – im Sinne von: jeder Posten ist ersetzbar – angesehen werden, macht einen wesentlichen Un-

terschied in der Beantwortung der Wertfrage. Wer befindet, dass die Suche nach einer Bemessungsgrundlage für unsere Einschätzung überflüssig ist, läuft Gefahr fremdbestimmten Wertmaßstäben hinterherzulaufen. Was etwas wert ist, wird in einem solchen Fall nicht mehr von jemand selbst bestimmt, sondern entpuppt sich zumeist als Befolgen gängiger Bewertungen.

## Monetäres Bewerten von Arbeit

Das Auto einer bestimmten Marke wird als exquisiter angesehen, weil es ja mehr kostet. Jene Arbeit wird als wertvoller bezeichnet, weil sie einfach höher entlohnt wird. Auch das größere Ansehen, das durch solche begehrten Insignien zu erzielen ist, kommt dadurch zustande. Es führt zu einem fatalen Sog: Wir beginnen zu vergleichen und nehmen zumeist die finanzielle Bewertung als unseren einzigen Wertmaßstab.

Das finanzielle Vergleichen entpuppt sich jedoch als oberflächlich und trügerisch. Im Falle einer Gegenüberstellung wird der Wert der Arbeit auf eine Dimension – die der finanziellen Honorierung – reduziert. Frei nach dem Motto: Was mehr kostet, muss mehr wert sein. Ausgeblendet werden dabei die anderen Dimensionen, die den Wert der Arbeit letztendlich ausmachen.

Wer Arbeit sucht weiß, dass der Lohn die Basis darstellt, aber ebenso unabdingbar ist die persönliche Neigung bzw. das eigene Talent für eine bestimmte Tätigkeit. Diese Dimension der persönlichen Wichtigkeit von Arbeit wird völlig vergessen bei einer lediglich monetären Be-



**Das Auto einer bestimmten Marke wird als exquisiter angesehen, weil es ja mehr kostet. Jene Arbeit wird als wertvoller bezeichnet, weil sie einfach höher entlohnt wird. Auch das größere Ansehen, das durch solche begehrten Insignien zu erzielen ist, kommt dadurch zustande. Es führt zu einem fatalen Sog: Wir beginnen zu vergleichen und nehmen zumeist die finanzielle Bewertung als unseren einzigen Wertmaßstab.**

trachtungsweise. Wenn Menschen arbeitslos werden, dann bricht für sie meist eine Welt zusammen. Ihr Leben ist erschüttert. Ihnen fehlt das Gefühl der sozialen Integration sowie der Sicherheit. Existenzfragen rütteln am eigenen Selbstwertgefühl und führen zu Frustration und Lethargie.

Arbeit ist für viele Menschen ihre Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sich als wichtiger Teil eines Ganzen zu begreifen und daraus resultierend, ein positives Selbstverständnis aufzubauen. Der persönliche Wert der Arbeit, der durch Arbeitslosigkeit in Frage gestellt werden kann, wird natürlich stark beeinflusst durch die Wertigkeit, welche die Gesellschaft der Arbeit zugesteht.

### Gesellschaftlicher Nutzen von Arbeit

Arbeit besitzt für die Gesellschaft einen essenziellen Nutzen. Jede Arbeit stiftet gesellschaftlichen Nutzen, sofern sie nicht einen sozial-destruktiven Charakter aufweist. Dieser gesellschaftliche Nutzen stellt die dritte Dimension des Werts der Arbeit dar.

Arbeit – so kann allgemein gesagt werden – ist ein Garant für friedliches Miteinander und allgemeinen Wohlstand. Beides sind Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie, die zum einen von der Eigenverantwortung des/der Einzelnen lebt – im Sinne von Subsidiarität –, und die zum anderen auf die Unterstützung größerer Einheiten, wie beispielsweise Institutionen, Kommunen oder staatliche Einrichtungen, angewiesen ist. Wenn Geld als einzige Währung für Ar-

beit gilt, dann steht das Kapital vor der Arbeit. Eine Fehlentwicklung, die von den Gewerkschaften stetig kritisiert wird und werden muss. Denn Arbeit steht vor dem Kapital. Und im Mittelpunkt müssen die arbeitenden Menschen und nicht eine neoliberale Glorifizierung des Geldes stehen.

Deshalb gehört zur monetären Bewertung der Arbeit immer auch die arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Sicherstellung. Diese rechtlichen Bestimmungen müssen unabhängig von der Höhe der Entlohnung oder der Art der Tätigkeit einem Gleichheitsprinzip folgen. Es kann nicht sein, dass Krankentage, Urlaub, Karenz etc. unterschiedlichen Bestimmungen unterliegen.

Zu beachten ist dabei, dass diese Bestimmungen auch so gestaltet sind, dass sie von allen in gleicher Weise erreicht werden können. Es erscheint schwierig zu argumentieren, wenn ein ununterbrochenes Dienstverhältnis im selben Betrieb und die daraus erwachsenen sozialen Ansprüche anders bewertet werden, als die aneinandergereihten Dienstverhältnisse in verschiedenen Betrieben bei gleicher Dauer.

### Working poor

Gleichzeitig ist nicht zu vergessen, dass die Zahl jener, die trotz Erwerbstätigkeit kein existenzsicherndes Einkommen erreichen (sogenannte Working poor), zunimmt. Die vermehrte Auslagerung von Betriebsfunktionen führt dazu, dass branchenübliche Kollektivlöhne für diese ArbeitnehmerInnen nicht mehr zur Geltung kommen, dass die üblichen

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[de.wikipedia.org/wiki/Wert](https://de.wikipedia.org/wiki/Wert)

9to5-Jobs schwinden und prekäre und atypische Arbeitsverhältnisse sich ausbreiten. Und wo unter dem Deckmantel der Flexibilisierung neue Ausbeutungsmechanismen zu greifen beginnen. Hier bedarf es besonderer rechtlicher Sicherstellungen, weil diesen ArbeitnehmerInnen – betroffen sind vor allem Frauen und junge Menschen – der Zugang zu dem gewohnten bzw. gewünschten Lebensstandard erschwert ist, und sie auf die Unterstützung von PartnerInnen, Familie bzw. Staat angewiesen sind.

Auch jene, die – aus welchen Gründen auch immer – in ihrer Leistungsfähigkeit am Arbeitsprozess eingeschränkt sind, sollten auf die solidarische Unterstützung einer sozialstaatlich organisierten Gemeinschaft bauen können. Lediglich eine solche gesellschaftlich-soziale Einstellung wird dem Wert der Arbeit in seiner Ganzheit gerecht.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[karin.petter@oegb.at](mailto:karin.petter@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die Großen fressen die Kleinen

*Immer mehr kleine Bauern geben auf und die Großen werden immer größer. Daran ist auch das ungerechte Agrar-Fördersystem schuld.*

*AutorInnen:  
Sophia-T. Fielhauer-Resei,  
Mag. Christian Resei*

*Freie JournalistInnen*

**H**art und beschwerlich ist des Bauern Arbeit. Vor Sonnenaufgang quält er sich aus den Federn, melkt Kühe, müht sich den ganzen Tag mit der Arbeit am Felde und im Stall. Doch seine mit Schweiß erarbeitete Ernte lohnt heute kaum. Trotzdem hegt und pflegt er unsere Heimat. Urlaub kennt er nur vom Hörensagen. So ist es nur gerecht, dass dieser Berufsstand gefördert wird. Zu gerne argumentieren Agrarfunktionäre mit dem Bild der kleinen Bauern, wenn darüber diskutiert wird. Das »Schwarzbuch Landwirtschaft« weist dagegen nach, dass die Agrarförderungen nicht bei den zur Schau gestellten Kleinbauern, sondern bei Großbauern, der Industrie und Agrarfunktionären landen.

## Schwarzbuch Landwirtschaft

Autor Hans Weiss hat akribisch im Agrarsektor recherchiert. Seit den Achtzigerjahren, als Weiss gemeinsam mit anderen den Bestseller »Bittere Pillen« verfasste, ist er es gewohnt, Pfründe zu hinterfragen, im aktuellen Buch die Heilige Kuh Agrarförderung.

»Unter den zehn reichsten ÖsterreicherInnen sind sechs Bauern«, ortet Weiss. Freilich, die hoch Begüterten sind nicht ausschließlich Bauern, sie schmücken bloß gerne ihr Besitzportfolio mit einer

oder mehreren Landwirtschaften. In der österreichischen Transparenzdatenbank fanden sich daher eine Reihe illustrierender Namen – vom Red-Bull-Gründer Dietrich Mateschitz bis zum ehemaligen Magna-Vorstand Siegfried Wolf, von Ex-VW-Vorstand Bernd Pischetsrieder bis zu Hans Michael Piëch und Wolfgang Porsche (Nachfahren des Autobauers Ferdinand Porsche). Nicht zu vergessen Lebemann Julius Meinel V. und Waffenlobbyist Alfons Mensdorff-Pouilly. Weiters gehören der Papierindustrielle Alfred Heinzl, die Privatstiftungen der Familien von Liechtenstein und Flick dazu. Sie alle bekommen öffentliche Agrarförderungen!

## Stabiles Einkommen für die Dichands

Wie diese Förderpolitik funktioniert, zeigt sich etwa am Csardahof im burgenländischen Pama. 2009 wurde er mit 130.695 Euro gefördert. Belohnt wird er dabei etwa für Begrünung der Ackerfläche, für vorbeugenden Boden- und Gewässerschutz oder biologische Wirtschaftsweise. Stolze 27.739,53 Euro von diesen 130.695 Euro werden als sogenannte Direktzahlung ausgewiesen. Diese Zahlungen werden laut Transparenzdatenbank überwiesen, um »ein stabiles Einkommen für die Landwirte zu gewährleisten«. Der Csardahof wird über eine GesmbH, hinter der die Familie Dichand steht, betrieben. Hans Dichand gründete die Kronen Zeitung, eine der profitabelsten Zeitungen der Welt, seine Erben haben nach menschlichem Ermessen für den Rest ihres Lebens finanziell ausgesorgt – der Förderungen bedürfen sie wohl nicht aus finanzieller Not.

## INFO & NEWS

**Die Offenlegung** personenbezogener Daten sei nicht rechtens, entschied der EuGH am 9. November 2010. Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) ließ die Agrarsubventions-Datenbank [www.transparenzdatenbank.at](http://www.transparenzdatenbank.at) sperren.

Eine europaweite Datenbank gibts unter [www.farmsubsidy.org](http://www.farmsubsidy.org)

Zahlen und Fakten zur österreichischen Landwirtschaft: [www.gruenerbericht.at](http://www.gruenerbericht.at)

Hans Weiss: »Schwarzbuch Landwirtschaft« Verlag Deuticke, ISBN 978-3-552-06145-3, 16,40 Euro.

Die Agrarwelt ist widersprüchlich und ungerecht. Etwa 2,3 Mrd. Euro werden pro Jahr in Österreich an Agrarförderungen vergeben. Trotzdem müssen im Schnitt zwölf Landwirte oder -wirtinnen pro Tag ihren Hof aufgeben. In der EU ist die Zahl der Bauern und Bäuerinnen in den letzten 25 Jahren um die Hälfte zurückgegangen. Gleichzeitig arbeiten in Europa geschätzte vier Mio. SaisonarbeiterInnen. Häufig unter höchst prekären, oft menschenunwürdigen Bedingungen; auch in Österreich. So werden SpargelstecherInnen im Marchfeld mit nur 2,20 Euro/Stunde entlohnt oder ErntehelferInnen im Burgenland mit erbärmlichen 3,30 Euro. Früher kamen die ausgebeuteten Hilfskräfte aus dem angrenzenden Ausland, heute werden HelferInnen aus Rumänien oder der Ukraine beschäftigt.

Das aktuelle System fördert die großen Betriebe und benachteiligt die klei-



Daneben lässt sich Landwirtschaft in Österreich beinahe steuerfrei betreiben. 97 Prozent der Bauern zahlen keine Einkommensteuer.

nen: Im Durchschnitt erhalten zwei Prozent der Betriebe je 75.741 Euro im Jahr, das sind zehn Prozent der gesamten Fördermittel. 37 Prozent der Landwirte erhalten im Durchschnitt bloß 2.112 Euro im Jahr. Für die kleinsten 37 Prozent werden damit gerade einmal 100 Mio. Euro von den gesamten 2,3 Mrd. Euro verwendet. »Kleine Bauern bekommen pro Hektar 448 Euro, große 544 Euro Förderung«, erklärt Buchautor und Ex-Journalist Weiss. Diese Fakten sprechen deutlich gegen Behauptungen der Agrarfunktionäre und Politiker, dass Förderungen in erster Linie den kleinen Bauern zugute kämen und die kleinteilige Landwirtschaft aufrecht erhalten werden soll.

### **540 Mio. Euro Umweltförderung/Jahr**

Jährlich werden rund 540 Mio. Euro für Umweltförderungen aufgewendet. Trotzdem ist das Grundwasser gerade in Ackergebieten mit Nitraten und Pestiziden verseucht. Evaluierungen, die gezielt die jeweilige Umweltfördermaßnahme für künftige Verbesserungen bewerten, gibt es nicht. Dadurch können Maßnahmen auch nicht optimiert werden – das Gießkannenprinzip bleibt aufrecht. Positiv ist, dass mittlerweile 18,5 Prozent der Agrarflächen biologisch bewirtschaftet werden – ein Erfolg der intensiven Förderungen.

Ein Drittel der gesamten Agrarförderung bezahlt die EU, bei einem weiteren Drittel übernimmt sie die Co-Finanzierung, der Rest kommt von Bund und Ländern. Was gefördert wird, wird zu meist von Österreich bestimmt. Die Förderungsrichtlinien sind unübersichtlich. Auffallend ist, dass viele Kammerfunktio-

onärInnen zu den Bauern gehören, die in ihrem Bundesland die meiste Förderung erhalten. So etwa der bekannte FPK-Politiker Uwe Scheuch in Kärnten. Gemeinsam mit seinem Bruder Kurt bewirtschaftet er einen 120 Hektar großen Bergbauernhof. 32.566,49 Euro kassierte er 2009 und gemeinsam mit seinem Bruder Kurt noch einmal 44.570 Euro.

### **Landwirtschaft beinahe steuerfrei**

Daneben lässt sich Landwirtschaft in Österreich beinahe steuerfrei betreiben. 97 Prozent der Bauern zahlen keine Einkommensteuer, egal wie viel sie verdienen. Denn sie werden steuerlich nicht nach ihrem Einkommen bemessen, sondern nach einem Wert, der sich am Einheitswert orientiert. Dieser wurde das letzte Mal 1988 festgelegt. Er wird auch für die Bemessung der Grundsteuer herangezogen. Im Durchschnitt sind das pro Bauer etwa 150 Euro im Jahr. Weil der Einheitswert auch die Basis zur Berechnung aller weiteren Abgaben ist, müssen viele Bauern und Bäuerinnen in die Krankenkasse und Pensionsversicherung nur minimale Beiträge einzahlen. »In der Regel sind das insgesamt etwa 4.000 Euro im Jahr. Weil dadurch wenig in die Pensionsversicherung eingezahlt wird, muss der Staat jährlich noch einmal 1,7 Mrd. Euro für die Bauern-Pensionen zuschießen«, moniert Hans Weiss.

Für Bauern zahlt sich auch eine Heirat aus. Nicht nur aus Liebe, auch aus praktischeren Gründen. Denn nach der Bauernhochzeit kann das, aus dem Einheitswert errechnete, Einkommen zwischen Mann und Frau geteilt werden. Die

Steuer wird erst nach dem »Splitting« berechnet.

Derzeit gibt es wenig Interesse das zu ändern, weil die EntscheidungsträgerInnen ordentlich profitieren. »Man sollte alle regelmäßigen Förderungen nach oben begrenzen«, sagt Hans Weiss – 25.000 Euro/Jahr könnte er sich als Grenzwert vorstellen. Privatstiftungen sollten überhaupt keine Förderungen erhalten.

Die höchste Agrarförderung in Österreich erhält tatsächlich ein Industriebetrieb. Der Fruchtsafthersteller Rauch erhielt vergangenes Jahr 7,2 Mio. Euro an Unterstützung – als Ausgleich dafür, dass die Firma den teuren europäischen Zucker zur Fruchtsaft-Produktion verwendet. Wer also beim nächsten Formel-1-Rennen das Rauch-Logo am führenden Red-Bull-Rennwagen entdeckt, kann stolz sein: Mit seinen Steuern hat er auch dieses Auto ein bisschen mitfinanziert.

Lasst die kleinen Bauern leben, fördert nachhaltige Bewirtschaftung und unterstützt den guten Weg in eine ethische Produktion. Fair für alle, nicht nur die Kleinbauern würden es danken. Auch die KonsumentInnen profitieren von artgerechter Tierhaltung, von Produkten mit Geschichte. Von Qualität statt Masse.

### **KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die AutorInnen  
[sophia.fielhauer@chello.at](mailto:sophia.fielhauer@chello.at)  
[resei@gmx.de](mailto:resei@gmx.de)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ist Arbeit ein aussterbender Wert?

*Auf der einen Seite verschwinden immer mehr Berufe.  
Auf der anderen findet etwas statt, was sich neudeutsch »Jobenrichment« nennt.*

Autorin: Dagmar Gordon

Freie Journalistin

Vor rund zwanzig Jahren gab es sie noch: die Drucker, Setzer und Metteure. Gar nicht zu reden von KorrektorInnen, diesen Menschen mit dem untrüglichen Sinn für Rechtschreibung und Interpunktion. Jeder für sich Experte mit einem gerüttelt Maß an Fachwissen und einer klar umrissenen Aufgabe. Um eine Zeitung zum Erscheinen zu bringen, waren auch noch GrafikerInnen, ArchivarInnen und oftmals ReprotechnikerInnen am Werk. Dann hielt der Computer Einzug in die Redaktionsstuben, und es dauerte nicht lange, da wurde den RedakteurInnen ein Aufgabengebiet nach dem anderen »angedient«. Das Fehlen der Metteure fiel den LeserInnen nicht auf, dass die KorrektorInnen wegrationalisiert wurden und durch mehr oder weniger gute Rechtschreibprogramme ersetzt, blieb nur wenigen verborgen, machten doch auch Qualitätszeitungen ab diesem Zeitpunkt manchmal mit haarsträubenden Rechtschreibfehlern auf Seite eins auf.

## Ausrücken als One-Man-Show

Auch im Fernsehen hat sich eine ähnliche Entwicklung breit gemacht. Waren vor einigen Jahren bei Pressekonferenzen Tonleute, Kameraleute und Personal für Licht sowie AssistentInnen für diese Fachkräfte unterwegs, schrumpften die Teams teils durch Spardruck, teils durch die Miniaturisierung der Geräte drastisch. Redakteur-

## INFO & NEWS

### Jobenrichment

Beim Jobenrichment werden mehrere unterschiedlich schwierige, aber sachlich zusammengehörige Tätigkeiten zu einem neuen Aufgabenkomplex zusammengefasst.

Zum Beispiel: Jemand, der in der Automobilproduktion bisher nur die Radmontage durchführte, ist jetzt auch (mit-)verantwortlich für Verfügbarkeit und Qualitätskontrolle.

Neben dem grundlegenden Ziel, die Monotonie einer ansonsten immer gleichen Arbeit zu durchbrechen, können weitere Ziele von Jobenrichment sein:

- Schaffung anspruchsvollerer Aufgaben
- Abbau von Hierarchien
- Förderung der Selbstbestimmung
- Erhöhung des Selbstständigkeitsgrades einer Gruppe/eines Teams
- Verbesserte Übernahme von Vertretungen (etwa im Urlaubs- oder Krankheitsfall)

### Jobenlargement

Stellt den Versuch dar, über Aufgabenerweiterung die oft hochgradige Arbeitsteilung teilweise wieder rückgängig zu machen. Der „Hauptarbeitsinhalt“ wird um qualitativ gleichwertige, häufig nachgelagerte Tätigkeiten ausgeweitet.

Zum Beispiel: Jemand, der in der Automobilproduktion bisher nur die Radmontage durchführte, baut jetzt auch Kupplungen ein.

Neben dem grundlegenden Ziel, die Monotonie einer sonst immer gleichen Arbeit zu durchbrechen, können weitere Ziele von Jobenlargement sein:

- Ausweitung der Kompetenz des Einzelnen
- Besseres Zuschneiden von Aufgaben(-bereichen) auf eine Person

rInnen, die heute noch mit einem Kameramann und Assistenten ausrücken sind in der Minderzahl: Gerade bei privaten Sendern rücken die jungen KollegInnen als One-Man-Show aus. Der Einzug der Computer und die rasante Entwicklung der technischen Geräte hat im Medienbereich ganze Berufsgruppen zum Verschwinden gebracht und eine Reihe an Tätigkeiten an die RedakteurInnen weitergegeben.

Das ist jetzt in mancher Hinsicht ein Vorteil: Im Internet recherchieren zu können, die Artikel in den Computer zu tippen, anstatt mühsam auf mechanische Schreibmaschinen zu klopfen, ist ein Gewinn. Dass die qualifizierte Arbeit der ArchivarInnen und somit die Bildbeschaffung auch oftmals an die RedakteurInnen delegiert wurde, hebt die Qualität des verwendeten Bildmaterials nur in Einzelfällen.



RedakteurInnen, die heute noch mit einem Kameramann und Assistenten ausrücken sind in der Minderzahl: Gerade bei privaten Sendern rücken die jungen KollegInnen als One-Man-Show aus.

Und der Verzicht auf die KorrektorInnen, trieb schon in manchem Medium wahrhaft skurrile Blüten. Die Verantwortung wuchs, der Lohn blieb gleich. Wo früher Hunderte Menschen am Erscheinen einer Zeitung arbeiteten, werkelt jetzt oft eine kleine Truppe von PraktikantInnen mit einigen wenigen erfahrenen KollegInnen und produziert Titel quasi im Alleingang.

### Nicht ohne CAD-Ausbildung

Aber auch in anderen Berufen hat sich in den letzten zehn Jahren Gewaltiges geändert. In der Metallbearbeitung geht kaum mehr etwas ohne **CAD**-Ausbildung, und die klassischen Berufe Bau- und Kunstschlosser gibt es in dieser Form nicht mehr. Dafür müssen angehende MetallbearbeiterInnen bis zu 150 verschiedene Legierungen kennen und mit ebenso vielen Schweißtechniken arbeiten können. Eine völlig neue Ausbildungsverordnung versucht, die veränderte Berufswelt abzubilden, so Roland Löffler, BA, Projektleiter des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung (ÖIBF): »Man geht jetzt dazu über, Berufsfelder zu definieren und anschließend Module anzubieten: Wo es früher eigene Ausbildungen für Fahrzeugbau, Blechtechnik, Schmiedetechnik und Spannungstechnik gab, werden jetzt Modulausbildungen angeboten. Eine Entwicklung macht sich breit: Ein gelernter Beruf allein reicht heute nicht mehr.« Der Vorteil sei, so Löffler, dass Lehrlinge die verschiedenen Berufe mit einer Prüfung abschließen können: »Früher musste man mehrere Lehrabschlussprüfungen machen.«

Wer heute im Textilbereich arbeiten will, der hat nicht mehr die Wahl zwischen

mehr als zehn verschiedenen Berufen, es sei denn, er oder sie strebt eine Karriere im Theater an: Dort werden **ModistInnen**, **WeißnäherInnen**, **MiedererzeugerInnen** etc. heftig nachgefragt und beschäftigt. Im täglichen Leben und bei unserer Art des Konsums haben wir diese Tätigkeiten nach China und Bangladesch ausgelagert und vom Gewerbe in die Industrie verschoben. Ob das der Umwelt gut tut steht auf einem anderen Blatt, es führt aber zweifellos dazu, dass unzählige Arbeitsplätze bei uns verschwunden sind. In den technisch dominierten Berufen sowie in manchen Dienstleistungsberufen findet gewissermaßen eine Gegenbewegung statt: Jobenrichment. Klingt gut, ist es aber nur, wenn es von verschiedenen begleitenden Maßnahmen flankiert wird. Unterbleibt das, passiert es, dass unter dem großartigen Namen »Jobenrichment« einfach überbleibt: mehr Verantwortung, mehr Stress, mehr Arbeit bei gleich bleibendem Lohn.

### Vom Handwerk zur Industrie

So mussten TischlerInnen früher vor allem handwerklich geschickt und genau sein. Heute hat sich die Tischlerei – von künstlerischer und restauratorischer abgesehen – stark in den Industriebereich verlagert. Dort werden neben den klassischen Fertigkeiten der Holzbearbeitung, vor allem Fähigkeiten im Bereich der industriellen Produktion – Produktionsplanung und Logistik – nachgefragt. Die Tischlerei hat sich in unseren Breiten stark vom handwerklichen Gewerbe weg, hin zur Industrie verändert, was auf der einen Seite ganzheitliches Arbeiten an einem Werkstück als anachronistischen Einzelfall erschei-

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.oebf.at](http://www.oebf.at)

nen, und andererseits den Seriencharakter in der Industrie zum Regelfall werden lässt.

Vor dieser Entwicklung, die vor allem auf die Einführung des Computers zurückzuführen ist, sind aber schon Hunderte von hochspezialisierten Berufen »verschwunden« – teils weil die Produkte oder Dienstleistungen, die sie anboten, nicht mehr nachgefragt waren. So verschwanden **Barettmacher**, **Fallmeister** und Landkartenmaler –, oder weil ihre Berufe in anderen Berufsbildern aufgegangen waren bzw. zur Industrie abgewandert sind: Auch heute wird auch noch Glas gemacht, aber gelernte Glasmacher finden sich bestenfalls noch in Murano, und obwohl wir wahrscheinlich weit mehr Seife als unsere Vorfahren verwenden, kommt der Seifensieder als Lehrberuf hierzulande kaum mehr vor.

Die Berufswelt ist wie unsere gesamte Umwelt einem steten Wandel unterworfen. Viele Lehrberufe werden nur noch sehr selten ausgebildet und nachgefragt. Worauf es zu achten gilt, sind die Bedingungen unter denen Arbeit verrichtet wird.

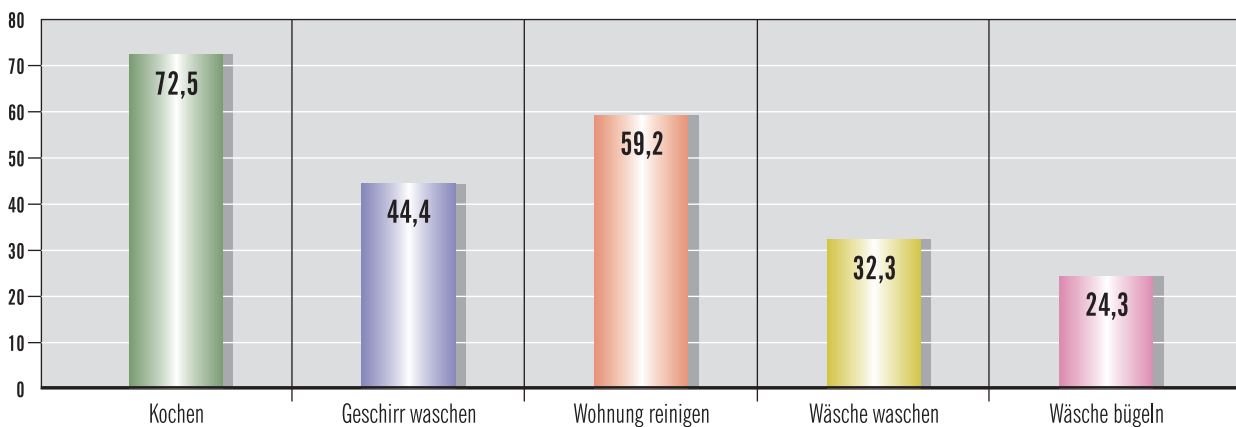
### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[dagmar.gordon@gruene.at](mailto:dagmar.gordon@gruene.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Zahlen, Daten, Fakten

## Von Frauen geleistete unbezahlte Arbeit pro Woche Durchschnittliche Zeitverwendung pro Tag<sup>1)</sup>

Anteil der Ausübenden in %



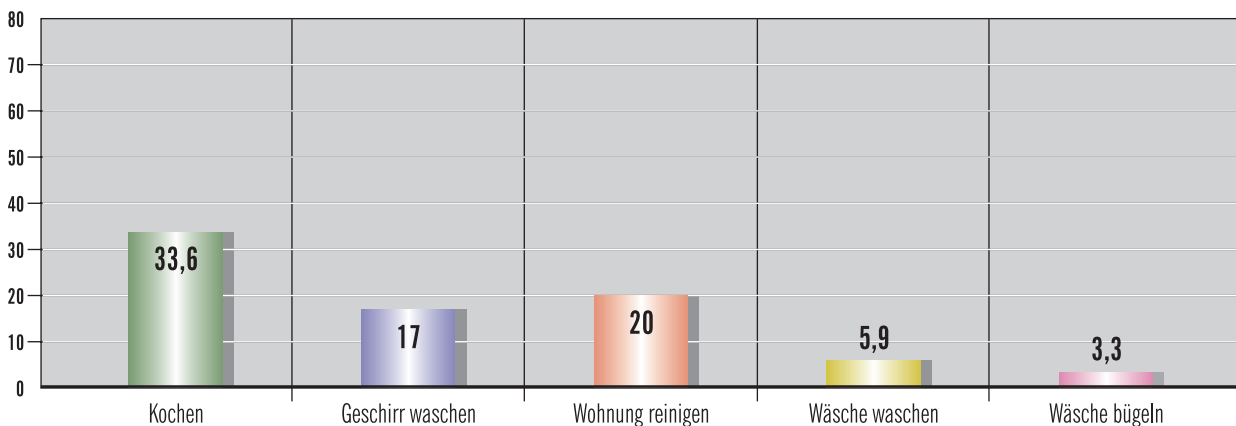
<sup>1)</sup> Erwerbstätige. Nach ausgewählten Tätigkeiten

Arbeit&  
Wirtschaft-Grafik

Quelle: Statistik Austria, Zeitverwendungserhebung 2008/2009

## Von Männern geleistete unbezahlte Arbeit pro Woche Durchschnittliche Zeitverwendung pro Tag<sup>1)</sup>

Anteil der Ausübenden in %



<sup>1)</sup> Erwerbstätige. Nach ausgewählten Tätigkeiten

Arbeit&  
Wirtschaft-Grafik

Quelle: Statistik Austria, Zeitverwendungserhebung 2008/2009

# Statistiken sind Argumente

## Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat

	Harmonisierte VPI	
	Aug. 10	Sept. 10
Belgien (BE)	2,4	2,9
Deutschland (DE)	1,0	1,3
Irland (IE)	-1,2	-1,0
Griechenland (EL)	5,6	5,7
Spanien (ES)	1,8	2,1
Frankreich (FR)	1,6	1,8
Italien (IT)	1,8	1,6
Zypern (CY)	3,4	3,6
Luxemburg (LU)	2,5	2,6
Malta (MT)	3,0	2,4
Niederlande (NL)	1,2	1,4p
<b>Österreich (AT)</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8p</b>
Portugal (PT)	2,0	2,0
Slowenien (SI)	2,4	2,1
Slowakei (SK)	1,1	1,1
Finnland (FI)	1,3	1,4
<b>Eurozone (VPI-EWU)</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8p</b>
Bulgarien (BG)	3,2	3,6
Tschech. Republik (CZ)	1,5	1,8
Dänemark (DK)	2,3	2,5
Estland (EE)	2,8	3,8
Lettland (LV)	-0,4	0,3
Litauen (LT)	1,8	1,8
Ungarn (HU)	3,6	3,7
Polen (PL)	1,9	2,5
Rumänien (RO)	7,6	7,7
Schweden (SE)	1,1	1,5
Vereinigtes Königreich (UK)	3,1	3,1
<b>EU (EVPI)</b>	<b>2</b>	<b>2,2p</b>
Island (IS)	5,9	5,1
Norwegen (NO)	1,7	1,4
<b>EWU (VPI-EWR)</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2p</b>
Schweiz (CH)	0,2	0,3

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

## Der Arbeitsmarkt im September 2010

	Stand Sept. 10	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat
<b>Unselbst. Beschäftigung</b>	<b>3.443.867</b>	<b>-20.596</b>	<b>39.899</b>
ohne KUG/Präsenzdiener	3.338.633	-20.174	47.643
ArbeiterInnen	1.340.090	-17.951	17.524
Angestellte u. Beamte	2.103.777	-2.645	22.375
Männer	1.838.235	-10.197	23.268
Frauen	1.605.632	-10.399	16.631
AusländerInnen	469.226	4.319	29.241
InländerInnen	2.974.641	-24.915	10.658
<b>Vorgemerkte Arbeitslose</b>	<b>214.167</b>	<b>-4.231</b>	<b>-20.338</b>
Männer	112.360	-779	-16.168
Frauen	101.807	-3.452	-4.170
AusländerInnen	40.640	2.613	-2.575
InländerInnen	173.527	-6.844	-17.763
Jugendliche (bis unter 19)	9.344	-168	-794
Jugendliche (19 bis unter 25)	2.735	-25.595	-28.263
Ältere (50 bis unter 55)	22.917	-434	-898
Ältere (55 bis unter 60)	16575	-212	-623
Ältere (über 60)	4598	67	11
<b>Arbeitslosenquote</b>	<b>5,9</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,6</b>
Offene Stellen	35.064	619	5.907
Lehrtellensuchende	7.323	-976	-84
Offene Lehrstellen	4.934	460	700
<b>Geringfügige Beschäftigung *</b>	<b>288.742</b>	<b>3.623</b>	<b>11.356</b>
Männer	99.436	1.280	6.026
Frauen	189.306	2.343	5.330
ArbeiterInnen	167.157	346	5.958
Angestellte	121.585	3.277	5.398

\* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

**Datenquellen:** EUROSTAT, Ird, Monat.  
**Anm.:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.  
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.  
**r = revidiert; p = vorläufig; - = Daten nicht verfügbar**

# Gleichheit statt Wachstum

*Hohes Wirtschaftswachstum kann soziale Probleme nur bedingt lösen. Was zählt ist eine gerechtere Einkommensverteilung, meint Richard Wilkinson.*

Autorin: Alexia Weiss

Freie Journalistin und Autorin

**D**er britische Mediziner und Sozialforscher Richard Wilkinson ist dieser Tage ein beliebter Redner in aller Welt. Gemeinsam mit Kate Pickett wertete er Daten zu den 50 reichsten Staaten der Welt aus. Sie kamen zu dem Schluss: »Gleichheit ist Glück.« So nennt sich auch das Buch der beiden, das inzwischen nicht nur in der englischen Originalfassung, sondern ebenfalls in der deutschen Übersetzung zum Bestseller avancierte. Untertitel: »Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.«

## Beim GPA-djp-Bundesforum

Die GPA-djp lud Wilkinson zu ihrem Bundesforum Anfang November in Wien. Der Wissenschaftler wurde mit Applaus empfangen – und nach seiner Rede mit noch mehr Applaus wieder verabschiedet. Sein Befund: Noch mehr Wirtschaftswachstum macht keinen Sinn. Es erhöht weder weiter die durchschnittliche Lebenserwartung, noch sinken Kriminalität oder die Zahl psychischer Erkrankungen.

Wichtig ist vielmehr die gerechtere Verteilung der Einkommen. Zwischen Japan und Schweden, Norwegen sowie Finnland gibt es große kulturelle Unterschiede. Dennoch haben diese Staaten vieles gemeinsam: niedrige Mord- und Gefängnisraten, eine geringere Kindersterblichkeit als in anderen Ländern, weniger Teenager-

Schwangerschaften, weniger Drogenkonsum, weniger psychische Erkrankungen. Was ist aber nun anders in Japan und Schweden als beispielsweise in den USA, in Großbritannien, in Portugal? Es sind die Einkommensunterschiede. In Japan und den nordischen Ländern verdienen die oberen 20 Prozent lediglich um rund 3,5-mal so viel wie die unteren 20 Prozent. In den USA oder Großbritannien ist der Unterschied achtmal so groß. »Und je größer die Unterschiede zwischen Arm und Reich, desto größer sind auch die sozialen Probleme«, sagt Wilkinson.

Ungleiche Staaten, wie der Forscher sie nennt, stehen wesentlich schlechter da. Es ist sowohl um die Gesundheit der Bevölkerung schlechter bestellt als auch um Faktoren wie Vertrauen in Mitmenschen, Kriminalität oder die psychische Befindlichkeit der Bürger. »In den westlichen Industriestaaten, in denen es keinen so starken Unterschied zwischen den oberen und den unteren 20 Prozent gibt, werden bis zu sechsmal weniger Morde begangen.« Österreich liegt im oberen Mittelfeld. Hierzulande verdienen die Reichsten um 4,8-mal mehr als die Ärmsten.

Noch mehr Wirtschaftswachstum für die Allgemeinheit, noch mehr Arbeit für den Einzelnen – mehr Überstunden, mehr Geld, mehr Möglichkeit zu konsumieren: all das wird nicht dazu beitragen, den gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen adäquat zu begegnen, betont Wilkinson. Es nütze auch nichts, jedes Problem einzeln anzugehen – beispielsweise mit Kampagnen gegen Drogenkonsum, dem Verteilen von Kondomen, um Teenager-Schwangerschaften zu verhindern, Entzugskliniken für Alkoholranke. In Zu-

## BUCHTIPP

Richard Wilkinson  
und Kate Pickett  
»Gleichheit ist Glück.  
Warum gerechte  
Gesellschaften für alle  
besser sind«

Verlag Haffmans & Tolke-  
mitt, Dezember 2009,  
320 Seiten, € 19,90,  
ISBN 978-3942048095



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

kunft werden sich nach Ansicht Wilkinsons jene Gesellschaften gut entwickeln, die darauf achten, dass es keine allzu großen Einkommensunterschiede gibt. Wie das erreicht werden kann, dafür gibt es nicht den einen, richtigen Weg, betont der Forscher. In Japan beispielsweise sind die Unterschiede grundsätzlich nicht sehr hoch. In Schweden wiederum wird mit Hilfe des Steuersystems gegengearbeitet.

## Mitbestimmung hebt Zufriedenheit

Im Kleinen haben sich Modelle bewährt, in denen MitarbeiterInnen das Unternehmen übernommen haben. Wenn der Profit nicht für Fremde, sondern für eine Gemeinschaft und damit auch die eigene Tasche erwirtschaftet wird, wenn man mitbestimmen kann, ob, wie und wie viel investiert wird, dann hebt das die Zufriedenheit der Betroffenen, so die Erfahrung.



**Freundschaft bedeute teilen, Hierarchie Konkurrenz. Gleichere Gesellschaften fördern also Freundschaften – und diese tragen unter anderem quasi präventiv dazu bei, dass Menschen seltener psychisch erkranken.**

Einen Beitrag zu geringeren Einkommensunterschieden leisten aber auch die Gewerkschaften, sagt Wilkinson. Starke Gewerkschaftsbewegungen sorgen dafür, dass die unteren Einkommen stetig erhöht werden. Sie setzen sich in den Unternehmen aber auch dafür ein, dass die Managergehälter nicht ins Bodenlose steigen. Passiert das nämlich, ist auch im Mikrokosmos eines Betriebs zu beobachten, dass es mehr psychische Erkrankungen, mehr Burn-out, mehr Mobbing gibt. Auch das Klima in einem Unternehmen profitiert also davon, wenn die Führung dafür sorgt, dass die Einkommen nicht allzu sehr auseinanderklaffen. Eine wichtige Rolle kommt dabei auch dem Betriebsrat zu.

### Und Überstunden?

Beim GPA-djp-Bundesform wird Wilkinson auch nach der Auswirkung von Überstunden gefragt. Seine Antwort fällt klar aus: In ungleicheren Staaten werden wesentlich mehr Überstunden geleistet als in gleicheren Gesellschaften. Das Ziel: Mehr Geld zu verdienen, um damit mehr Konsumgüter kaufen zu können. Diese sind notwendig, um den sozialen Status zu heben oder zu halten.

Was bedeutet das aber nun für den Einzelnen? Ja sicher, sagt Wilkinson, das Individuum steige im sozialen Ansehen, wenn es im Beruf die Karriereleiter hochklettere, ein höheres Gehalt beziehe, sich mehr leisten könne. Das große Aber des Forschers folgt auf den Fuß: In einer Gesellschaft, in welcher der Einzelne nach einem immer höheren Verdienst strebt, leiden alle unter einer schlechteren Lebensqualität als in gleicheren Gesellschaften.

Und: Es bleibt weniger Zeit, um dem Gemeinwohl zu dienen. Von diesem profitieren im Gegenzug dann nicht nur wieder alle. Aktivitäten in der und für die Gemeinschaft bedeuten auch soziale Beziehungen. Und diese schaffen Zufriedenheit. Als Beispiel nennt Wilkinson hier auch Religionsgemeinschaften. Es gebe viele Studien, die zeigen, dass gläubige Menschen oft gesünder seien als säkular lebende. Wilkinson geht davon aus, dass dies mit den Sozialkontakten innerhalb einer Gemeinschaft zu tun hat.

»Grundsätzlich schließen einander Hierarchie und Freundschaft ja aus«, sagt der Wissenschaftler. Freundschaft bedeute teilen, Hierarchie Konkurrenz. Gleichere Gesellschaften fördern also Freundschaften – und diese tragen unter anderem quasi präventiv dazu bei, dass Menschen seltener psychisch erkranken. Ausgewertet haben Wilkinson und Picket Hunderte Datensätze, die meisten erstellt von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), aber auch Zahlen der Vereinten Nationen (UN) sowie des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF). Überrascht hat Wilkinson dabei, dass sich das Muster immer wiederholt. Egal, welcher Faktor herangezogen wurde: die gleicheren Gesellschaften schnitten immer besser ab. Und: Das, was in ungleicheren Gesellschaften von so vielen angestrebt und nicht erreicht wird, der berufliche und damit soziale und auch finanzielle Aufstieg, gelingt in gleicheren Gesellschaften sogar leichter. Der Grund: der bessere Zugang zu Bildung.

Ließen sich auch Phänomene wie die jüngst erlebte Finanzkrise durch eine ge-

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.equalitytrust.org.uk](http://www.equalitytrust.org.uk)

rechtere Einkommensverteilung vermeiden? Unbedingt, meint Wilkinson. Er zieht hier Parallelen zu 1929/30. »In beiden Fällen wurde der Gipfel an ungerechter Verteilung erreicht – verbunden mit hohen Schulden.« Schulden entstünden zum Beispiel dann, wenn Menschen versuchen, trotz geringerem Einkommen mit dem Konsumverhalten jener mitzuhalten, deren Status man haben will.

### Am Ende des Nutzens von Wachstum

Kann man aus all dem den Schluss ziehen, dass sich Gesellschaften überhaupt nicht um ein höheres Wirtschaftswachstum bemühen sollen? Nein, sagt Wilkinson ganz klar. In den frühen Stadien wirtschaftlichen Wachstums steigt die durchschnittliche Lebenserwartung enorm. In Ländern wie Österreich macht aber das Streben nach immer höherem Wirtschaftswachstum keinen Sinn mehr. »In den reichen Gesellschaften sind wir am Ende des Nutzens von Wachstum angelangt.«

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[alexia.weiss@yahoo.com](mailto:alexia.weiss@yahoo.com)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# 72 Stunden ohne Kompromiss

*An Österreichs größter Jugendsozialaktion, organisiert von der Katholischen Jugend (KJ) mit youngCaritas und Ö3, beteiligten sich über 5.000 Jugendliche.*

*Dr. Wilfried Leisch*

*Freier Journalist und Publizist in Wien*

**U**nter dem Motto »72 Stunden ohne Kompromiss« haben sich vergangenen Oktober TeilnehmerInnen in 400 Projekten engagiert. Übrigens zum fünften Mal. Junge Menschen betreuen dabei karitative Projekte in ganz Österreich. Welchem Projekt sie zugeteilt werden, erfahren sie erst kurz vor Beginn der Aktion.

## Die Kriterien und Aufgaben

Die Ausrichtungen der Projekte sind »sozial«, »entwicklungspolitisch« und »ökologisch«. Darüber hinaus können auch Projekte realisiert werden, die einer bestimmten Schwerpunktsetzung oder der Weiterentwicklung des Projekts an sich dienen, so etwa im Bereich Gedenkarbeit, sofern sie den anderen Projektkriterien entsprechen. »Solidarisches Handeln« ist angesagt, d. h. ein Projekt muss Menschengruppen zugute kommen, die am Rand stehen bzw. benachteiligt sind. Projekte werden »mit« Betroffenen gemeinsam, nicht nur »für« sie durchgeführt. Die TeilnehmerInnen müssen gefordert, aber nicht überfordert werden und dürfen ideologisch nicht vereinnahmt werden. Eine Aufgabe muss den »Rahmen des Üblichen« sprengen, d. h. sie soll etwas sein, das Jugendliche nicht jeden Tag erleben. In Betreuungssituationen von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, alten Menschen, Kindern bzw. allgemein von den

Adressaten der Hilfeleistung darf nicht eingegriffen werden bzw. nur unter verantwortlicher Begleitung. Mindestens ein/e EinsatzleiterIn der Einrichtung muss vor Ort bzw. immer erreichbar sein. Spendenprojekte sind nicht Fokus des Projekts und sollten eine untergeordnete Rolle einnehmen. Leitschnur ist »Learning by doing«. Das Ziel der Aufgabe muss transparent sein. Weiters müssen die Aufgaben in sich abgeschlossen sein, d. h. Start und Ende sind vordefiniert. Aus der Aufgabe darf für die Jugendlichen somit keine Folgeverpflichtung entstehen, die über die 72-stündige Projektdauer hinausgeht. Eine Aufgabe muss sich finanziell selber tragen, pädagogisch sinnvoll sein, d. h. die Jugendlichen sind nicht einfach nur »billige« Arbeitskräfte, die tun, was sonst nicht finanzierbar ist, und soll ein »Schnuppern« in soziale/gesellschaftspolitische/ökologische Felder ermöglichen.

## Der Schwerpunkt 2010

Immer mehr Menschen – darunter viele Jugendliche – sind von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Die EU hat deshalb 2010 zum »Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung« erklärt. Auch »72 Stunden ohne Kompromiss« wollte durch die diesjährige Schwerpunktsetzung auf dieses Thema aufmerksam machen, die Menschen dafür sensibilisieren und durch konkrete Aktionen zeigen, dass etwas getan werden kann. Die Aktion richtete sich im Zuge des Schwerpunkts besonders an arbeitslose und sozial schwächer gestellte Jugendliche. Sie wurden dazu ermutigt, an der Aktion teilzunehmen, damit auf ihre Situation auf-

merksam zu machen, und diese zusammen mit anderen zu verbessern. Die Teilnahme sollte den Jugendlichen neue Erfahrungsräume eröffnen, ihr Selbstvertrauen stärken und vermitteln, dass es Nutzen bringt, sich aktiv für sein Umfeld einzusetzen.

## Projektbeispiele

Gerne wird den Jugendlichen Desinteresse an sozialen Fragen und mangelndes Engagement nachgesagt. Was die Jugendlichen so alles auf die Beine gestellt haben, zeigt ein kleiner, unvollständiger Auszug aus den 400 Projekten.

**Das Lokal Inigo** bietet Langzeitarbeitslosen Arbeitsplätze und wird von der Caritas Wien betrieben. Zur Verschönerung des Mitarbeiterbereiches, war ein Team von engagierten SchülerInnen des Rainerygymnasiums fleißig am Verputzen und Ausmalen.

**Musizieren für einen guten Zweck.** 72 Stunden lang unterstützten Jugendliche in Salzburg die Organisation **Cope**, die in Indien Kindern aus armen Familien und Waisenkindern Zugang zu Bildung und eine gute Ernährung ermöglicht. Unter anderem musizierten die Jugendlichen in Salzburgs Altstadt.

**Barrierefreies Gärtnern.** Eine Gruppe steirischer Mädchen arbeitete 72 Stunden lang im steirischen Zentrum für Menschen mit Behinderung »Mosaik«. Gemeinsam mit den Behinderten des Hauses gestalteten sie Hochbeete für die heilpädagogische Gartenarbeit.

**Coffee2Help.** Dieser Kaffeeschmecker den Passanten nicht nur lecker, der Spendenerlös kam auch der Wiener Jugendnotschafstelle »a-way« zugute.



Die Aktion richtete sich im Zuge des Schwerpunkts besonders an arbeitslose und sozial schwächer gestellte Jugendliche. Sie wurden dazu ermutigt, an der Aktion teilzunehmen, damit auf ihre Situation aufmerksam zu machen und diese zusammen mit anderen zu verbessern.

**Schlaflieder und Geschichten** aus dem Flüchtlingsheim. Ein Buch oder Hörbuch erzählte Gute-Nacht-Geschichten und Lieder aus den Herkunftsländern der Asylwerber. Die TeilnehmerInnen erfuhren andere Kulturen, die Asylwerber erfuhren Wertschätzung.

**Satt mit einem Euro?** Es klingt unvorstellbar, doch ist es für viele Menschen Realität. Sie müssen pro Mahlzeit mit einem Euro auskommen. »72 Stunden«-Jugendliche wagten einen Selbstversuch.

**Lebensmittel in den Müll?** Verbrauchsdatum überschritten, Verpackung aufgerissen oder optisch nicht einwandfrei? Hunderte Tonnen noch genießbare Lebensmittel wandern täglich in den Müll. Ein paar Säcke davon haben Jugendliche in Hallein wieder herausgefischt ...

**Gemeinsames Gestalten.** In Ludesch/Vorarlberg gestalteten Jugendliche gemeinsam mit Menschen mit Behinderung einen Zaun beim neuen Gemeinde-Spielplatz.

**Das Haus der jungen Arbeiter** ist eine Einrichtung der Wohnungslosenhilfe und bietet Unterkunft, Verpflegung und Sozialbetreuung für in Not geratene Menschen. Im Rahmen von 72 Stunden wurde der Freizeitraum neu gestaltet.

**Spuren der Fremdenfeindlichkeit** entfernen. Im Rahmen von 72 Stunden dokumentierten und entfernten in Perchtoldsdorf bei Wien Jugendliche fremdenfeindliche Schmierereien im öffentlichen Raum.

Alle Projekte finden sich unter:  
[tinyurl.com/34u9d7b](http://tinyurl.com/34u9d7b)

»Jugendliche sind sozial und solidarisch – das beweist ihr Engagement bei »72 Stunden ohne Kompromiss«. Sie sind Vorbild für die ganze Gesellschaft«, so In-

grid Zuñiga, ehrenamtliche Vorsitzende der Katholischen Jugend Österreich. »Bei meinen Projektbesuchen hat sich mir immer wieder gezeigt, dass Jugendliche, die sich kompromisslos für ihre Mitmenschen einsetzen, ihr Engagement gerne weiterführen wollen. Die Begegnungen mit oftmals benachteiligten oder sozial isolierten Personenkreisen sowie die unterschiedlichsten Erfahrungen, die die Jugendlichen während des Projekts machen, wirken über die Aktion hinaus in den TeilnehmerInnen nachhaltig fort und eröffnen ihnen neue Sichtweisen auf ihre Umwelt.«

### Geht nicht gibts nicht

»Geht nicht gibts nicht«, freute sich Caritas-Präsident Franz Küberl über das große Engagement der TeilnehmerInnen: »Selbst scheinbar unlösbare Aufgaben wie einen Bagger zu organisieren, konnten die Jugendlichen innerhalb kürzester Zeit bewältigen, weil Firmen und Privatpersonen mithalfen, um die Jugendlichen in ihrem Projekt zu unterstützen. Besonders freut mich, dass einige Mädchen und Burschen von den Begegnungen mit pflegebedürftigen, notleidenden oder auch behinderten Menschen so beeindruckt waren, dass sie sich künftig weiter bei der Caritas ehrenamtlich engagieren möchten.« Küberl bezeichnete die jungen Menschen als »Menschenverbesserer und damit Weltverbesserer«.

Auch die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) unterstützt den Einsatz der Jugendlichen. Für den ÖGJ-Bundesjugendsekretär Florian Zuckerstätter widerlegt die Aktion »72 Stunden ohne Kompromiss« deutlich das Vorurteil,

### WEBLINKS

Mehr Infos unter:

[www.72h.at](http://www.72h.at)

[wien.kjweb.at](http://wien.kjweb.at)

[religion.orf.at/projekt03/72h/72h\\_start.htm](http://religion.orf.at/projekt03/72h/72h_start.htm)

[www.oegj.at](http://www.oegj.at)

[www.sauber-bleiben.at](http://www.sauber-bleiben.at)

[www.jugend.gpa-djp.at](http://www.jugend.gpa-djp.at)

[jugend.proge.at](http://jugend.proge.at)

[jugend.vida.at](http://jugend.vida.at)

dass Jugendliche rein ich-bezogen und nur auf ihren eigenen Vorteil aus seien: »Das Projekt macht erst sichtbar, wie hoch das soziale Engagement junger Menschen in Österreich ist. Das sehen wir auch in der Arbeit der Gewerkschaftsjugend, wenn es um Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Ausgewogenheit geht. Ein Beispiel dafür ist die ÖGJ-Kampagne »Sauber bleiben!«, bei der es um Engagement gegen Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Faschismus geht. Das Projekt »72-Stunden« ist wieder einmal ein Beweis dafür, dass Ältere von Jüngeren lernen können, wenn es um Engagement für sozial Schwächere geht.«

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung

an den Autor

[w.leisch@aon.at](mailto:w.leisch@aon.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Unterentlohnung wird zur Straftat

*Die Sozialpartner sind sich einig, dass Unterentlohnung strafbar sein soll. Im Mai soll das Maßnahmenpaket gegen Lohn- und Sozialdumping in Kraft treten.*

*Autor: Florian Kräftner*

*Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit im ÖGB*

Sind die VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen, der UnternehmerInnen und der Landwirtschaft kurbedürftig, kaisertreu oder trachtenaffin? Nein, die Sozialpartner treffen einander Jahr für Jahr in Bad Ischl, um sich auf wichtige Maßnahmenpakete zu einigen, die bald darauf zu Gesetzen werden sollen. Zuletzt hat die Bundesregierung Vorschläge zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping und für die Zuwanderungs- und Integrationspolitik erbeten – die Sozialpartner liefern prompt ihre Vorschläge ab.

Die Sozialpartner Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB), Bundesarbeitskammer (BAK), Wirtschaftskammer (WKÖ) und Landwirtschaftskammer (LKÖ) haben sich auf ein Maßnahmenpaket geeinigt, das zum einen ein Unterlaufen der österreichischen Mindestlöhne unmöglich machen, und zum anderen qualifizierte Zuwanderung ermöglichen soll. Anlass ist die Öffnung des Arbeitsmarkts für osteuropäische EU-Länder.

## Lohnniveau unter Druck

Das österreichische Lohnniveau, das durch die am 1. Mai 2011 bevorstehende Öffnung des Arbeitsmarkts für die »neuen« EU-Länder (außer Bulgarien und Rumänien) unter Druck zu kommen droht, soll mit Verwaltungsstrafen geschützt werden – genauso wie Betriebe, die sich korrekt

an kollektivvertragliche Vereinbarungen halten. Wer weniger zahlt als im Kollektivvertrag vorgesehen ist, wird sich künftig strafbar machen. Dies ist die Grundidee, die die Sozialpartner am 18. Oktober in Bad Ischl vorgestellt haben.

»Wenn ab nächstem Mai die EU-Beitrittsländer uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben, brauchen wir eine klare Regelung für die Drittstaaten«, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. Mit der Kontrolle des KV bzw. der richtigen Einstufung sollen die Behörde KIAB (Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung) des Finanzministeriums und die Gebietskrankenkassen betraut werden. Bei Unklarheiten, besonders bei begründeten Einwendungen gegen die Einstufung, die die Kontrollbehörde vorgenommen hat, müssen die Kollektivvertragspartner angehört werden.

Das Ziel der Neuregelung ist es aber, Lohndumping effizient zu verhindern – und nicht, Unternehmen wegen kleiner Irrtümer zu kriminalisieren. Wird der Lohn, der laut Kollektivvertrag zusteht, nur gering unterschritten, ist bei der ersten Übertretung von einer Anzeige abzusehen, wenn der Arbeitgeber die Differenz zur korrekten Entlohnung nachzahlt. Das Gleiche gilt, wenn das Verschulden des Arbeitgebers gering ist. Bei wiederholten Verstößen wird der Unternehmer aber auch als Wiederholungstäter betrachtet, die vorgesehenen Strafen steigen erheblich.

Die Strafen sollen nach Größe des jeweiligen Unternehmens gestaffelt werden. Es geht los bei 1.000 Euro für Firmen mit bis zu drei Beschäftigten. Bei Wiederholungstätern mit vielen betroffenen ArbeitnehmerInnen soll die Strafe empfindlich

## INFO & NEWS

### Schlagkräftige Wettbewerbspolizei

Nicht nur in Bad Ischl funktioniert die Sozialpartnerschaft. In den vergangenen Jahren gab es Einigungen, die zu großen Teilen auch Gesetz geworden sind: Generalunternehmerhaftung, Ausbildungs-garantie, Nationaler Aktionsplan Gleichstellung mit gesetzlich vorgeschriebener Einkommens-Offenlegung ... da soll noch einer sagen, die Sozialpartnerschaft funktioniert nicht!

Zuletzt haben die Sozialpartner eine schlagkräftige Wettbewerbspolizei gefordert. Das Kartellrecht muss weiterentwickelt werden, die Bundeswettbewerbsbehörde muss sich als effiziente Ermittlungs- und Aufgriffsbehörde aufstellen und braucht dafür die notwendigen Werkzeuge und Autonomie von der Politik. »Wir brauchen eine schlagkräftige Wettbewerbspolizei. Das kann mit geringen Mitteln erreicht werden, die sich durch einen besseren Wettbewerbsvollzug bezahlt machen«, so die Sozialpartner.

»Wettbewerb ist aber nicht in allen Wirtschaftsbereichen optimal. Etwa bei Löhnen, Arbeitszeiten oder bei den sozialen Sicherungssystemen halten wir Wettbewerb für schädlich«, betonte Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

in die Höhe gehen, auf bis zu 50.000 Euro. Gleichzeitig wurde die Einführung einer sogenannten »Rot-Weiß-Rot-Card« vereinbart, die höchstqualifizierten Personen bzw. AkademikerInnen aus Nicht-EU-



Die sogenannte Rot-Weiß-Rot-Card soll höchstqualifizierten Personen bzw. AkademikerInnen aus Nicht-EU-Staaten zur Verfügung stehen, die die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarkts erfüllen.

Staaten, die die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarkts erfüllen, zur Verfügung stehen soll.

### Chancen durch Zuwanderung

Als zweite Gruppe, die Anspruch auf die Card hat, sollen nach Vorstellung der Sozialpartner Qualifizierte bzw. Facharbeiter Innenaus Drittstaaten zuwandern dürfen. Durch Zuwanderung ergeben sich vielfältige Chancen.

Höher qualifizierte Zuwanderung steigert das Wirtschaftswachstum und damit den Wohlstand in Österreich. Migration kurbelt den Export an, Zugewanderte leisten in ihrem Zielland einen wesentlichen Beitrag zur Exportsteigerung. ZuwandererInnen verfügen über andere Sichtweisen und Erfahrungen, Betriebe können dieses Potenzial nutzen. MigrantInnen sind eine wichtige Kraft im Wirtschaftsleben: In Wien hat bereits ein Drittel der UnternehmerInnen Migrationshintergrund, zum Teil sind MigrantInnen selbst ArbeitgeberInnen und haben dadurch weitere Arbeitsplätze in Österreich geschaffen.

Über diese Gruppen und die als SaisonarbeiterInnen beschäftigten Menschen hinaus, soll es nach Vorstellung der Sozialpartner keine zusätzliche Immigration aus Drittstaaten geben, sagte AK-Präsident Herbert Tumpel bei der Paketpräsentation in Bad Ischl.

Es geht aber nicht nur um den Neuzugang, sondern vor allem auch um Integration. Ein umfassendes Migrations- und Integrationskonzept, das Menschen von Beginn an Unterstützung und Begleitung anbietet, und die möglichst weitgehende

Nutzung der Potenziale von Personen mit Migrationshintergrund sind mitentscheidend für die weitere soziale und ökonomische Entwicklung Österreichs. Die Sozialpartner konzentrieren sich vor allem auf die strukturelle Integration in den Bereichen Bildung, Arbeit, Recht, Wohnen, soziale Sicherung, Partizipation. Das heißt konkret, dass das Bildungssystem so umgebaut werden muss, dass die Chancen der Menschen mit Migrationshintergrund erhöht werden – also Durchlässigkeit, Chancengleichheit, Barrierenabbau. Das Erlernen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für den Arbeitsmarkteinstieg. Die vom AMS sowie im Rahmen der Integrationsvereinbarung angebotenen Deutschkurse sollten Arbeitsmarktbezug haben.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollen stärker auf die Bedürfnisse von Personen mit Migrationshintergrund zugeschnitten werden, ihre spezifische Ausgangslage auf dem heimischen Arbeitsmarkt sollte in den operativen Zielen des AMS berücksichtigt werden. Jene beruflichen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die im Ausland erworben wurden, müssen in Österreich besser verwertbar und anerkannt werden.

### Zukunftsorientiertes Bildungssystem

Bei der »Rot-Weiß-Rot-Card«, die ab 2012 geplant ist, ist es dem ÖGB besonders wichtig, dass es nicht nur ein kriterien-, sondern ein bedarfsgeleitetes System der Zuwanderung geben soll. »Der Bedarf muss sich nach dem Arbeitsmarkt richten und wird von den Sozialpartnern gemeinsam festgelegt«, so Foglar.

### WEBLINK

Bad Ischler Dialog 2010 – »Wachstum – Beschäftigung – Integration«:  
[www.sozialpartner.at](http://www.sozialpartner.at)

Die Sozialpartner machen sich aber natürlich auch dann Gedanken über Zukunftsthemen, wenn sie nicht von der Regierung dazu aufgefordert werden. Zum Abschluss des Sozialpartnerdialogs plädierten sie dafür, dass die Bundesregierung mit ihnen gemeinsam konkrete Vorschläge für ein ganzheitliches, vernetztes und zukunftsorientiertes Bildungssystem erarbeitet und rasch umsetzt.

»Nach der Erstellung des Budgets 2011 muss es zu Beginn des kommenden Jahres rasch darum gehen, sich mit den wesentlichen Zukunftsfragen zu befassen«, appellierten die Sozialpartner-Präsidenten: »Um die wichtigen Herausforderungen der kommenden Jahre meistern zu können, brauchen wir vor allem ein ganzheitliches, zukunftsorientiertes Bildungssystem, das Kindergärten, Schule, Universitäten, Fachhochschulen und lebenslanges Lernen (Erwachsenenbildung) umfasst.«

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[florian.kraeftner@oegb.at](mailto:florian.kraeftner@oegb.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**affin:** (wahl-)verwandt, angrenzend, sehr interessiert (Seite 44)

**Apanage:** Abfindung der nicht regierenden (häufig männlichen) Mitglieder aus Adelsfamilien, die diesen eine standesgemäße Lebensführung ermöglichen sollte. Mitunter wurden zur Finanzierung dieser Zahlungen auch Steuern erhöht. (Seite 29)

**Barett:** flache Kopfbedeckung, die vor allem im 16. Jahrhundert sehr populär war und später vor allem Bestandteil militärischer Uniformen wurde. Eine der bekanntesten Varianten ist die Baskenmütze. (Seite 37)

**Betriebsseelsorge:** Einrichtung der Katholischen Kirche, deren Schwerpunkt im Kontakt zu den Menschen in Berufs- und Arbeitswelt liegt, in deren Begleitung in Arbeits-, Lebens- und Glaubensfragen. Die Idee dazu entstand beim Zweiten Vatikanischen Konzil, in den 60er- und 70er-Jahren wurden dann in mehreren Industriegebieten in ganz Österreich Betriebsseelsorgezentren eingerichtet. (Seite 20)

**Bologna, Sergio:** italienischer Soziologe (geboren 1937), Autor zahlreicher Publikationen über die Geschichte und Theorie der Arbeit. (Seite 19)

**Burkina Faso:** Republik in Westafrika, gehört – vor allem wegen ständig wiederkehrender Dürreperioden und in den vergangenen Jahren auch vermehrt Überschwemmungen – zu den ärmsten Ländern der Welt. Das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien verläuft relativ friedlich. (Seite 31)

**CAD:** Computer Aided Design = computerunterstütztes Zeichnen und Konstruieren; Computerprogramm, welches das Zeichenbrett, Lineal und Zirkel bei Technikern, Architekten, Designern etc. weitestgehend verdrängt hat, heute meist schon in 3D. (Seite 37)

**Cope:** Kleines Freundschaftsprojekt von Menschen aus Österreich, Spanien und Indien, das englische Wort cope bedeutet, eine schwierige Situation zu bewältigen; dementsprechend sollen mit der Hilfe von Cope Kinder in Indien zur Schule gehen und ihre Talente entwickeln können. [www.cope.in](http://www.cope.in) (Seite 42)

**De Saint-Simon, Henri:** soziologischer und philosophischer Autor (1760–1825), stammte aus adeliger Familie, in seinen Schriften vertrat er unter anderem die damals revolutionäre Ansicht, dass nur all jene, die Waren oder Dienstleistungen produzieren, nützliche Mitglieder der Gesellschaft wären. Adelige, aber auch Zwischenhändler bezeichnete er als parasitäre Klasse. Saint-Simon gilt heute als Vorvater des utopischen Sozialismus und der wissenschaftlichen Soziologie. (Seite 22)

**En l'air (französisch; sprich:** au leer): in der Luft (Seite 24)

**Fallmeister:** auch Abdecker, zuständig für die Tierkörperverwertung; wegen der Geruchsbelästigung wohnten Angehörige dieser Berufsgruppe früher immer außerhalb einer Ortschaft. Durch den Kontakt mit den Kadavern hatten die Abdecker ein hohes Risiko, sich zum Beispiel mit Milzbrand zu infizieren. Noch heute sind Erdarbeiten auf derartigen Grundstücken gefährlich. Die Knochen aus der Abdeckerei wurden den Seifensiedereien, die verfaulte Fleischmasse den Salpetersie-

dern (Salpeter wurde zur Produktion von Dünger und Schwarzpulver gebraucht) und die Häute den Gerbereien zugeführt. (Seite 37)

**Fouetté (französisch; sprich:** fuettee): Begriff aus dem klassischen Ballett: mit raschen, peitschenhiebartigen Bewegungen (Seite 24)

**generieren:** hervorbringen, erzeugen (Seite 30)

**Grand jeté (französisch; sprich:** grau schötee): wörtlich: großes Werfen; im Ballett: großer Sprung von einem Bein auf das andere. (Seite 24)

**Hans-Böckler-Stiftung:** 1977 auf Beschluss des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegründete Stiftung zur Förderung von begabten, aber sozial benachteiligten Arbeiterkindern. Später kamen auch Forschungseinrichtungen dazu. Bei der Vergabe von Stipendien ist sie die zweitgrößte Stiftung Deutschlands. (Seite 17)

**Hartz-Konzept:** 2002 wurde der erfolgreiche Personalmanager Peter Hartz von der deutschen Regierung mit der Entwicklung von Arbeitsmarktreformen beauftragt. Hartz hatte etwa bei VW das 5.000x5.000-Projekt kreiert, indem die Vier-Tage-Woche eingeführt wurde und damit 5.000 neue Jobs mit jeweils 5.000 Mark Gehalt, was allerdings nicht dem geltenden Haustarifvertrag entsprach. Ziel des Hartz-Konzepts war es, innerhalb von vier Jahren die Arbeitslosenzahl von damals vier Millionen um die Hälfte zu reduzieren, was nicht annähernd erreicht wurde. Die einzelnen Gesetze des Hartz-Pakets traten stufenweise zwischen 2003 und 2005 in Kraft. (Seite 16)

**Kant, Immanuel:** deutscher Philosoph der Aufklärung (1724–1804), sein Werk »Kritik der reinen Vernunft« kennzeichnet den Beginn der modernen Philosophie. Das grundlegende Prinzip seiner Ethik ist der kategorische Imperativ, nach dem die Menschen nach derjenigen Maxime handeln sollen, von der sie auch wollen, dass diese allgemeines Gesetz werde. (Seite 28)

**Kornwachs, Klaus:** deutscher Physiker und Technikphilosoph (geb. 1947), Mitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (Seite 28)

**Misik, Robert:** österreichischer Journalist und Autor (geb. 1966), eines seiner Hauptthemen ist die Globalisierung und deren Folgen, Misik wurde unter anderem mit dem Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch ausgezeichnet. (Seite 29)

**Modistin:** Hutmacherin, die ausschließlich Kopfbedeckungen für Frauen herstellt. (Seite 37)

**Moore, Henry:** englischer Bildhauer und Zeichner (1898–1986), vor allem für seine großen abstrakten Skulpturen bekannt, deren Vorbild meist menschliche Körper waren. (Seite 26)

**Müller, Henrik:** deutscher Journalist und Autor (geb. 1965), der vor allem für seine originellen Blickwinkel zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bekannt ist. (Seite 21)

**ordoliberal:** einen durch straffe Ordnung gezügelter Liberalismus vertretend (Seite 28)

**passé (französisch; sprich:** passee): im Ballett, wenn das Spielbein auf Kniehöhe an das Standbein gelegt wird. (Seite 24)

**Petzold, Alfons:** österreichischer Schriftsteller (1882–1923), galt schon zu seinen Lebzeiten als bedeutender Arbeiterdichter; Werke: Erde, Das rauhe Leben, Menschen im Schatten etc. (Seite 11)

**Promiskuität:** häufiges Wechseln der GeschlechtspartnerInnen (Seite 29)

**Proudhon, Pierre-Joseph:** französischer Ökonom und Soziologe (1809–1865), einer der ersten Vertreter des Anarchismus, er setzte sich für die Abschaffung der Ausbeutung ein. Der gelernte Schriftsetzer verfasste Schriften zum Thema Sozialismus und Ökonomie, von ihm stammt der Satz »Eigentum ist Diebstahl«. (Seite 22)

**Ricardo, David:** britischer Ökonom (1772–1823), begründete in den 1817 erschienen »Principles of Political Economy and Taxation« das sogenannte ricardianische Außenhandelsmodell, nach dem sich Außenhandel für alle Volkswirtschaften lohnt, auch für jene, die gegenüber anderen Staaten bei allen Gütern Kostennachteile haben. Ricardo zu Ehren führte später der Lehrstuhl der politischen Ökonomie an der Londoner Universität seinen Namen. (Seite 22)

**Rifkin, Jeremy:** US-Soziologe, Ökonom und Publizist (geb. 1943), Berater mehrerer Regierungen und der EU-Kommission. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher über die Auswirkungen des wissenschaftlichen und technischen Wandels auf Arbeitswelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. (Seite 20)

**Silikose:** Lungenkrankheit, die durch Einatmen von mineralischem Staub verursacht wird. Es kommt zu knotenartigen Bindegewebeneubildungen, die zu chronischer Bronchitis und später zum Tod durch Ersticken führen. (Seite 30)

**Smith, Adam:** schottischer Moralphilosoph und Aufklärer (1723–1790), gilt als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre; in seinen Werken befasste er sich mit Arbeitsteilung, dem freien Markt, der Außenhandelstheorie und der Rolle des Staates. Smith sah den gesellschaftlichen Wohlstand in einem System der natürlichen Freiheit am besten verwirklicht. Er ging davon aus, dass durch die Verfolgung privater Interessen öffentliche Interessen oft am besten erfüllt würden. Der Staat sollte nur Rahmenbedingungen schaffen und hat nur wenige zentrale Aufgaben wie etwa die Landesverteidigung, Schulen, Transportwesen u. Ä. (Seite 22)

**Sölle, Dorothée:** deutsche, evangelische feministische Theologin und Pazifistin (Seite 20)

**Subsistenz:** hier: Lebensunterhalt (Seite 22)

**Thielemann, Ulrich:** deutscher Wirtschaftsethiker, geb. 1961, Kapitalismuskritiker, gründete 2010 in Berlin den Think-Tank MEM-Menschliche Marktwirtschaft. (Seite 29)

**Von der Leyen, Ursula:** CDU-Politikerin (geb. 1958), 2005 bis 2009 Bundesministerin für Familien, Frauen, Senioren und Jugend, danach Sozialministerin. (Seite 16)

**Zellmann, Peter:** österreichischer Pädagoge und Psychologe (geb. 1947), Mitbegründer der TSA (Turn- und Sportanstalt an den Pädagogischen Akademien), seit 1987 Leiter des Wiener Institutes für Freizeit- und Tourismusforschung. (Seite 21)

## ZEITENBLICKE – SOZIALPOLITIK IM WANDEL

Schriften von Hon.-Prof. Dr. Josef Cerny im Blickwinkel der Zeit



Mag. Bernhard Achitz, DDr. Wolfgang Maßl || 2010, 232 Seiten || Euro 29,80

ISBN: 978-3-7035-1461-6

Wieso wird immer wieder über die Finanzierbarkeit des Sozialstaats diskutiert? Warum gibt es in der österreichischen Verfassung trotz jahrzehntelanger Vorarbeiten und Lippenbekenntnissen von allen Seiten immer noch keine sozialen Grundrechte? Ist das Arbeitsverfassungsgesetz noch zeitgemäß? Warum geht bei der Kodifikation des Arbeitsrechts seit Jahrzehnten nichts weiter? Was steckt hinter den ständigen Rufen nach einer „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ wirklich? Marktwirtschaft über alles? Wie steht es um die „soziale Dimension“ der EU?

Diese und andere wichtige Fragen behandelt das Buch „Zeitenblicke“. Es enthält Beiträge zur Sozialpolitik, die Josef Cerny in den letzten vier Jahrzehnten geschrieben hat. Dabei geht es nicht nur um Rückschau. Die Herausgeber Bernhard Achitz und Wolfgang Maßl, beide als sozialpolitische Experten in der Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen tätig, betrachten und kommentieren Cernys Beiträge aus heutiger Sicht. Aus dem Rückblick und der Konfrontation mit dem aktuellen Ist-Zustand sollen sich neue Impulse für die Diskussion und weitere Entwicklung ergeben.

Ein Buch zum Nachlesen und zum Nachdenken. Zugleich ein Aufruf zum Handeln für mehr soziale Gerechtigkeit.

**BESTELLUNG:**

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at) || per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at)

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

**JA, ICH BESTELLE ...**

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.

Zuerst war die Krise, dann die Pakete zum Konjunktur ankurbeln und Banken retten. Das hat die SteuerzahlerInnen viel Geld gekostet. Ein Teil davon soll jetzt durch Bankenabgabe, Aktiengewinn-Steuer und Ende der Stiftungsprivilegien wieder hereinkommen. Gut so!

Aber zusätzlich soll bei denen gekürzt und gestrichen werden, die sich am wenigsten wehren können: Bei den Studierenden und ihren Familien, bei jungen Arbeitslosen und bei den PendlerInnen. Ganz schlecht!

**Der ÖGB bleibt bei FAIR TEILEN und sagt:  
Beim Budget muss es noch Korrekturen geben!**

**ÖGB**

**FAIR TEILEN**

© ÖGB/Paul Sturm

**BUNDESBUDGET:**

**DAS IST ~~ALLES WAS GEHT~~  
NICHT GENUG**

[WWW.FAIRTEILEN.AT](http://WWW.FAIRTEILEN.AT)  
[WWW.FACEBOOK.COM/FAIRTEILEN](http://WWW.FACEBOOK.COM/FAIRTEILEN)

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse  
/

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank

AW

02Z031759M

P. b. b. Erscheinungsort Wien VERLAGSPPOSTAMT 1230 WIEN